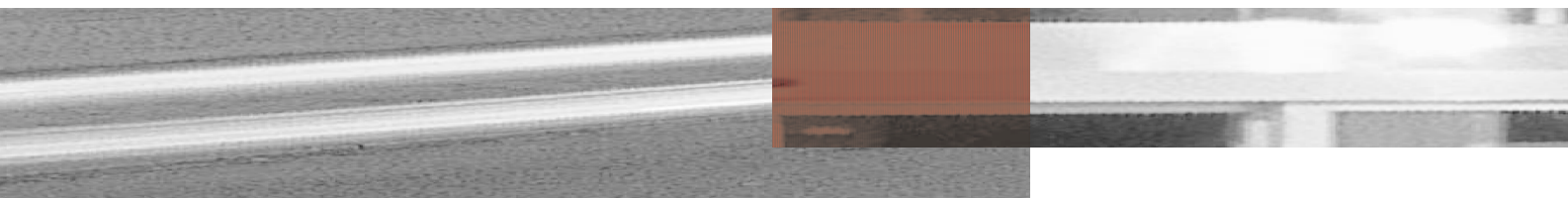


# Geschäftsbericht 2002



## G E S C H Ä F T S E N T W I C K L U N G   I N   Z A H L E N

in Mio. €	2002	2001	2000	1999	1998
Geschäftsvolumen	89.375	93.167	102.411	96.983	95.645
Bilanzsumme	84.514	87.170	95.976	91.170	89.998
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten	54.627	55.027	57.131	55.844	59.033
darunter: täglich fällige Einlagen	5.093	5.843	4.822	4.264	4.494
befristete Einlagen	20.430	21.573	21.524	21.080	21.758
Spareinlagen	7.079	7.342	7.675	8.280	8.155
verbrieftete Verbindlichkeiten	22.026	20.269	23.110	22.219	24.626
Forderungen an Kunden	39.993	41.826	42.768	43.901	44.796
Ausgewiesenes Eigenkapital	2.313	2.282	2.257	2.356	2.325
Eigenkapitalquote KWG					
Gesamtkapital	10,7 %	8,8 %	10,1 %	10,8 %	10,3 %
Kernkapital	9,0 %	7,5 %	8,5 %	9,1 %	9,0 %
<b>Ertragszahlen</b>					
Zins- und Provisionsüberschuss	992	1.108	1.159	1.098	1.259
Verwaltungsaufwendungen	652	713	657	676	713
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	367	323	546	444	708
Risikovorsorge	-52	-234	-546	-256	-128
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	315	89	1	188	580
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>44</b>	<b>25</b>	<b>-81</b>	<b>43</b>	<b>92</b>

<b>MANAGEMENT</b>	
	2 Vorwort
	6 Organe
	8 Bericht des Aufsichtsrats
<b>DIE KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG IN BERLIN</b>	14
<b>AUS DEN GESCHÄFTSFELDERN</b>	
	16 Performance der strategischen Geschäftsfelder
	18 Private Kunden
	22 Firmenkunden
	25 Kapitalmarktgeschäft
	26 Immobilienfinanzierung
	28 Investitionsbank Berlin
	32 Sonstiges/Konsolidierung
<b>LAGEBERICHT</b>	
	34 Das Geschäftsjahr 2002 im Überblick
	40 Geschäftsverlauf
	50 Risikobericht
	72 Ausblick
<b>JAHRESABSCHLUSS</b>	
	74 Gewinn- und Verlustrechnung
	76 Bilanz
	78 Anhang
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK</b>	109
<b>WICHTIGE ADRESSEN</b>	110

# Management

## VORWORT

### **Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren,**

die Landesbank Berlin blickt auf ein Jahr mit großen Herausforderungen und wesentlichen Entscheidungen zurück. Wir haben im Jahr 2002 die Restrukturierung erfolgreich weitergeführt und dabei teilweise unsere Ziele übertroffen. Durch Fortschritte im operativen Geschäft und deutliche Veränderungen der Kostenstruktur steht die Landesbank Berlin heute besser im Markt:

- Das operative Ergebnis konnte entgegen dem Branchentrend von 89 Mio. € im Jahr 2001 auf 289 Mio. € im zurückliegenden Geschäftsjahr mehr als verdreifacht werden.
- Ein wesentlicher Hebel für die Ergebnissteigerung war die Senkung der Verwaltungskosten. Die deutlichen Kosteneinsparungen wurden erzielt durch die Vereinfachung der Konzernstrukturen. Dazu gehörten unter anderem der Abbau von Stabsfunktionen, die Standardisierung der Filialstrukturen sowie die Zusammenlegung von Backoffice-Einheiten. Im Zuge dieser tief gehenden Umstrukturierung sanken die Sach- und Personalkosten stetig. Darüber hinaus haben sich die Erträge stabilisiert.

Die Resultate des Geschäftsjahres 2002 haben bewiesen, dass die Sanierung greift. Die ersten Erfolge in der Restrukturierung werden sichtbar. Dies ist ein beachtlicher Fortschritt, doch noch liegt weiterhin viel Arbeit vor uns. Das zurückliegende Jahr stand vor allem im Zeichen der Restrukturierung. Dabei verfolgte der Konzern Bankgesellschaft Berlin konsequent das strategische Ziel, sich als starkes und effizient strukturiertes Unternehmen für die Region Berlin-Brandenburg auszurichten. In die dafür notwendigen Maßnahmen ist die Landesbank Berlin im Rahmen ihrer spezifischen Zuständigkeiten eingebunden. Auf diesem Weg, der allen Beteiligten viel Einsatz und Engagement abverlangte, wurden wesentliche Meilensteine erreicht:

- Wir haben den Ausstieg aus Geschäftsfeldern forciert, die nicht zu unserem Kerngeschäft gehören, zum Beispiel Auslandsgeschäft, Corporate Finance oder strukturierte Finanzierungen. Als Kerngeschäft wurden das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie ausgewählte Immobilien- und Kapitalmarktaktivitäten definiert.
- Wir haben die Restrukturierung und Redimensionierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts planmäßig fortgesetzt.
- Die im Sanierungskonzept vorgesehene Veräußerung von Beteiligungen wurde zum Teil bereits umgesetzt. Mit dem Verkauf der Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale sowie der Einstellung der Geschäftstätigkeiten der Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V. wurde diesem Konzept entsprochen.

- Das Beratungsgeschäft für Großkunden sowie den Geschäftsbereich für Privatisierungen haben wir im Jahr 2002 komplett aufgegeben. Das Geschäftsfeld Öffentliche Hand wurde auf das Firmenkundengeschäft übertragen.

Aufgrund umfangreicher Desinvestitionen konnte die Bilanzsumme der Landesbank Berlin reduziert werden; sie bewegte sich zum 31. Dezember 2002 mit 84,5 Mrd. € plankonform leicht unter dem Niveau des Vorjahres, das bei 87,2 Mrd. € lag. Diese Strategie ging einher mit einer weiteren Verbesserung des Risikomanagements und des Risikocontrollings. In diese Bereiche haben wir im vergangenen Geschäftsjahr erneut erheblich investiert und deutliche Fortschritte erzielt. Im Berichtsjahr ist auch der Aufbau eines verbesserten Systems zum Management für operationelle Risiken erkennbar fortgeschritten.

Die Bankgesellschaft Berlin hat sich im Sanierungskonzept, das seit April 2002 von der EU-Kommission geprüft wird, zu einer tief greifenden Restrukturierung verpflichtet. Dazu gehört auch im Zuge der Verringerung von Geschäftsumfang und der Komplexität des Unternehmens der Abbau von Arbeitsplätzen. Dabei setzen und setzen wir weiterhin auf für alle Beteiligten verbindliche Regelungen. Seit Beginn der Sanierung am 30. September 2001 bis zum Stichtag 1. Januar 2003 hatten 371 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Landesbank Berlin verlassen. Ihnen wurden eine Reihe von Möglichkeiten zum freiwilligen Ausscheiden angeboten, etwa durch die Zahlung einer Abfindung, durch Vorruhestand und Regelungen zur Teilzeit. Darüber hinaus wurden elf betriebsbedingte Kündigungen bei der Landesbank Berlin ausgesprochen.

Um die Zielvorgaben des von der Bankgesellschaft Berlin in Brüssel eingereichten Sanierungskonzepts zu erreichen, müssen im laufenden Jahr nochmals Arbeitsplätze abgebaut werden. Dabei gilt, dass der Personalabbau auf der Grundlage geltenden Rechts und nach einer mit den Arbeitnehmervertretern vereinbarten Sozialauswahl erfolgt. Wir wollen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsplatzsituation verlässlich einschätzen können.

Ermöglicht wurde das Sanierungskonzept außer durch die Sanierungsvereinbarung mit den Arbeitnehmervertretern durch eine Grundsatzvereinbarung mit dem Land Berlin, der zufolge die Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgeschirmt wird. Zur Umsetzung dieser Vereinbarung wurde im April 2002 eine Detailvereinbarung abgeschlossen, die im Lagebericht näher beschrieben wird. Diese Vereinbarung ist Teil des Beihilfeverfahrens, zu dem parallel ein Prüfverfahren wegen der Eingliederung der ehemaligen Wohnungs-

## V O R W O R T

baukreditanstalt, jetzt Investitionsbank Berlin (IBB), gehört. Zur Umstrukturierung der Landesbank Berlin, und vor dem Hintergrund des Wegfalls der Gewährträgerhaftung, wird weiterhin unter Hochdruck das Ziel verfolgt, die IBB als eigenständiges Institut im Markt aufzustellen.

Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren, der Konzern und nicht minder die Landesbank Berlin haben trotz des schwierigen Marktumfeldes im Jahr 2002 ein stabiles Fundament für die Zukunft gelegt. Wir waren im vergangenen Jahr intensiv bestrebt, die Abwanderung von Kunden zu verhindern und neue Kunden zu gewinnen. Eines unserer wichtigsten Ziele bleibt, dass die Landesbank Berlin und die Berliner Sparkasse in Berlin ihre herausragende Position im Privat- und Firmenkundengeschäft behaupten. Dazu wird die nächste Stufe angestrebt: die Rückkehr zu nachhaltigen Erträgen durch die Stärkung des Vertriebs und die gezielte Positionierung unserer Finanzprodukte im Markt. Zum Ausbau des Vertriebs im Retailgeschäft wurde im Filialgeschäft der Backoffice-Bereich zusammengelegt, so dass die ehemalige Kundengruppenaufteilung aufgehoben ist. Hieraus resultiert für 2003 eine Erhöhung der Beratungszentren für das Geschäft mit Individualkunden, während das Netz der Vertriebsstandorte für kleine und mittlere Firmenkunden unter wirtschaftlichen Aspekten optimiert wurde.

Die Landesbank Berlin und die Berliner Sparkasse sind im Großraum Berlin unverändert flächendeckend mit ihrem Filialnetz präsent. Um ihren Kunden 24 Stunden am Tag den Zugang zu Kassensystemen zu ermöglichen, an denen Geld ein- und ausgezahlt wird, erhöhte die Landesbank Berlin im vergangenen Jahr die Anzahl der Selbstbedienungs-Automaten.

All unsere Maßnahmen haben als Grundsatz, dass sie auf dauerhafte Wertsteigerung ausgerichtet sind. Wir werden unsere Produkte offensiv vermarkten und wettbewerbsfähige Dienstleistungen anbieten sowie durch ständige organisatorische Weiterentwicklung die Prozesse im Konzern effizienter gestalten.

Die Landesbank Berlin hat im Jahr 2002 Abschreibungen im Beteiligungsbereich vorgenommen. Durch die fortschreitenden Veränderungen in der Struktur des Unternehmens und den damit einhergehenden Kosteneinsparungen sowie die Stabilisierung der Erträge ist die Landesbank Berlin aber in der Lage, diese Belastung zu bewältigen.

Zur Neuausrichtung des Konzerns und der Landesbank Berlin zählt ein ehrlicher Umgang mit der Vergangenheit. Dem wollen wir gerecht werden sowohl bei unternehmerischen Entscheidungen, vor allem im frühzeitigen Erkennen und Verarbeiten von potenziellen Risiken, als auch bei der Aufarbeitung von möglichen Verfehlungen ehemaliger Verantwortlicher. Die Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von Ermittlungsverfahren eingeleitet, und der Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses befasst sich mit den Anfängen und Konstruktionen der Immobilienfonds. Der Konzern ist selbstverständlich um Aufklärung bemüht und unterstützt diesbezügliche Aktivitäten. Dabei haben die Gesellschaften des Konzerns selbst inzwischen insgesamt fünf Schadensersatzprozesse gegen ehemalige Konzernangehörige mit einem Streitwert von rund 46 Mio. € eingeleitet. Wir hoffen, durch einen ehrlichen und fairen Umgang mit der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bankgesellschaft Berlin und ihrer Gesellschaften zu leisten.

Wesentlich verdanken wir die bisherigen Erfolge bei der Verbesserung unserer operativen Ergebnisse und bei der Umsetzung zentraler Sanierungsziele unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen gilt ganz besonders unser Dank. Weiter danken wir unseren Kunden und Geschäftspartnern, die die Landesbank Berlin durch diese schwierige Zeit begleiten. In den zurückliegenden Jahren ist allen Beteiligten viel abverlangt worden.

Auch das laufende Geschäftsjahr stellt die Landesbank Berlin vor große Herausforderungen. Dazu zählt das nochmals eingetrübte konjunkturelle Umfeld sowie auch der Beschluss des Berliner Senats als Vertreter des Landes Berlin und damit des Haupteigentümers im März 2003, den Konzern Bankgesellschaft Berlin vorerst nicht zu verkaufen und den eingeschlagenen Sanierungskurs fortzusetzen. Wir sind uns der hohen Verantwortung bewusst, die diese Entscheidung mit sich bringt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den erfolgreich eingeschlagenen Sanierungskurs fortzusetzen und den Wert der Landesbank Berlin nachhaltig zu steigern.

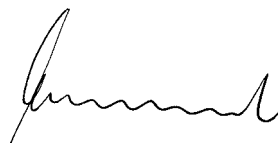
Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Dr. Johannes Evers



Uwe Kruschinski



Hans Jürgen Kulartz



Norbert Pawlowski

ORGANE DER LANDESBANK BERLIN – GIROZENTRALE –

**Vorstand**

**Hans-Jörg Vetter,**  
Vorsitzender

**Dr. Johannes Evers**

**Uwe Kruschinski**  
seit 10. März 2003

**Hans Jürgen Kulartz**

**Norbert Pawlowski**

**Hubert Piel**  
bis 31. März 2003

**Aufsichtsrat**

**Von der Gewährträgerversammlung  
bestellte Mitglieder**

**Ernst-Otto Sandvoß**  
ehem. Vorsitzender des Vorstands der  
DekaBank Deutsche Girozentrale  
– Vorsitzender –

**Dr. Thilo Sarrazin**  
Senator für Finanzen, Berlin  
– Stv. Vorsitzender –

**Peter Strieder**  
Senator für Stadtentwicklung, Berlin  
– Stv. Vorsitzender –

**Harald Wolf**  
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen,  
Berlin  
– Stv. Vorsitzender –

**Bernd Babel**  
Hauptgeschäftsführer der Handwerks-  
kammer Berlin

**Thomas Dobkowitz**  
Unternehmensberater

**Dr. Michael Endres**  
ehem. Mitglied des Vorstands der  
Deutschen Bank AG

**Dr. Heinz-Gerd Stein**  
ehem. Mitglied des Vorstands der  
ThyssenKrupp AG

**Dr. Udo N. Wagner**  
Mitglied des Bereichsvorstands der  
Siemens AG Anlagenbau und Technische  
Dienstleistungen  
bis 07. April 2003

**Bernd Wrede**  
ehem. Vorsitzender des Vorstands der  
Hapag-Lloyd AG

**Von der Personalvertretung bestellte  
Mitglieder**

**Helmut Tesch**  
Bankkaufmann; Vorsitzender des Gesamt-  
personalrats und des Personalrats der  
Landesbank Berlin – Girozentrale –

**Astrid Maurer**  
Sparkassenfachwirtin

**Rainer Toobe**  
Bankkaufmann; Vorsitzender des  
Personalrats der Investitionsbank Berlin

**Frank Walde**  
Sparkassenbetriebswirt

**Bärbel Wulff**  
Sparkassenbetriebswirtin; stellv. Vorsit-  
zende des Gesamtpersonalrats und des  
Personalrats der Landesbank Berlin  
– Girozentrale –



## BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin hat sich im Geschäftsjahr 2002 in insgesamt sieben ordentlichen Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung über die Lage und Geschäftsentwicklung der Bank und des Konzerns informiert sowie von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand mittels schriftlicher und mündlicher Berichte regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik und die Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung berichten lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen.

Darüber hinaus wurden Einzelfragen von wesentlicher Bedeutung in einer Vielzahl von Arbeitsgesprächen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert.

Neben der intensiven Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Entwicklung hat der Aufsichtsrat eingehend die Restrukturierung und die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen der Bank beraten. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand insbesondere regelmäßig über den Fortgang der Sanierungsmaßnahmen der Bank und des Konzerns unterrichten lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Hierbei standen grundlegende Beschlüsse zur Fortführung der strategischen Neuausrichtung des Konzerns und die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Kostensenkung im Mittelpunkt seiner Arbeit. Dies betraf vorrangig die Umstrukturierung der Aufbauorganisation der Bank, die Vereinfachung der Strukturen und die Überarbeitung der internen Prozesse mit dem Ziel der organisatorischen und personellen Straffung, sowie die Fortsetzung der konsequenten Umsetzung des Sanierungsplans und des damit verbundenen weiteren Kostenabbaus und der Verbesserung der Ertragssituation der Bank.

Weiterhin hat der Aufsichtsrat bei wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, für die er gemäß Gesetz oder Geschäftsordnung zuständig ist, Entscheidungen getroffen bzw. Prüfungsaufträge erteilt. Im Zusammenhang mit bereits vorliegenden Erkenntnissen und auf der Basis von aus Sonderprüfungsberichten noch zu erwartenden Ergebnissen hat der Aufsichtsrat renommierte Anwaltskanzleien mit der Ermittlung, Verfolgung und konsequenten Durchsetzung von Regressansprüchen gegen ehemalige Organmitglieder beauftragt sowie über deren Gutachten beraten.

## BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Neben der Segmentberichterstattung stellte der Vorstand dem Aufsichtsrat, wie bereits erwähnt, auch im Geschäftsjahr 2002 die aktuelle Risikosituation und das Risikocontrolling vor. Ferner unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig über den Risikovorsorgebedarf sowie die daraus resultierenden Maßnahmen. Ein wesentlicher Berichtspunkt war im Aufsichtsrat darüber hinaus die Liquiditätslage und die Refinanzierungssituation der Bank und ihrer Tochterunternehmen.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat zudem über den Ausbau der Risikofrüherkennungssysteme informiert. Dies umfasste beispielsweise eine Präsentation der Architektur für ein neues integriertes Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem (ARMADA), das Mitte des Jahres 2002 zur Überwachung und Limitierung der Marktpreisrisiken eingeführt wurde. Ferner unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat über die Konzeption und Realisierung eines Obligo- und Limit-Managementsystems in der Bankgesellschaft Berlin mittels des Projekts KOLIBRI, das zum Zweck des konzernweiten Risikocontrolling seit Dezember 2002 eingesetzt wird.

Vor dem Hintergrund des einheitlichen Konzerngedankens hat sich der Aufsichtsrat mit dem für börsennotierte Aktiengesellschaften entworfenen Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) befasst und beschlossen, die Empfehlungen soweit möglich und erforderlich bei der Landesbank entsprechend anzuwenden.

Im Berichtszeitraum schritt in enger Zusammenarbeit zwischen der Bank und dem Wirtschaftsprüfer der strukturierte Abbau der Monitaliste weiter voran. Über den Abarbeitungsstand der Monita ist in den Sitzungen des Aufsichtsrats regelmäßig berichtet worden.

Im Rahmen der Neustrukturierung befasste sich der Aufsichtsrat darüber hinaus mit der Neuausrichtung der Immobiliendienstleistungsaktivitäten. Anfang 2003 wurden in diesem Zusammenhang auch der Stand der Strukturveränderungen der einzelnen Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG/IBG/LPFV) sowie deren Perspektiven intensiv behandelt.

Der vorgesehenen Änderung des Landesbankgesetzes für den geplanten Erwerb des Teilbetriebs Berliner Bank durch die Landesbank Berlin wurde seitens des Senats im abgelaufenen Jahr nicht zugestimmt, so dass die von Vorstand und Aufsichtsrat gewollte Zusammenfassung des Retailgeschäfts nicht wie geplant zum Jahresende vollzogen werden konnte. Da dieser Erwerb für den Konzern elementarer Bestandteil des in Brüssel eingereichten Sanierungskonzepts ist, hat der Aufsichtsrat den Vorstand beauftragt, kurzfristig alternative Konzepte zur Übertragung der Berliner Bank auf die Landesbank Berlin zu entwickeln.

Die im Dezember 2001 auf den Weg gebrachten grundlegenden Vereinbarungen zur Sanierung des Konzerns konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden: Zum einen hat der Aufsichtsrat der mit dem Großaktionär ausgearbeiteten Regelung zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft durch das Land Berlin im Jahre 2002 zugestimmt.

Zum anderen ließ sich der Aufsichtsrat im Zusammenhang mit dem Restrukturierungskonzept vom Vorstand umfassend über den Abschluss der Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen informieren.

Beide Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Landesbank Berlin respektive der Konzern im Berichtsjahr auf ihrem eingeschlagenen Sanierungskurs vorangekommen ist.

Wie in den vergangenen Jahren befasste sich der Aufsichtsrat regelmäßig mit der Fortentwicklung der Investitionsbank Berlin (IBB). Im Zuge des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens zur Prüfung der beihilferechtlichen Relevanz der Übertragung von Vermögen der Wohnungsbaukreditanstalten und Förderbanken auf einzelne Landesbanken in Deutschland wurde im Juli 2002 auch ein förmliches Verfahren hinsichtlich der beihilferechtlichen Unbedenklichkeit der im Jahre 1992 erfolgten Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt (jetzt IBB) auf die Landesbank Berlin eröffnet. Eine Beihilferückforderung könnte jedoch für die Bank eine Rückstellung erforderlich machen, die gegenwärtig weder wirtschaftlich noch bankenaufsichtsrechtlich zu verkraften wäre. Aus diesem Grund wurde zwischen dem Land Berlin und der Landesbank Berlin eine Vereinbarung über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Beihilfeprüfverfahren der Europäischen Kommission getroffen. Die Maßnahmen wurden im Aufsichtsrat ausführlich thematisiert, der Bericht über den Abschluss der genannten Vereinbarung zwischen Land Berlin und Landesbank wurde dabei vom Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

## BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch drei vom Aufsichtsrat gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der Arbeitsausschuss trat zur Vorbereitung von Beschlussfassungen des Plenums im Berichtsjahr dreimal zusammen. Zu den Aufgaben des Arbeitsausschusses gehörten insbesondere die vertiefte Behandlung von besonderen Problemkreisen und strategischen Fragen sowie die Regelung von Vorstandsangelegenheiten.

Der Kreditausschuss des Aufsichtsrats hat in seinen sechs Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken beraten. Der Kreditausschuss ließ sich die nach der Geschäftsordnung für die Ausschüsse des Aufsichtsrats zustimmungsbedürftigen Kreditengagements vorlegen und hat hierüber mit dem Vorstand diskutiert. Der Kreditausschuss hat hierüber im Rahmen der Kompetenzregelung beschlossen. Außerdem erfolgten in zwei eilbedürftigen Fällen schriftliche Umlaufverfahren. In diesem Zusammenhang wurde regelmäßig über die Einräumung und Inanspruchnahme von Limiten im Geld-, Devisen- und Derivatehandel sowie über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten.

Der Investitionsbank-Ausschuss des Aufsichtsrats hat sich in seinen zwei ordentlichen Sitzungen mit besonderen Themen der Investitionsbank Berlin beschäftigt und entsprechende Beschlüsse – insbesondere zu Kreditengagements der IBB – gefasst. Außerdem wurden aus Gründen der Eilbedürftigkeit zwei schriftliche Umlaufverfahren initiiert. Des Weiteren informierte sich der Ausschuss über die IBB in Bezug auf ihre vorgesehene Ausgliederung aus der Landesbank Berlin sowie in Bezug auf die neue Funktion der IBB als Landesstrukturbank. Ausführlich wurde der Sachstand zu einzelnen Beteiligungen der IBB thematisiert. Darüber hinaus wurde dem Ausschuss über die Bearbeitungsstände der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung sowie über die Kosten- und Ertragssituation der IBB berichtet.

Der vorliegende Jahresabschluss der Landesbank Berlin für das Geschäftsjahr 2002 nebst Lagebericht wurde durch die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und – mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen – am 15. Mai 2003 den Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Prüfung vorgelegt.

Die Jahresabschlussunterlagen sowie die Prüfungsergebnisse wurden vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 15. Mai 2003 eingehend erörtert. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat dem Risikobericht der Bank. An den Bilanzsitzungen des Arbeitsausschusses und des Aufsichtsrats haben auch die den Jahresabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teilgenommen und über ihre Prüfungstätigkeit berichtet. Gegen das Prüfungsergebnis ergaben sich keine Einwendungen. Mit dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Jahresergebnisses hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt und eine entsprechende Empfehlung an die Gewährträgersversammlung ausgesprochen. Der Aufsichtsrat stimmte dem Prüfungsergebnis zu und billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Lagebericht. Der Jahresabschluss gilt damit als festgestellt.

In der Zusammensetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Mit Wirkung vom 1. Januar 2002 wurde Herr Rainer Toobe in den Aufsichtsrat der Landesbank Berlin bestellt.

Die ehemalige Senatorin für Finanzen, Frau Christiane Krajewski, hat ihr Mandat mit Wirkung zum 8. Februar 2002 niedergelegt.

Mit Wirkung vom 25. Februar 2002 wurden die Senatoren Herr Dr. Gregor Gysi, Herr Dr. Thilo Sarrazin und – in Fortführung seines Mandats – Herr Peter Strieder zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin bestellt und übernahmen mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 28. Februar 2002 die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Am 28. Februar 2002 wurde Herr Ernst-Otto Sandvoß, seit dem 15. Dezember 2001 Mitglied des Aufsichtsrats der Bank, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin bestellt.

Herr Dr. Dietmar Staffelt schied zum 28. Februar 2002 aus dem Aufsichtsrat aus.

Mit Wirkung vom 31. März 2002 übte Juliane Freifrau von Friesen nicht mehr die Funktion einer stellvertretenden Vorsitzenden aus; sie blieb bis zu ihrem Ausscheiden ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat.

## BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Mit Wirkung vom 30. April 2002 sind die Herren Thomas Dobkowitz, Dr. Michael Endres, Dr. Heinz-Gerd Stein und Bernd Wrede zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt worden. Herr Senator Harald Wolf wurde mit Wirkung vom 6. September 2002 durch den Aufsichtsrat zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestellt.

Im Zuge der mit der Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank Berlin – Girozentrale – verbundenen Verkleinerung des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin legten Herr Dr. Gregor Gysi am 19. Dezember 2002 und Juliane Freifrau von Friesen am 31. Januar 2003 ihre Mandate im Aufsichtsrat nieder. Frau Dr. Fugmann-Heesing schied durch Beschluss der Gewährträgerversammlung am 18. Februar 2003 aus dem Aufsichtsrat der Bank aus.

Auf Seiten der Vertreter der Personalvertretung der Landesbank Berlin schieden am 27. Dezember 2002 Frau Karin Wickenhagen sowie Herr Michael Dutschke aus dem Aufsichtsrat aus.

Herr Dr. Udo N. Wagner hat krankheitsbedingt sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung vom 8. April 2003 niedergelegt.

Mit Wirkung zum 28. Februar 2002 hat Herr Norbert Pawlowski zur Realisierung einer einheitlichen Leitungsstruktur im Konzern seine Funktion als Vorstandsvorsitzender niedergelegt und ist seitdem Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin. Gleichzeitig wurde Herr Hans-Jörg Vetter mit Wirkung vom 28. Februar 2002 zum Mitglied des Vorstands bestellt und zu dessen Vorsitzenden bestimmt.

Herr Bernd-Peter Morgenroth ist zum 20. März 2002 nach langjähriger Tätigkeit aus dem Vorstand der Landesbank Berlin ausgeschieden. Die Organstellung wurde seitens der Bank beendet und das Dienstverhältnis gekündigt.

Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung vom 10. März 2003 Herrn Uwe Kruschinski zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Landesbank Berlin bestellt; er ist für das Kreditgeschäft (Marktfolgebereich) der Bank verantwortlich.

Auf eigenen Wunsch und in freundlichem Einvernehmen ist Herr Hubert Piel zum 31. März 2003 aus dem Konzern ausgeschieden. Aufsichtsrat und Vorstand danken Herrn Piel für seine im Vorstand geleistete Arbeit.

In seiner Sitzung vom 25. April 2003 hat der Aufsichtsrat Herrn Prof. Dr. Dieter Puchta frühestens mit Wirkung vom 1. Juli 2003 zum ordentlichen Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin mit primärer Zuständigkeit für die Landesstrukturbank (IBB) bestellt, die er in die rechtliche Selbständigkeit führen soll.

Das nach langjähriger Tätigkeit zum 31. Dezember 2001 in den Ruhestand getretene ehemalige Vorstandsmitglied Herr Hans Leukers ist am 7. Oktober 2002 unerwartet verstorben. Herr Leukers hatte im Rahmen seiner Konzernressortverantwortung seit 1994 das Kapitalmarktgeschäft in Berlin und London geleitet. Sein Andenken wird in ehrender Erinnerung gehalten.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands, den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihr im zurückliegenden Jahr während der Sanierungsphase der Bank gezeigtes hohes Engagement und die im Interesse einer erfolgreichen Restrukturierung des Konzerns und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank erbrachten außerordentlichen persönlichen Beiträge.

Berlin, im Mai 2003

Der Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender

# Konjunkturelle Entwicklung

## DIE KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG IN BERLIN

In Berlin blieb die konjunkturelle Entwicklung auch im Jahr 2002 hinter den Erwartungen zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank um 0,7% (2001: - 0,8%) und verlief damit schwächer als in den anderen Bundesländern.

Seit neun Jahren findet die Berliner Wirtschaft keinen Anschluss an die gesamtdeutsche Entwicklung, und die neuesten Monatsdaten der amtlichen Statistik zeigen keine Verbesserung der Situation. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Wachstumsschwäche entwickelten sich nahezu alle Bereiche negativ, und die seit langem erwartete Belebung der Berliner Wirtschaft bleibt aus. Auch für das Jahr 2003 rechnen wir mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung und steigenden Arbeitslosenzahlen.

Das Ergebnis 2002 entwickelte sich vor allem durch Leistungseinbrüche im verarbeitenden Gewerbe sowie im Baubereich negativ. Die Zunahmen im Dienstleistungsbereich konnten diese Einbußen nicht kompensieren. Zwar zeichneten die Unternehmen aus den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung weitere Zuwächse, das Kredit- und Versicherungsgewerbe verbuchte jedoch Leistungsminierungen. Außerdem erlaubten die Sparzwänge des Landes Berlin keine Ausweitung der öffentlichen Leistungen.

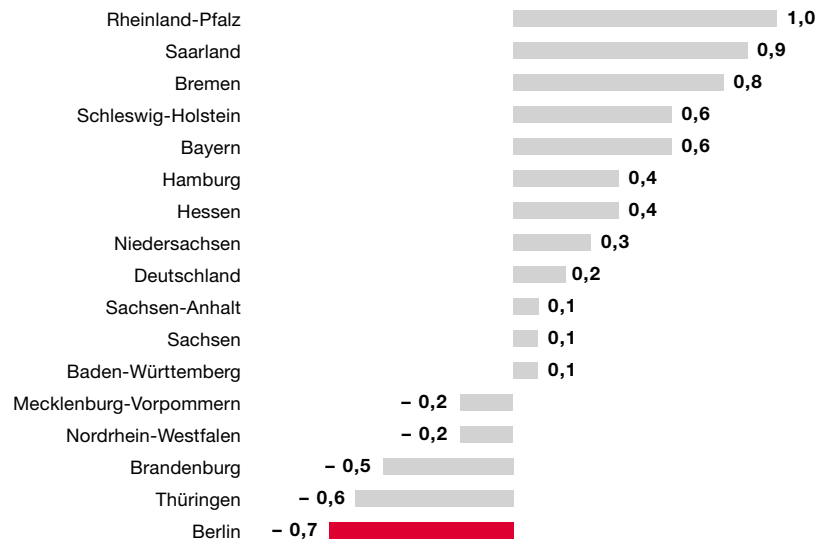
Der Dienstleistungsbereich legte zwar leicht zu, konnte aber dem insgesamt negativen Trend nicht entgegenwirken.

Die schwierige gesamtwirtschaftliche Lage beeinflusste auch die Berliner Industrie. Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes erzielten einen Gesamtumsatz von lediglich 30 Mrd. € und damit 2,5% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist vor allem auf den um 3,2% gesunkenen Inlandsumsatz zurückzuführen. Dagegen blieb der Auslandsumsatz unverändert bei knapp 7,5 Mrd. €. Auch die rückläufigen Zahlen bei den Auftragseingängen deuteten keinen Aufschwung an. Sie gelten als Frühindikatoren künftiger Industrieproduktion und gingen vor dem Hintergrund des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds und auf Grund der schwachen Binnenkonjunktur im vierten Quartal 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum real um 6% zurück.

Das Umsatzvolumen der Berliner Bauwirtschaft ging erneut stark zurück und betrug am Jahresende 2,5 Mrd. € (- 16,2%). Auch für das laufende Jahr wird keine Erholung erwartet. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage Berlins scheinen insbesondere die Investitionsvorhaben gefährdet. Daher ist trotz einiger Großaufträge eine Trendwende im Baugewerbe nicht in Sicht. Weder die Baugenehmigungsstatistik noch die Auftragsingangsstatisik deuten auf einen Aufschwung hin.



WIRTSCHAFTSWACHSTUM DER BUNDESLÄNDER 2002  
Veränderung ggü. 2001 in % (real)



Auch die Berliner Exporte zeigen nicht mehr das positive Bild der vergangenen Jahre. Die Ausfuhren Berlins lagen in 2002 um 3,3% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Insgesamt erreichten die Ausfuhren Berlins in diesem Zeitraum einen Wert von 8,8 Mrd. €.

Die wichtigsten Handelspartner der Berliner Exporteure sind nach wie vor die Länder der Europäischen Union (EU). Allerdings kamen die kräftigsten Wachstumsimpulse für die Warenausfuhr in den letzten Jahren aus Ländern außerhalb der EU. Dabei wuchsen die Warenlieferungen nach Mittel- und Osteuropa besonders stark. Der Anteil dieser Wachstumsmärkte an den Auslandsausfuhren lag zuletzt bei 16,1% (Gesamtberlin 1992: 8,0%). Ein Aufschwung bei den Exporten wäre nur bei einem besseren weltwirtschaftlichen Umfeld möglich. Eine solche Erholung ist vor dem Hintergrund und angesichts der Folgen des Irak-Konflikts aber keineswegs sicher.

Nach wie vor blieben positive Signale von der Konsumentenseite aus. Im vergangenen Jahr hielten sich die Berliner Verbraucher ungewöhnlich stark zurück. So setzte der Einzelhandel im Jahr 2002 nominal 6,3% weniger um. Dies ist vor allem auf die ungünstige Einkommenssituation der privaten Haushalte und die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt zählten die Berliner Arbeitsämter in der Hauptstadt 288.500 Menschen ohne Arbeit, 16.000 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahr 2002 um 0,8 Prozentpunkte auf 16,9%. Im Jahr 2003 wird mit keiner Entspannung auf dem Berliner Arbeitsmarkt gerechnet. Viele Unternehmer rechnen nicht mit einer deutlichen Belebung der Wachstumskräfte und planen einen weiteren Personalabbau.

# Aus den Geschäftsfeldern

## PERFORMANCE DER STRATEGISCHEN GESCHÄFTSFELDER

Die Umsetzung der neuen Strategie und die Restrukturierung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin prägten auch das Geschäftsjahr 2002 der Landesbank Berlin.

Die Leitungen der Geschäftsfelder haben direkte Ergebnisverantwortung für die ihnen zugeordneten Märkte. Die Segmentrechnung wurde entsprechend der neuen Strategie – verbunden mit dem Rückzug aus bestimmten Märkten – neu gegliedert. Wir berichten über folgende Segmente:

- Private Kunden
- Firmenkunden
- Immobilienfinanzierung
- Kapitalmarktgeschäft
- Fördergeschäft
- Sonstiges/Konsolidierung

Zur deutlichen Verbesserung des operativen Ergebnisses auf 289 Mio. € (nach Risikovorsorge, vor Veränderung der § 340 f-HGB-Reserve) trugen im vergangenen Jahr nahezu alle Geschäftsfelder bei; für das abgelaufene Geschäftsjahr weisen sie vor Steuern positive Ergebnisse aus. Die Entwicklung des Segments Immobilienfinanzierung ermöglichte eine Rückführung der Kreditrisikovorsorge um 107 Mio. € auf 117 Mio. €. Der Rückgang des Verwaltungsaufwands um 61 Mio. € auf 652 Mio. € in der Gesamtbank resultierte im Wesentlichen aus dem Retailgeschäft (Private Kunden und Firmenkunden). Risikoaktiva und Eigenkapitalbindung gingen strategiekonform im Kapitalmarktgeschäft und bei Immobilienfinanzierungen deutlich zurück. Die Eigenkapitalrentabilität nahezu aller Kern-Segmente konnte verbessert werden. Die Cost-Income-Ratio in der Gesamtbank verbesserte sich auf 64% nach 69% im Vorjahr.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** strukturierte das Vertriebsnetz um. Zu Jahresbeginn 2002 wurde die ehemals selbständige DirektBankService GmbH in die Bank integriert sowie die Geschäftsfeldstäbe in der Landesbank zusammengeführt. Im Zuge der verstärkten Ausrichtung auf die Kunden, wurden Prozesse optimiert und Marktfolgeprozesse (Backoffice) zentralisiert. Dem Ertragsrückgang um 11 auf 534 Mio. € stand eine Kostenreduktion von 45 auf 406 Mio. € und eine um 13 Mio. € auf 22 Mio. € geringere Risikovorsorge gegenüber. Das Ergebnis des Segments verbesserte sich um 47 Mio. € auf 106 Mio. € und damit auch die Eigenkapitalrendite und die Cost-Income-Ratio.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** konnte die Belastungen aus dem Ertragsrückgang und der Risikovorsorge durch die Kostensenkungen nicht kompensieren.

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarktgeschäft** konnte trotz schwieriger Marktverhältnisse und dem eingeleiteten Rückzug aus Teilsegmenten seine Ertragskraft in der LBB noch ausbauen. Positiv wirkte sich dabei die Entwicklung des Zinsniveaus und der Zinsstruktur aus.

Die deutlich geringere Risikovorsorge im Segment **Immobilienfinanzierung** konnte den Ertragsrückgang mehr als ausgleichen. Das Segment steuerte einen positiven Beitrag zum Ergebnis der Bank bei. Die verringerte Eigenkapitalbindung resultierte überwiegend aus den Effekten der Enthftung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft.

Das **Fördergeschäft** erreichte nur ein knapp ausgeglichenes Ergebnis, da im Zusammenhang mit dem dort gehaltenen Beteiligungsbesitz der Investitionsbank Berlin insgesamt 66 Mio. € wertberichtigt werden mussten.

## Anteilige Ergebnisse der strategischen Geschäftsfelder der Landesbank Berlin (Gesamtbank)

Ist per 31.12.2002 / Ist per 31.12.2001

in Mio. €		Private Kunden	Firmen- kunden	Kapitalmarkt- geschäft	Immobilien- finanzierung	Förder- geschäft-	Sonstiges / Konsolidierung	Gesamtbank
Zinsüberschuss	2002	379	123	212	59	160	-121	812
	2001	406	150	144	94	156	-44	906
Provisionsüberschuss	2002	124	24	-1	7	27	-1	180
	2001	136	27	-1	9	33	-2	202
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2002			-9				-9
	2001			-5				-5
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	2002	31	1		-6		10	36
	2001	3	1	3		-51	-23	-67
<b>Summe Erträge</b>	<b>2002</b>	<b>534</b>	<b>148</b>	<b>202</b>	<b>60</b>	<b>187</b>	<b>-112</b>	<b>1.019</b>
	2001	545	178	141	103	138	-69	1.036
Personalaufwand	2002	159	51	1	7	53	26	297
	2001	167	57	3	8	52	31	318
Andere Verwaltungsaufwendungen	2002	242	38	11	7	34		332
	2001	283	46	9	8	37	-26	357
Normalabschreibungen	2002	5				16	2	23
	2001	1	-1		-1	14	25	38
<b>Summe Verwaltungsaufwand</b>	<b>2002</b>	<b>406</b>	<b>89</b>	<b>12</b>	<b>14</b>	<b>103</b>	<b>28</b>	<b>652</b>
	2001	451	102	12	15	103	30	713
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>128</b>	<b>59</b>	<b>190</b>	<b>46</b>	<b>84</b>	<b>-140</b>	<b>367</b>
	2001	94	76	129	88	35	-99	323
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2002	22	45	-2	13	39		117
	2001	35	33	-3	119	28	12	224
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	2002			5		-4	-40	-39
	2001			10		-5	5	10
Veränderung der § 340f-HGB-Reserve	2002					-26		-26
	2001							
<b>Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>22</b>	<b>45</b>	<b>3</b>	<b>13</b>	<b>9</b>	<b>-40</b>	<b>52</b>
	2001	35	33	7	119	23	17	234
<b>Betriebsergebnis nach Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>106</b>	<b>14</b>	<b>187</b>	<b>33</b>	<b>75</b>	<b>-100</b>	<b>315</b>
	2001	59	43	122	-31	12	-116	89
Ergebnis aus Finanzanlagen	2002		-1			-66	25	-42
	2001				-1		28	27
Saldo der übrigen Positionen	2002		1		-2	-8	-54	-63
	2001				-5		-30	-35
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2002</b>	<b>106</b>	<b>14</b>	<b>187</b>	<b>31</b>	<b>1</b>	<b>-129</b>	<b>210</b>
	2001	59	43	122	-37	12	-118	81
Segmentvermögen	2002	3.078	15.777	37.308	6.385	19.513	2.453	84.514
	2001	3.222	16.337	41.655	6.615	20.056	-715	87.170
Segmentverbindlichkeiten	2002	10.227	2.358	54.667	513	19.513	-2.764	84.514
	2001	11.152	2.349	58.192	513	20.056	-5.092	87.170
Risikopositionen [Stichtag]	2002	2.718	5.042	8.130	2.121	4.392	2.748	25.151
	2001	2.765	5.920	8.857	5.992	4.508	2.029	30.071
Bilanzielles Eigenkapital [Durchschnitt]	2002	264	518	775	199	414	159	2.329
	2001	245	499	746	490	347	150	2.477
Mitarbeiterkapazitäten [Stichtag]	2002	2.926	753	12	101	751	394	4.937
	2001	2.842	831	25	107	780	549	5.134
Eigenkapitalrentabilität [%] (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	2002	40,2%	2,7%	24,1%	15,6%	0,2%		9,0%
	2001	24,1%	8,6%	16,4%	-7,6%	3,5%		3,3%
Cost-Income-Ratio [%]	2002	76,0%	60,1%	5,9%	23,3%	55,1%		64,0%
	2001	82,8%	57,3%	8,5%	14,6%	74,6%		68,8%

## PRIVATE KUNDEN

Mit dem Geschäftsfeld Private Kunden behauptete die Landesbank Berlin im Jahr 2002 ihre Position gegenüber dem Wettbewerb im Bereich Finanzdienstleistungen. Der Marktanteil bei Privatgirokonten im Großraum Berlin betrug 41%.

Im Zuge der Schließung von insgesamt 20 Standorten der Berliner Sparkasse hat sich im Berichtsjahr auch die Kundenbasis verändert: Die Anzahl der Kunden mit Privatgirokonto sank um rund 25.000 oder um 2,1%.

Die Landesbank Berlin reagierte auf die allgemein schwierige Marktlage mit Maßnahmen zur Kostensenkung im Geschäftsfeld Private Kunden. Im Rahmen des Sparprogramms wurden rund 300 Vollzeit Arbeitsplätze abgebaut. Überkompensiert wurde dies rechnerisch durch die Übertragung von rund 380 Vollzeitstellen aus der Bankgesellschaft Berlin in die Landesbank Berlin. Das betraf die DirektBankService GmbH und den Geschäftsfeldstab. Das Ergebnis vor Steuern im Geschäft mit Privatkunden betrug im Berichtsjahr 106 Mio. €.

Die Privatkunden der Berliner Sparkasse werden nunmehr von 2.000 Mitarbeitern in den 159 PrivatkundenCentern beraten. Darüber hinaus werden vermögende Privatkunden von rund 200 Mitarbeitern individuell und ganzheitlich in den 27 VermögensanlageCentern sowie im Private Banking betreut.

### Passiv- und Depotgeschäft

Das Volumen des verwalteten Geldvermögens (Passiv- und Depotvolumen einschließlich der Volumina im DekaBank-Depot) verringerte sich im Jahr 2002 um rund 6,5%.

Aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Konjunktur- und Kapitalmarktumfelds wurde im vergangenen Jahr weniger Geld in Aktien und Investmentfonds angelegt als im Vorjahr. Das Depotvolumen (inklusive Inhaberschuldverschreibungen) privater Kunden einschließlich der Bestände auf Investmentkonten bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und BB-INVEST ging um rund 10% auf 4,5 Mrd. € zurück.

Das gesamte Kundeneinlagenvolumen von Privaten Kunden sank gegenüber dem Vorjahr um 4,8% auf 10,2 Mrd. €. Die Mitte 2002 eingeführte Produktfamilie der S-BerlinKonten wurde im Markt gut angenommen. Insbesondere die Variante „Brillant“, die neben dem Zahlungsverkehr auch Mehrwertkomponenten durch zusätzliche Versicherungs- und Serviceleistungen aufweist, fand eine positive Resonanz.

Innovative Produkte wie der Garantiefonds „Euroaktien Kasko II“ oder die „SOFIA“-Zertifikate, die ein hohes Maß an Sicherheit für das Kapital mit einer weitgehenden Erhaltung der Chancen einer positiven Börsenentwicklung kombinieren, konnten bei den Kunden wieder mit großem Erfolg platziert werden.

Die Erträge im Wertpapier-Provisionsgeschäft sanken aufgrund der Börsenentwicklung und der damit verbundenen Zurückhaltung der Anleger um 30%. Der Zinsüberschuss im Passivgeschäft ging dagegen nur leicht zurück und verringerte sich um 6%.

**Private Kunden – Kredite**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	7	13
Kontokorrentkredite	434	502
Immobilienkredite	1.968	2.512
Andere Kredite (z.B. Konsumentenkredite)	594	121
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>3.003</b>	<b>3.148</b>

**Private Kunden – Einlagen**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	2.950	3.087
Tagesgelder	8	
Termineinlagen	384	444
Spareinlagen	6.867	7.187
Sparbriefe und Ähnliches	18	23
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>10.227</b>	<b>10.741</b>

Auch vor dem Hintergrund der schwierigen Marktsituation halten wir an unserem Beratungsansatz fest. Basis für eine individuelle Anlageempfehlung ist nach wie vor eine sorgfältige Vermögens- und Vorsorgeanalyse des Kunden. Im Interesse des Kunden erfolgt die Geldanlage in Investmentfonds, mit denen gegenüber der Einzelanlage eine breite Diversifikation erreicht wird und negative Tendenzen der Börsenentwicklung abgeschwächt werden können.

**Aktivgeschäft**

Das Aktivvolumen unserer Kunden sank insgesamt um 4,6% auf 3,0 Mrd. €. Während im Geschäft mit Allzweckdarlehen Zuwächse erreicht wurden, ist das Geschäft mit privaten Immobilienfinanzierungen angesichts der stagnierenden Lage auf dem Immobilienmarkt auch 2002 zurückhaltend geführt worden. Auch Unsicherheiten aufgrund der Änderungen in der Eigenheimförderung führten bei den Kunden zu einem Nachfragerückgang. Aus der privaten Bauträgerfinanzierung haben wir uns generell zurückgezogen.

Aufgrund einer veränderten Systematik lassen sich in den einzelnen Aktivpositionen die Zahlen 2002 mit den Vorjahresdaten nicht vergleichen.

**Bauspargeschäft**

Das Bauspargeschäft entwickelte sich in der Berliner Sparkasse gegenüber dem Vorjahr leicht positiv. Insgesamt wurden rund 15.700 Verträge über eine Bausparsumme von 202 Mio. € abgeschlossen. Das entspricht einem Anstieg von knapp 1%.

**Versicherungsgeschäft**

Mit den Lebens- und Rentenversicherungen des Kooperationspartners Gothaer Versicherungen erzielte die Landesbank Berlin nahezu das Ergebnis des Vorjahres. So konnten Lebens- und Rentenversicherungen in Höhe von 115,3 Mio. € nettopolicierter Beitragssumme abgesetzt werden. Rund 17% dieser Versicherungen sind fondsgebunden.

## PRIVATE KUNDEN

**Kundenservice**

Im vergangenen Jahr wurden in den PrivatkundenCentern Selbstbedienungs(SB)-Kassenautomaten aufgestellt.

Diese bieten den Kunden neben den Funktionalitäten der bekannten Geldausgabeautomaten auch die Möglichkeit, Bargeld unabhängig von den Öffnungszeiten, also rund um die Uhr, einzuzahlen. Gleichzeitig werden einige Kassen in den meisten PrivatkundenCentern geschlossen. Bisher ist etwa die Hälfte der geplanten SB-Kassenautomaten aufgestellt. Die übrigen werden im laufenden Jahr installiert.

**Prozessoptimierung**

Im vergangenen Jahr sind in der Berliner Sparkasse umfangreiche Kostensenkungsmaßnahmen umgesetzt worden. Zu den eingeleiteten Veränderungen gehörten neben der Vollendung der markenübergreifenden Vereinheitlichung der Backoffice-Prozesse im Konzern auch der Beginn der Optimierung dieser Prozesse. Ziel ist es, durch Konzentration auf das Wesentliche und die Bündelung von Funktionen mehr Zeit für die Kundenberatung zu gewinnen.

**Vertriebswege und Beratung**

Das Netz der Vertriebsstandorte der Berliner Sparkasse wurde im Laufe des Jahres 2002 auf seine Rentabilität überprüft. In der Folge wurden 20 PrivatkundenCenter mit benachbarten Standorten zusammengelegt, wobei an einigen Standorten die Präsenz durch Selbstbedienungsmedien erhalten bleibt. Die Berliner Sparkasse verfügte damit per Jahresende 2002 über 158 PrivatkundenCenter und 53 SB-Standorte. Die umfangreiche Ausstattung an Geldausgabeautomaten, Kontoauszugsdruckern und Kontoserviceterminals wird ergänzt um die SB-Kassenautomaten, die auch Einzahlungen ermöglichen.

Darüber hinaus ist die Berliner Sparkasse mit 27 VermögensanlageCentern flächendeckend in Berlin präsent. Diese VermögensanlageCenter bieten für vermögende Privatkunden durch ein tief gestaffeltes Leistungsspektrum die Absicherung des erhöhten Beratungsbedarfs. Im Rahmen einer ganzheitlichen Kundenbetreuung übernehmen hier hoch qualifizierte Mitarbeiter eine anleger- und anlagegerechte Spezialberatung. Die VermögensanlageCenter bieten dabei flexible Beratungszeiten auch außerhalb fester Öffnungszeiten.

Für Kunden mit großem Vermögen und besonderen Ansprüchen bietet das Private Banking der Landesbank Berlin eine hoch individuelle, anspruchsvolle und umfassende Vermögensbetreuung.

Das Interesse an modernen Kommunikationsmitteln ist im Jahr 2002 deutlich gestiegen. Mit 290.000 Kunden nutzten rund ein Drittel mehr als im Vorjahr unser Online-Banking per PC. Auch bei den elektronischen Anwendungen wurden die Leistungen für unsere Kunden weiter ausgebaut.

## Perspektive

Die Restrukturierungsmaßnahmen werden im Jahr 2003 weitgehend abgeschlossen werden. Neben der Installation weiterer SB-Kassenautomaten werden die Prozesse im Vertrieb und den nachgelagerten Bereichen weiter optimiert.

Zusätzlich plant die Berliner Sparkasse, drei ImmobilienCenter zu errichten und ihre Kompetenz bei der Beratung rund um die Immobilie weiter auszubauen.

Ebenfalls im laufenden Jahr wird ein Kundenbetreuungsprogramm (KBP) eingeführt. Es ermöglicht eine bedarfsgerechte Analyse und unterstützt die Mitarbeiter bei der Beratung. Damit steht in allen Vertriebsstandorten ein modernes Analysetool für die bedarfsgerechte Kundenberatung zur Verfügung.

Unsere Kunden wollen wir in Zukunft noch besser beraten. Dafür verstärken wir die bedarfsgerechte Analyse.

Darüber hinaus wird im laufenden Jahr der ertragsorientierte Vertrieb die wichtigste Stellung einnehmen, um die Konzernsanierung auch im operativen Geschäft zu unterstützen. Im Ergebnis werden die Aktivitäten noch einmal zu einer jährlichen Sachkosteneinsparung in relevanter Größenordnung und einem weiteren Stellenabbau führen.

Das Geschäftsfeld Private Kunden in der Landesbank Berlin rechnet für 2003 wieder mit einem positiven Ergebnis.

## FIRMENKUNDEN

Im Geschäftsjahr 2002 behauptete die Landesbank Berlin ihre Position gegenüber dem Wettbewerb für den Bereich Firmenkunden in der Region Berlin-Brandenburg trotz des schwierigen Marktumfelds.

Dabei waren im vergangenen Geschäftsjahr Kundenverluste in Höhe von rund 3.000 zu verzeichnen. Unter den gelösten Kundenverbindungen waren auch solche, die nicht ertragreich waren.

Die Landesbank Berlin befasste sich im Berichtsjahr vorwiegend mit der Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen. Damit wurden Kosten- und Organisations-

Auch mit unseren neuen Vertriebswegen sind wir für unsere Kunden überall erreichbar.

strukturen verbessert und Arbeitsabläufe optimiert. In diesem Zusammenhang ordnete die Bank die Vertriebswege für kleine, mittlere und große Firmenkunden

neu, um noch stärker auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Kundensegmente eingehen zu können. Dabei wurde auch die Anzahl der stationären Vertriebsstellen verringert. Das flächendeckende Service-Netz in Berlin bleibt jedoch erhalten.

Zur Rationalisierung und Normierung der Arbeitsabläufe wurden Standardvertriebsprozesse gestaltet. Basis für die Neugestaltung der Vertriebsprozesse bildeten die Ergebnisse des Projekts „Business Process Reengineering III“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), an dem die Landesbank Berlin / Berliner Sparkasse seit Oktober 2001 als Pilotsparkasse teilgenommen hat. Auf dieser Basis wurden IT-gestützte Betreuungsinformationssysteme entwickelt und implementiert.

Das Geschäftsfeld Öffentliche Kunden wurde mit dem Geschäftsfeld Firmenkunden zusammengeführt. Es wird mit einer strikt regionalen Ausrichtung auf Berlin-Brandenburg sowie durch die Fokussierung auf firmenkundenspezifische Geschäfte in reduziertem Umfang weiter verfolgt.

Im Zuge der künftigen Eigenkapitalvorschriften (Basel II) führte die Bank ein neues internes Ratingsystem ein. Es bildet die Basis für eine risikoadjustierte Preispolitik. Zugleich gibt das Rating unseren Firmenkunden wichtige Hinweise über den aktuellen Entwicklungsstand und die Risiken ihrer Unternehmen und trägt somit zur Verbesserung der Transparenz und Risikokontrolle in der Bank bei.

Sowohl die Veränderung im Geschäftsfeld Öffentliche Kunden als auch die risikoorientierte Kreditvergabepolitik beeinflussten das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2002. Das Volumen war ebenso wie bei den Kundeneinlagen rückläufig. Das Zinsergebnis lag somit erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert. Das Provisionsergebnis konnte den Rückgang aufgrund des nach wie vor schwierigen Marktumfelds nicht kompensieren. Auch die Wertpapierprovisionen blieben hinter den Erwartungen zurück.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft lag aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in unserem Kernmarkt Berlin-Brandenburg über dem Vergleichswert des Vorjahres. Trotz dieses Anstiegs bewegte sich die Risikovorsorge im geplanten Rahmen. Nach wie vor verfolgen wir eine konservative Politik in der Akquisition von Krediten.



**Firmenkunden – Kredite**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	697	1.098
Kontokorrentkredite	323	543
Immobilienkredite	1.512	1.934
Andere Kredite	12.186	11.826
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>14.718</b>	<b>15.401</b>
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	748	801
<b>Summe<sup>1)</sup></b>	<b>15.466</b>	<b>16.202</b>

**Firmenkunden – Einlagen**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	1.026	1.190
Tagesgelder	83	
Termineinlagen	348	455
Spareinlagen	164	128
Sparbriefe und Ähnliches	1	4
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>1.622</b>	<b>1.777</b>
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	736	513
<b>Summe<sup>1)</sup></b>	<b>2.358</b>	<b>2.290</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Geschäftsfeld Öffentliche Hand

**Leasing und Factoring**

Im Berichtsjahr stiegen sowohl Anzahl als auch Volumen der Leasinggeschäfte, die mit unserem Kooperationspartner LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH geschlossen wurden. Damit erreichten wir eine Spitzenstellung im bundesweiten Vergleich.

Ergänzend zu der bereits bestehenden Kooperation mit der Deutschen Factoring Bank wurde für das Segment der kleineren und mittleren Kunden im Oktober 2002 eine Kooperation mit der Crefo-Factoring Berlin-Brandenburg GmbH eingegangen.

**Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge**

Die Landesbank Berlin unterstützt mit ihrem Kompetenzzentrum „Gründungen und Unternehmensnachfolge“ engagierte Existenzgründer bei der Realisierung ihrer Geschäftsideen. Zudem hilft sie etablierten Mittelständlern, ihre Unternehmen an die nächste Generation weiterzugeben.

Die Landesbank Berlin engagierte sich auch auf offiziellen Veranstaltungen für Existenzgründer. So nahm sie an den „Deutschen Gründertagen“ teil und unterstützte den regionalen „Businessplan-Wettbewerb“.

Als Hauptinitiator der Berliner Initiative Unternehmensnachfolge organisierte die Landesbank Berlin federführend den next-day Berlin.

## FIRMENKUNDEN

**Auslandsgeschäft**

Über das Kompetenzzentrum Ausland erhalten unsere Firmenkunden den Zugang zum vielfältigen Produkt- und Serviceangebot des Konzerns Bankgesellschaft Berlin im kommerziellen Auslandsgeschäft.

Hier setzten wir individuelle Betreuungskonzepte zur Begleitung unserer Kunden bei Vorhaben im Ausland um und entwickelten diese weiter.

**Electronic Services und Internet**

Für unsere Firmenkunden gehört die Nutzung von Electronic Banking inzwischen zum Standard. Mehr als 94% der Zahlungsverkehrstransaktionen werden mittlerweile über elektronische Medien abgewickelt.

Wir erweitern das Angebot im Internet-Banking für unsere Firmenkunden sukzessive und werden weitere E-Commerce-Lösungen erarbeiten, die unseren Firmenkunden konkrete wirtschaftliche Vorteile bieten. Damit ist die Landesbank auch in diesem Bereich ein zuverlässiger Partner.

**Schwerpunkte unserer Kundenbetreuung**

Zur regelmäßigen Fachinformation der Kunden ergänzte die Bank die vorhandenen Kommunikationsmedien durch einen Newsletter, der quartalsweise erscheint und über aktuelle Themen berichtet.

Aufgrund der Veränderungen bei der betrieblichen Altersversorgung („Riester-Rente“) war dieses Thema für die Unternehmen von besonderem Interesse. In zahlreichen Kundenveranstaltungen und individuellen Beratungsgesprächen informierten wir die Firmenkunden frühzeitig über die gesetzlichen Änderungen. Besondere Geschäftserfolge erzielten wir durch die Kooperation mit der Gothaer Versicherungsgruppe, mit der wir ein System der „Betrieblichen Altersvorsorge“ entwickelten.

**Perspektive**

Im Jahr 2005 werden weitere Meilensteine zur Restrukturierung des Firmenkundengeschäfts umgesetzt. Ziele sind die Optimierung des Vertriebsstellennetzes und Straffungen der Prozesse und Abläufe. Damit wird die Neuausrichtung des Firmenkundengeschäfts wie geplant vorangetrieben. Hinzu kommt die konsequente Erfüllung von erwarteten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die Produktpalette wird standardisiert und gestrafft. Dies führt zu einer erhöhten Transparenz des Leistungsangebots, vor allem im Segment der kleinen Firmenkunden, und zu einer weiteren Reduzierung der Kosten.

Unsere Position als leistungsstarker Partner für den Mittelstand in der Region Berlin-Brandenburg werden wir weiter ausbauen. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Durchführung informativer Kundenveranstaltungen zur Intensivierung bestehender und Akquisition neuer interessanter Kundenverbindungen.

## KAPITALMARKTGESCHÄFT

Im Rahmen der Strategie des Kapitalmarktgeschäfts des Konzerns Bankgesellschaft Berlin fungiert die Landesbank als Daueremittentin. Der Absatz eigener gedeckter und ungedeckter Emissionen konnte im Geschäftsjahr 2002 gesteigert werden.

Durch den Bruttoabsatz in Höhe von 6,9 Mrd. € ergab sich nach Tilgungen eine Umlaufschuld zum Jahresende in Höhe von 39,2 Mrd. €.

Emissionen der Landesbank Berlin werden standardmäßig an der Berliner Wertpapierbörse eingeführt und sind zum aktuellen Marktpreis jederzeit handelbar.

Trotz der schwierigen Lage an den Kapitalmärkten konnte in allen Bereichen ein guter Ergebnisbeitrag erwirtschaftet werden.

**Perspektive**

Im Rahmen der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts im Konzern Bankgesellschaft wird die Landesbank neben ihrer Funktion als Daueremittentin auch weiterhin als Bieterin bei Bundesemissionen auftreten. Die Aktivitäten des Geld- und Devisenhandels sind optimiert und vollständig mit dem Konzern verzahnt.

**Kapitalmarktgeschäft – Kredite**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Geldmarktnahe Kredite	157	
Andere Kredite	1.310	2.235
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>1.467</b>	<b>2.235</b>
Kredite an Banken ab 1 Jahr	6.482	9.893
<b>Summe<sup>1)</sup></b>	<b>7.949</b>	<b>12.128</b>

**Kapitalmarktgeschäft – Einlagen**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen		23
Tagesgelder	321	750
Termineinlagen	7.571	10.840
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>7.892</b>	<b>11.613</b>
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	9.779	10.172
<b>Summe<sup>1)</sup></b>	<b>17.671</b>	<b>21.785</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Geschäftsfeld Großkunden/Ausland

## IMMOBILIENFINANZIERUNG

Die Aktivitäten in der Gewerblichen Immobilienfinanzierung der Landesbank Berlin als Teil des strategischen Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin waren 2002 geprägt von der weiteren Konsolidierung im Bestandsgeschäft.

### Konsolidierung und Neustrukturierung des Bestandsportfolios

Im Fokus standen risikominimierende Maßnahmen sowie die kritische Analyse des Bestandsportfolios unter Performance-, Risiko- und Strategiegesichtspunkten. Die Abschmelzung von nicht strategiekonformen Bestandteilen des Kreditportfolios wurde forciert. Für erkennbare Risiken wurde adäquate Vorsorge getroffen.

#### Immobilienfinanzierung – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	960	933
Kontokorrentkredite	312	827
Immobilienkredite	3.767	4.451
Andere Kredite (insbes. Kommunalkredite)	1.343	402
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>6.382</b>	<b>6.613</b>

#### Immobilienfinanzierung – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	424	394
Tagesgelder	21	
Termineinlagen	68	118
<b>Summe</b>	<b>513</b>	<b>512</b>

### **Maßnahmen zur nachhaltigen Ergebnisverbesserung**

Die Gewerbliche Immobilienfinanzierung der Landesbank Berlin war fest eingebunden in die Maßnahmen im Geschäftsfeld zur nachhaltigen Ergebnisverbesserung.

Die Aufbau- und Ablauforganisation wurde auf Potenziale zur Optimierung und Straffung geprüft und – falls erforderlich – angepasst. Die ersten positiven Ergebnisse dieser internen Reorganisation sind in verminderten Verwaltungsaufwendungen im Geschäftsfeld sichtbar.

### **Perspektive**

Im Immobilienfinanzierungsgeschäft wird neben der intensiven Bearbeitung der mit Risiken behafteten Kredite durch geografische Diversifikation und Konzentration auf ausgesuchte Teilsegmente die Portfolioqualität weiter verbessert werden.

Mit der neuen Organisationsstruktur haben wir erste Erfolge erzielt.

## INVESTITIONSBANK BERLIN

Unter dem Dach der Investitionsbank Berlin (IBB) sind alle wichtigen Wirtschafts- und Immobilienförderprogramme des Landes Berlin vereint. Die IBB fördert mit zinsgünstigen Darlehen, nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Beteiligungen und kostenlosen Beratungen.

Als Landesstrukturbank legt die IBB eigene Förderprogramme auf und beteiligt sich an Gesellschaften, die für Berlin Wirtschaftsansiedlung, Standortmarketing sowie die Entwicklung und Unterhaltung landeseigener Grundstücke betreiben oder vergleichbare strukturpolitische Aufgaben wahrnehmen.

Die Investitionsbank Berlin ist die zentrale Förderbank des Landes Berlin. Grundlage für ihre Tätigkeit ist das Gesetz des Landes Berlin über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992. Im September 2000 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus durch Änderung dieses Gesetzes beschlossen, die Investitions-

bank Berlin zur Landesstrukturbank auszubauen. Das bedeutet vor allem die Auflage von Eigenprogrammen der Immobilien- und Wirtschaftsförderung sowie das Management von Landesbeteiligungen.

Die IBB ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbständige, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die als wettbewerbsneutrale Abteilung der Landesbank Berlin geführt wird. Das Vermögen der IBB wird als Sondervermögen getrennt von den sonstigen Vermögenswerten der Bank verwaltet.

### IBB-Fördervolumen

in Mio. €	Zuschüsse (Neubewilligungen)		Darlehen (Neubewilligungen)		Beteiligungen	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Wirtschaftsförderung	120,3	149,9	16,9	12,3	9,0	10,0
Immobilienförderung	39,5*	230,9*	107,5**	334,3**		–
<b>Summe</b>	<b>159,8</b>	<b>380,8</b>	<b>124,4</b>	<b>346,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>

\* ohne Anschlussförderung  
\*\* ohne Durchleitungsgeschäft

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Bilanzsumme	19.513	20.056
davon Kredite an Kunden	15.106	15.161
Jahresüberschuss	0,8	12,4

**Fördergeschäft – Kredite**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Immobilienkredite	12.146	11.602
Andere Kredite	2.960	3.559
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>15.106</b>	<b>15.161</b>
Kredite an Banken ab 1 Jahr	3.467	3.847
<b>Summe</b>	<b>18.573</b>	<b>19.008</b>

**Fördergeschäft – Einlagen**

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tagesgelder	188	141
Termineinlagen	9.537	9.689
<b>Summe</b>	<b>9.725</b>	<b>9.830</b>
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	7.079	7.429
<b>Summe</b>	<b>16.804</b>	<b>17.259</b>

Der Jahresüberschuss wurde der Zweckrücklage zugeführt. Die Zweckrücklage, die vorrangig den förderpolitischen Zielsetzungen der IBB dient, erhöhte sich damit auf 1.342 Mio. €. Das Geschäftsvolumen der IBB wird im entsprechenden Ausweis der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns Bankgesellschaft als Bestandteil der Gesamtsummen erfasst.

**Wirtschaftsförderung**

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die Investitionsbank Berlin mit ihren Programmen und Maßnahmen den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft. Sie fördert junge, innovative Unternehmen in den Zukunftsbranchen und unterstützt Existenzgründer von der Gründung des Unternehmens bis zur Etablierung am Markt. Neben finanziellen Hilfen bietet die IBB ein breites Beratungsspektrum an: So helfen beispielsweise spezielle Innovationsberater der IBB, Kontakte zu Gründern und Unternehmen der

Zukunftsbranchen aufzubauen, zu halten und zu intensivieren. Weiterhin analysieren sie, wo speziell Förderbedarf besteht und wie Beratung und Programme am besten einzusetzen sind.

Im Berichtsjahr begleitete die Investitionsbank die Gründung der „Deutschen Agentur für Aufsichtsräte“ und unterstützt diese weiterhin durch Sachleistungen. Die Agentur vermittelt Aufsichtsräte vor allem für mittelständische Unternehmen und bietet außerdem Schulungen und Coachings an.

## I N V E S T I T I O N S B A N K   B E R L I N

**Immobilienförderung**

Die Investitionsbank Berlin ist in der Immobilienförderung mit den Segmenten Wohneigentumsförderung, Mietwohnungsbau sowie Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands vertreten. Nach Jahren der intensiven Neubauförderung unterstützt die IBB mit ihren

Mit einem neuen Programm wollen wir den Erwerb von Wohneigentum fördern.

Programmen nun den Bestandserwerb sowie den Erhalt und die zeitgemäße Anpassung von Wohnraum. Im Mittelpunkt der Wohneigentumsförderung steht

der Erwerb von Eigentum aus dem Berliner Wohnungsbestand. Dazu bietet die IBB seit September 2002 ein neues Eigenprogramm an. Der zweite Baustein der Förderung von Wohneigentum ist die finanzielle Unterstützung von Aus- sowie Neugründung eigentumsorientierter Wohnungsgenossenschaften. Die IBB konzentriert sich auch zunehmend auf den Bereich Sanierungsberatung, um Eigentümer bei der Erhaltung der Wirtschaftlichkeit ihrer Objekte zu unterstützen.

**Strukturbankbeteiligungen**

Neben der Durchführung von Förderprogrammen ist es Aufgabe der IBB, im Landesinteresse strategische Beteiligungen zu übernehmen und zu optimieren.

So erwarb die IBB im Berichtsjahr die restlichen Anteile der Minderheitsgesellschafter an der Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG). Der Mehrheitserwerb hatte bereits Ende 2001 stattgefunden. Die GSG und die IBB führten gemeinsam eine Reihe von Veranstaltungen durch und informierten die Teilnehmer über aktuelle Themen wie beispielsweise die Bedeutung der künftigen Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel II) für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Außerdem wurden zum 1. Januar 2003 die Anteile am Technologie Coaching Center auf 100% aufgestockt. Hier unterstützen versierte Trainer Existenzgründer und Jungunternehmer und beraten sie bei grundlegenden Entscheidungen.

**Zusammenarbeit mit den Universitäten**

Gemeinsam mit den Berliner Universitäten und Fachhochschulen gründete die IBB 2001 die Patentverwertungsagentur ipal. Ziel der Agentur ist es, wirtschaftlich relevante Forschungsergebnisse über eine Patentanmeldung zu schützen und zu verwerten. Im ersten operativen Geschäftsjahr wurden durch die ipal 66 der von den Hochschulen und Universitätskliniken zur Betreuung angebotenen Erfindungen angenommen. Im Laufe des Jahres 2002 wurden 44 Patentanmeldungen beim Deutschen oder Europäischen Patentamt eingereicht und die ersten Verwertungsverträge abgeschlossen.



## Perspektiven

Bedingt durch die Entscheidung des Senats über den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau kommen neue Herausforderungen auf die IBB zu. So wird die IBB betroffene Mieter und Vermieter umfassend informieren und beraten. Angedacht ist zudem, dass die IBB die vom Senat angekündigten Maßnahmen zum Schutz vor unbilligen Härten wie Mietausgleich, Umzugshilfen und Härtefallregelungen mieterbezogen durchführt.

Vor dem Hintergrund der Umstrukturierung von Förderinstituten in der Bundesrepublik bereitet die Landesbank Berlin die Ausgliederung der IBB aus dem Bankkonzern vor. Ziel ist es, die IBB als selbständiges Kreditinstitut erfolgreich im Markt zu positionieren. Zu diesem Zweck wurde ein Projekt initiiert. Bis zum Ende des Jahres 2002 wurden bereits erste notwendige Funktionen in die IBB reintegriert.

## SONSTIGES / KONSOLIDIERUNG

Im Segment Sonstiges/Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind, und es erfolgt die bankinterne Konsolidierung.

Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten. Entsprechend erfolgt eine Konsolidierung in dieser Position und somit ein negativer Ausweis der Anderen Verwaltungsaufwendungen im Segment Sonstiges/Konsolidierung. Insgesamt wurden 28 Mio. € Verwaltungsaufwand der Bank nicht auf die anderen Segmente verrechnet.

Um die Komplexität im Konzern zu mindern und seine Führungsfähigkeit weiter zu verbessern, wurden die bisher 17 Corporate Center-Bereiche der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin auf 11 reduziert. Soweit rechtlich möglich, wurden die Funktionen in der Muttergesellschaft organisatorisch und räumlich konzentriert. Nur noch fünf dieser Bereiche haben operativ tätige Einheiten innerhalb der Landesbank Berlin. Die Zahl der Mitarbeiter der Corporate Center wurde im Berichtsjahr um 155 Vollzeitarbeitsplätze abgebaut. Von den 394 noch Verbliebenen waren rund 230 als separate Personengruppen gekennzeichnet – in Folge von Mutterschutz, Erziehungszeit und Ähnlichem. Dazu konnten auch die anderen Verwaltungsaufwendungen der Corporate Center gesenkt werden, insbesondere durch eine verringerte Flächennutzung durch die Aufgabe von Gebäuden und die Vermietung von Freiflächen an konzernfremde Unternehmen.

Durch Gewinnrealisierungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve und Schuldscheindarlehen konnte in der Risikovorsorge ein positiver Beitrag erzielt werden.

Nach Risikovorsorge wurde der Verlust gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € auf –100 Mio. € verringert.

Abschreibungen auf diverse Gesellschaften, die keinem Geschäftsfeld zuzuordnen sind, führten zu einem Verlust im Ergebnis aus Finanzanlagen. Die Ergebniswirkungen aus der Reduzierung des Beteiligungsportfolios weisen wir hier ebenfalls aus (z.B. Verkauf von Anteilen an der DekaBank Deutsche Girozentrale). Die Maßnahmen zur Neuordnung und Sanierung des Konzerns erforderten auch in der Landesbank Berlin nochmals eine Aufstockung der Restrukturierungsrückstellungen und laufenden Aufwendungen, die sich im Saldo der übrigen Positionen niederschlugen.

## INHALT

### DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

- 34 Allgemeiner Verlauf
- 34 Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft
- 36 Detailvereinbarung mit dem Land Berlin
- 37 EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe

### GESCHÄFTSVERLAUF

- 43 Ertragsentwicklung
- 47 Volumenentwicklung

### RISIKOBERICHT

- 50 Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken
- 51 Adressenausfallrisiken
- 56 Liquiditätsrisiken
- 57 Marktpreisrisiken
- 60 Operationelle Risiken
- 68 Sonstige Risiken

### AUSBLICK

72

# Lagebericht

## DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

### Allgemeiner Verlauf

Das Geschäftsjahr 2002 war geprägt durch die Fortsetzung der im November 2001 beschlossenen strategischen Neuausrichtung der Bank zu einer starken Regionalbank im Großraum Berlin. Trotz einer nahezu stagnierenden Gesamtwirtschaft sowohl in der Kernregion als auch in Deutschland insgesamt und der angespannten Situation an den Finanzmärkten sind die Fortschritte der Landesbank Berlin im Ergebnis des Geschäftsjahres 2002 deutlich ablesbar. Das konsequent betriebene Kostenmanagement führte hierbei zu einer signifikanten Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen.

### Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft

Die am 29. Juni 2001 formell notifizierte und am 25. Juli 2001 von der EU-Kommission in Brüssel genehmigte Rettungsbeihilfe für den Konzern Bankgesellschaft wurde begleitet von der Verpflichtung, dass die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland der Kommission innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung der Entscheidung, die Rettungsbeihilfe zu genehmigen, einen vollständigen Umstrukturierungsplan vorlegen. Der Umstrukturierungsplan wurde am 30. November 2001 im Aufsichtsrat der Bank einstimmig beschlossen.

Auf Basis dieses Sanierungskonzepts wurde fristgerecht am 28. Januar 2002 die Notifizierung einer Umstrukturierungsbeihilfe durch die Bundesregierung bei der EU-Kommission in Brüssel vorgelegt. Der vorgelegte Umstrukturierungsplan sieht als wichtigste Strategie für die Zukunft eine Verschlinkung der Tätigkeiten, Kapazitäten und Infrastrukturen für die künftige Geschäftstätigkeit sowie die Neuausrichtung als Regionalbank mit dem Kerngeschäft Privat- und Firmenkunden sowie Kapitalmarkt vor, dessen Effizienz nachdrücklich verbessert wird.

Die Geschäftsaktivitäten im Immobiliendienstleistungs-, Kapitalmarkt-, Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie in Teilen des Immobilienfinanzierungsgeschäfts werden deutlich verringert bzw. beendet.

Deutlich geringere Risikoaktiva, ein erheblich verbessertes Risikoprofil und die nachhaltige Rückführung der Verwaltungskosten sollen die operative Ertragskraft des Konzerns Bankgesellschaft Berlin und damit auch der Landesbank Berlin dauerhaft und nachhaltig verbessern.

Ferner wurde mit der Detailvereinbarung vom 16. April 2002, die die Grundsatzvereinbarung vom Dezember 2001 ersetzt, die Abschirmung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft geregelt. Ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Schaffung von Voraussetzungen für nachhaltige Kostensenkungen konnte mit dem Abschluss der Betriebs- und Dienstvereinbarungen (mit den Inhalten Sozialplan und Interessenausgleich) in den öffentlichen und privaten Bereichen des Konzerns mit den Arbeitnehmervertretern vom 10. April 2002 und der Auswahlrichtlinie vom 30. April 2002 geschaffen werden. Die im

Lagebericht 2001 avisierten schlankeren und übersichtlicheren Organisationsstrukturen wurden nach Durchführung eines Auswahlverfahrens für die zweite und dritte Führungsebene und der Halbierung der Bereichsleiterpositionen durch die schrittweise Einführung der neuen Zielstruktur seit dem 1. Juli 2002 umgesetzt.

Bisher noch nicht umgesetzt werden konnte die zum 1. Januar 2003 geplante Zusammenführung des regionalen Kerngeschäfts des Konzerns im Sinne „Einer Bank“ durch die Übertragung des Retailgeschäfts der Berliner Bank von der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) in die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB). Die Zusammenführung des Retailgeschäfts im Konzern wird vom Vorstand nach wie vor als ein wesentlicher Baustein der Sanierung betrachtet.

Für die Beteiligungen des Konzerns wurden Desinvestitionsmöglichkeiten geprüft und teilweise umgesetzt. So wurden beispielsweise aus dem Beteiligungsportfolio der LBB die DekaBank Deutsche Girozentrale-Anteile verkauft.

Der Schwerpunkt der Kapitalmarktstrategie der LBB liegt unverändert auf aktivischem und passivischem Schuldscheindarlehengeschäft zu Refinanzierungszwecken, das heißt Emission von Anleihen sowie Geld- und Rentengeschäften, wobei aufgrund verschiedener Faktoren der Umfang der Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr rückläufig war.

Insgesamt wurde 2002 im Konzern eine deutlich schlankere Organisationsstruktur eingeführt. So wurden zum Beispiel die Stäbe der Marktbereiche sowie der DirektBankService GmbH unter dem Dach der LBB zusammengeführt, während in der Bankgesellschaft Berlin AG die Funktionen der Bereiche Personal und Unternehmenskommunikation gebündelt wurden. Insgesamt wurde im Konzern Bankgesellschaft Berlin (ohne Immobiliendienstleistungen, IBB und Berlin Hyp) im Jahr 2002 die Anzahl der Bereiche von 61 auf 33 in etwa halbiert. Die Auflösung weiterer Bereiche im Konzern, wie beispielsweise Corporate Banking (BGB), Structured Finance (BGB) bzw. Öffentliche Hand (LBB) ist im weiteren Verlauf der Sanierung nach Abschmelzen der Portfolios bis zum Jahr 2005 vorgesehen.

Eine weitere Verschlankeung des Konzerns und der Prozessstruktur konnte durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreicht werden. Dazu zählt das Outsourcing der zentralen Informationsverarbeitung an die FinanzIT (vormals dvg), das Outsourcing der Gehaltsabrechnung und die Schließung von 20 Standorten der Sparkasse (PrivatkundenCenter).

## D A S   G E S C H Ä F T S J A H R   2 0 0 2   I M   Ü B E R B L I C K

**Detailvereinbarung mit dem Land Berlin**

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) und den Tochtergesellschaften

- Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp)
- IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft (IBAG)
- Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)

mit dem Land Berlin, die die Grundsatzvereinbarung vom Dezember 2001 ersetzt, schirmt den Konzern von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsge­schäfts ab, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet sind. Nicht erfasst sind Risiken aus dem danach begründeten Neugeschäft sowie aus der Auflage von Immobilienfonds nach dem 31. Dezember 2000.

Mit Ausnahme von Einzelengagements von potenziell benannten Kreditnehmern umfasst die Kreditgarantie gemäß Detailvereinbarung Kredite bzw. Kreditzusagen an die in der Detailvereinbarung genannten Gesellschaften der IBG-/IBAG-Gruppe sowie bestimmte Objekt- und Fondsgesellschaften, die die BGB, die LBB oder die Berlin Hyp ausgereicht bzw. garantiert haben.

Des Weiteren sind die wesentlichen Bilanzaktiva der Gesellschaften der IBAG-Gruppe bzw. der IBG-Gruppe einbezogen sowie bestimmte Rückstellungen und die Freistellung von Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnissen. Ansprüche aus dieser in der Detailvereinbarung gegebenen Garantie entstehen bis zu einer spätestens per 31. Dezember 2031 vorzunehmenden Schlussabrechnung nur im Fall der Veräußerung bzw. Liquidation garantierter Bilanzaktiva bzw. der endgültigen Realisierung eines von der Freistellung erfassten Risikos. Dabei sind Veräußerungsverluste vom Land zu erstatten und Veräußerungsgewinne an das Land abzuführen. Ausgenommen von dieser Garantie sind u.a. Buchwerte an Beteiligungen der IBAG, in denen diese Gesellschaft ihr Neugeschäft betreibt.

Das Land hat zudem die LPFV, die auf die Verwaltung der Fondsgarantie spezialisierte Tochtergesellschaft der Bank, von ihren Haftungsrisiken freigestellt, soweit diese einen Selbstbehalt in Höhe von 100 Mio. € überschreiten. Mit Ausnahme von bestimmten einzelnen Fonds bewirkt dies eine Abschirmung des Konzerns gegen die wesentlichen Haftungsrisiken aus den abgegebenen Fondsgarantien. Überdies hat das Land die BGB von einer Inanspruchnahme aus den bis zum 31. Dezember 1998 bestehenden Patronaten für IBG, IBV und Bavaria weitgehend freigestellt.

Dem Land sind Prüfungsrechte nach dem Haushaltsgrundsätze-Gesetz bei den beteiligten Gesellschaften im Konzern sowie weitere Informations- und Kontrollrechte gewährt worden. So werden bestimmte Maßnahmen nur dann von der Garantie bzw. Freistellung erfasst, wenn das Land den betreffenden Maßnahmen zuvor zugestimmt hat.

Für bestimmte Verpflichtungen der Konzerngesellschaften aus der Detailvereinbarung ist eine gesamtschuldnerische Haftung, u.a. auch der Landesbank Berlin, festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor. Diese orientieren sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft.

Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land von der Bankgesellschaft Berlin AG bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr. Die konzerninterne Aufteilung dieser Provision erfolgte durch die Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB und die Berlin Hyp vor. Diese Erstattung orientiert sich am Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der drei Teilbanken. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten auch im Innenverhältnis von der BGB als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Die Detailvereinbarung stand unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin, die am 9. April 2002 erfolgt ist. Sie steht weiterhin unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission.

Handels- und bankaufsichtsrechtlich wird die Detailvereinbarung von der Bankgesellschaft Berlin bei ihrer laufenden Geschäftstätigkeit bereits uneingeschränkt mit einbezogen. Die Detailvereinbarung soll durch eine Zuständigkeits- und Verfahrensverordnung ergänzt werden.

Zusammen mit der Beschlussfassung über das Gesetz zur Abschirmungsvereinbarung hat das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, dass die Anteile des Landes Berlin an der BGB schnellstmöglich zu für das Land Berlin vertretbaren Bedingungen zu veräußern sind. Dabei ist die Investitionsbank Berlin (IBB) als eigenständige öffentlich-rechtliche Strukturbank aus der Bankgesellschaft Berlin herauszulösen.

### **EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin**

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter dem 28. Januar 2002 den Antrag auf Genehmigung einer Umstrukturierungsbeihilfe zu Gunsten der BGB bei der EU-Kommission eingereicht. Teil dieses Antrags ist ein umfassender Restrukturierungsplan für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Der Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe umfasst sowohl die Kapitalzufuhr des Landes Berlin an die BGB in Höhe von ca. 1,7 Mrd. € durch die Umsetzung des Kapitalerhöhungsbeschlusses vom 29. August 2001 als auch die Detailvereinbarung.

## DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

Mit Beschluss vom 9. April 2002 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um die vom Land Berlin gewährten Umstrukturierungsbeihilfen für die BGB eingehend zu prüfen. Die Europäische Kommission war aufgrund einer vorläufigen Prüfung des von der Bundesregierung eingereichten Antrags auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe zu dem Ergebnis gelangt, dass auf der Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen ernste Bedenken gegen die Vereinbarkeit der Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt bestehen.

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 hat die EU-Kommission ihren Beschluss mitgeteilt, ein separates förmliches Prüfverfahren wegen der Ende 1992 erfolgten Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr Investitionsbank Berlin „IBB“) auf die LBB einzuleiten. Dabei handelt es sich um ein Parallelverfahren zu dem Verfahren, in dem die EU-Kommission im Juli 1999 den Kapitaltransfer eines Bundeslandes zu Gunsten einer Landesbank für beihilferechtlich unzulässig erklärt, für die Zukunft Anpassungsmaßnahmen angeordnet und eine entsprechende Rückforderungsanordnung erlassen hatte. In ihrer Entscheidung vom Juli 1999 hatte sich die EU-Kommission ausdrücklich vorbehalten, auch gegen vergleichbare Kapitalzuführungen anderer Bundesländer vorzugehen. Für das Land Berlin betrifft dies die Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr IBB) auf die LBB zum Jahresende 1992. Gegen die Entscheidung der EU-Kommission vom Juli 1999 hat insbesondere die Bundesregierung Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Mit der Entscheidung vom

6. März 2005 hat der Gerichtshof erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften die Entscheidung der Kommission vom Juli 1999 für nichtig erklärt, da die Kommission ihrer Begründungspflicht hinsichtlich des festgelegten Renditesatzes nicht in ausreichendem Maße nachgekommen sei. Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Verfahren in den anderen Bundesländern werden noch geprüft.

Im Beschluss vom 2. Juli 2002 über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens wegen der Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt auf die LBB prüft die Kommission, ob die für den Transfer geleistete Vergütung als marktüblich angesehen werden kann oder ob sie unter einem marktüblichen Satz liegt und die Differenz zwischen der geleisteten Vergütung und der marktüblichen Rendite einer solchen Investition eine nach EU-Recht tatbestandliche Beihilfe darstellt. Nach dem Eröffnungsbeschluss sei bei dieser Prüfung die Methodik anzuwenden, die der Entscheidung vom Juli 1999 über den Kapitaltransfer eines Bundeslandes zu Gunsten einer Landesbank zugrunde liegt. Auf Grundlage dieser Methodik gelangt die Kommission im Eröffnungsbeschluss vom 2. Juli 2002 zu dem Ergebnis, es sei nach dem seinerzeitigen Informationsstand wahrscheinlich, dass die in Frage stehende Maßnahme des Landes Berlin eine Beihilfe darstelle, die Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gebe.

Dabei gilt es zu beachten, dass die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens ein Verfahrensschritt ist, der lediglich den vorläufigen Standpunkt der EU-Kommission zum Ausdruck bringt. Dadurch wird jedoch nicht das endgültige Ergebnis der beiden Prüfverfahren vorweggenommen. Die von der EU-Kommission bei der Einleitung der Verfahren geäußerten ernsthaften Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit haben daher keine präjudizie-



rende Wirkung auf den Ausgang der Verfahren. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die EU-Kommission im Fall der Überführung der ehemaligen WBK auf die LBB eine nicht genehmigungsfähige Beihilfe annimmt. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die Kommission eine Rückforderungsentscheidung erlässt, wonach der Beihilfebetrag zuzüglich Verzinsung für die Zeit ab Zurverfügungstellung der Beihilfe bis zu ihrer Rückzahlung an das Land Berlin zu zahlen ist.

Die Bundesregierung hat der EU-Kommission insbesondere durch Mitteilung vom 9. September 2002 weitere detaillierte Informationen zur Verfügung gestellt und ist der Auffassung entgegengetreten, dass es sich bei der fraglichen Maßnahme um eine Beihilfe handelt. Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die EU-Kommission das LBB/IBB-Verfahren mit der Entscheidung abschließen wird, die verfahrensgegenständliche Maßnahme sei nicht mit einer Beihilfe verbunden.

Da jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine negative Entscheidung der Kommission nicht ausgeschlossen werden kann, wäre im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie im Konzernabschluss der BGB wegen der eventuellen Beihilferückforderung aus dem LBB/IBB-Verfahren eine Rückstellung zu bilden, die gegenwärtig weder die LBB noch der Konzern ohne Verletzung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen verkraften könnten. Zur Vermeidung dieser Rückstellungsbildung haben das Land Berlin und die LBB am 23./27. Dezember 2002 die „Vereinbarung

über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Beihilfeprüfverfahren C 48/2002 – LBB – der Europäischen Kommission“ geschlossen (im Folgenden „Vereinbarung“). Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat der Vereinbarung am 20. Februar 2003 zugestimmt. Die Vereinbarung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass die EU-Kommission die Vereinbarung im Rahmen ihrer Entscheidung über die Umstrukturierungsbeihilfen genehmigt.

Gemäß der Vereinbarung verpflichtet sich das Land Berlin, im Wege der Gewährung eines erfolgswirksam zu vereinnahmenden Zuschusses und gekoppelt an das Unterschreiten bestimmter Kapitalquoten im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie des Konzerns BGB die aus dem LBB/IBB-Verfahren möglicherweise folgende Verpflichtung zur Rückzahlung einer etwaigen WBK-Beihilfe zu neutralisieren. Die Neutralisierungsvereinbarung soll der Kommission durch die Bundesregierung kurzfristig offiziell zugeleitet werden. Sie wird aller Voraussicht nach bei der Entscheidung der EU-Kommission zur Umstrukturierungsbeihilfe als weiterer Teil der Umstrukturierungsbeihilfe beurteilt.

Die Landesbank Berlin ist bei der Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses von einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe ausgegangen. Im Jahresabschluss wurde bei der Bewertung gemäß § 252 Abs. 1 Ziffer 2 HGB von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

Eine ausführliche Darstellung der mit den EU-beihilferechtlichen Verfahren verbundenen Risiken finden Sie im Risikobericht.

## G E S C H Ä F T S V E R L A U F

Die Landesbank Berlin hat im Geschäftsjahr 2002 die Sanierungsziele

- Neupositionierung als eine starke Regionalbank im Großraum Berlin,
- Rückzug aus bestimmten Geschäftsaktivitäten,
- Akzeptanz an den Kapitalmärkten,
- erfolgreiche Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen

in großen Teilen erreicht. Allerdings konnte die geplante Zusammenführung des regionalen Kerngeschäfts im Sinne „Einer Bank“, wie bereits dargestellt, nicht vollzogen werden. Unabhängig davon wurden die übrigen Konzernfunktionen für das Retailgeschäft in der LBB konzentriert, so dass die Steuerung des Portfolios jetzt aus der LBB heraus erfolgt. Dazu zählen:

- die Einbringung der DirektBankService GmbH in die LBB
- die Konzentration der Retail-Geschäftsfeldstäbe in der LBB
- der Kauf aller Geschäftsanteile an der Bankenservice GmbH von der Bankgesellschaft Berlin AG

Mit dem Verkauf der Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale sowie der Einstellung der Geschäftstätigkeit der LBB Landesbank Berlin Finance Curacao N.V. wurden wichtige Meilensteine des Sanierungskonzepts erfolgreich abgeschlossen.

Die wieder verbesserte Akzeptanz an den Kapitalmärkten zeigt sich darin, dass im Oktober 2002 die erfolgreiche Platzierung eines variabel verzinslichen Öffentlichen Pfandbriefs im Volumen von 1 Mrd. € möglich war.

Die für 2002 geplanten Maßnahmen zur Kostensenkung im Verwaltungskostenbereich wurden weitgehend umgesetzt und zeigen sich in folgenden Ergebnissen:

Im Rahmen der Restrukturierung erfolgte sowohl die Reduzierung der Corporate Center-Bereiche als auch – soweit aufsichtsrechtlich zulässig – die organisatorische und räumliche Zusammenführung der Zentralfunktionen in der Bankgesellschaft Berlin AG. Die Zusammenführung auf nur noch fünf Corporate Center in der LBB ermöglichte eine Reduzierung um insgesamt rund 130 Mitarbeiterkapazitäten (MAK). Des Weiteren wurden innerhalb der Investitionsbank Berlin (IBB) in Vorbereitung auf die in absehbarer Zeit geplante rechtliche Verselbständigung bereits eigenständige Stabsfunktionen aufgebaut.

Unter Berücksichtigung des Personalzugangs von der DirektBankService GmbH im Umfang von rund 320 MAK, der Reduzierung in den zentralen Stäben um rund 130 MAK sowie der Inanspruchnahme von Angeboten aus dem Restrukturierungsprogramm konnte der Personalbestand in der LBB (ohne Auszubildende) insgesamt um knapp 200 Kapazitäten auf 4.937 zum Jahresende 2002 reduziert werden. Hinzu kommt eine Personalreduzierung

zum 1. Januar 2003 in Höhe von 142 MAK, die im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Maßnahmen aus dem Programm der Strategischen Ergebnisverbesserung steht.

Zur Stärkung des Vertriebs im Retailgeschäft wurde die in der Vergangenheit im Filialgeschäft geteilte Kundengruppenverantwortung aufgehoben. Hieraus resultiert von 2003 an eine Erhöhung der Beratungszentren für das Individualkundengeschäft um weitere drei Stellen, während die Vertriebsstandorte für das kleine und mittlere Firmenkundengeschäft unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert wurden. Insgesamt wurde die Anzahl der Vertriebsstandorte um 20 PrivatkundenCenter und 11 Gewerbekundenzentren reduziert.

Im unverändert flächendeckenden Filialnetz in Berlin führte die LBB verstärkt kundenfreundliche SB-Automaten in Form von Cash-Recycling-Automaten ein und reduzierte dadurch die Anzahl der traditionellen Kassenstandorte. Darüber hinaus wurde das bisher eigenständig geführte Geschäftsfeld „Öffentliche Hand“ bezüglich des überregionalen Geschäfts zurückgeführt und die danach verbleibenden Aktivitäten auf das Geschäftsfeld „Firmenkunden“ übergeleitet.

Im Zusammenhang mit einer neuen Raumplanung im Konzern wird die bisherige Zentrale der LBB in der Bundesallee saniert und von 2003 an von der IBB genutzt werden, die ihrerseits das bisherige Ausweichquartier in der Spichernstraße aufgibt.

Im Geschäftsjahr 2002 erzielte die LBB ein Betriebsergebnis nach Risikovorsorge (ohne Veränderung der Reserve nach § 340 f HGB) in Höhe von 289 Mio. €, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 200 Mio. € entspricht.

Die Ergebnisse der einzelnen Komponenten des **operativen Geschäfts** entwickelten sich dabei wie folgt:

- Der Zinsüberschuss ermäßigte sich planmäßig um –94 Mio. € oder –10,4% auf 812 Mio. €. Hierbei wirkte sich insbesondere die strategiekonforme Reduzierung von Zinsrisiken und der leichte Volumenrückgang aus.
- Der Provisionsüberschuss blieb mit 180 Mio. € um –22 Mio. € oder –10,9% unter dem Vorjahreswert. Wichtigster Belastungsfaktor in diesem Zusammenhang ist das weiterhin schwache Ergebnis aus Wertpapiergeschäften aufgrund des anhaltend ungünstigen Börsenklimas. Hingegen konnten bei neu konzipierten Girokontenmodellen gute Erfolge erzielt werden.
- Das Handelsergebnis (Nettoergebnis aus Finanzgeschäften) betrug –9 Mio. € (Vorjahr: –5 Mio. €).
- Die Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich trotz der Integration der DirektBankService GmbH – wie vorgesehen – um –61 Mio. € oder –8,6% auf 652 Mio. € (Vorjahr: 713 Mio. €) und bewegten sich damit im Rahmen des Restrukturierungskonzepts.
- Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurden insgesamt 117 Mio. € (Vorjahr: 224 Mio. €) und damit deutlich weniger als im Jahr 2001 eingestellt.

G E S C H Ä F T S V E R L A U F

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Vorsorgeaufwendungen** in der LBB insgesamt:

in Mio. €	2002	2001	Ergebnis- veränderung
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	117	224	107
Abschreibungen auf Beteiligungen	42	+27	-69
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	+39	10	49
Verlustübernahmen aus Beteiligungen	26	17	-9
<b>Vorsorgeaufwendungen insgesamt</b>	<b>146</b>	<b>224</b>	<b>78</b>

Die Vorsorgeaufwendungen sind um -78 Mio. € gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte wieder auf ein akzeptables Niveau zurückgeführt werden. Das im Vorjahr ausgewiesene positive Beteiligungsergebnis enthielt den Ertrag aus einer Reserve in Höhe von 40 Mio. €, die im Zuge der Übertragung der Landesbausparkasse Berlin auf die LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover aufgedeckt worden war. Der Aufwand des Geschäftsjahres 2002 resultiert in weiten Teilen aus Bewertungserforder-

nissen in der IBB. Er wurde teilweise kompensiert durch den Ertrag aus dem Verkauf der Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale. Im Anstieg der erforderlichen Verlustübernahmen sind die Effekte aus der marktnahen Bewertung von Immobilien in der LBB-Grundstücks-gesellschaft in Höhe von rund 14 Mio. € enthalten.

## Ertragsentwicklung

in Mio. €	2002	2001	Veränderung
Zinsüberschuss	812	906	-94
Provisionsüberschuss	180	202	-22
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	-9	-5	-4
Verwaltungsaufwendungen	652	713	-61
Personalaufwand	297	318	-21
Andere Verwaltungsaufwendungen	332	357	-25
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	23	38	-15
Saldo übriger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	36	-67	103
davon: Bankbeitrag der IBB	0	-51	51
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>367</b>	<b>323</b>	<b>44</b>
Risikovorsorge (ohne Reserve nach § 340 f HGB)	78	234	-156
<b>Betriebsergebnis (ohne Reserve nach § 340 f HGB)</b>	<b>289</b>	<b>89</b>	<b>200</b>
§ 340 f-Reserve	-26	0	-26
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>315</b>	<b>89</b>	<b>226</b>
Ergebnis aus Finanzanlagen	-42	27	-69
Saldo der übrigen Positionen	-63	-35	-28
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>210</b>	<b>81</b>	<b>129</b>
Ertragsteuern	20	20	0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>190</b>	<b>61</b>	<b>129</b>
Gewinnabführung Bankgesellschaft	146	36	110
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>44</b>	<b>25</b>	<b>19</b>

Das **operative Ergebnis** der Bank (Betriebsergebnis ohne Reserve nach § 340 f HGB) konnte von 89 Mio. € im Vorjahr auf 289 Mio. € gesteigert werden. Diese Verbesserung ist zu rund einem Viertel auf den Wegfall der Aufwendungen der IBB im Rahmen des öffentlichen Förderauftrages (Bankbeitrag) zurückzuführen, die im Vorjahr 51 Mio. € betragen hatten. Zudem fiel ein Einmal-effekt aus der Auflösung der Rückstellung für Jubiläum-zahlungen (12 Mio. €) an. Nach Bereinigung dieser beiden Sonderfaktoren verbesserte sich das operative Ergebnis der Bank um 137 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Innerhalb der **IBB** war eine Risikovorsorge im Zusammenhang mit den dort gehaltenen Beteiligungen von insgesamt rund 76 Mio. € vorzunehmen. Um im Fördergeschäft insgesamt ein knapp ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, musste dort auf die Reserven nach § 340 f HGB zurückgegriffen werden und der Bankbeitrag (Ausschüttung der IBB) entfallen, um nicht aus der Substanz zu zahlen.

## G E S C H Ä F T S V E R L A U F

Unabhängig von diesen Ergebnissen kann die Landesbank wieder an die in den Vorjahren übliche Ausschüttung an die Muttergesellschaft anknüpfen.

Der **Zinsüberschuss** sank planmäßig um  $-10,4\%$  oder  $-94$  Mio. €. Der Anteil der im Geschäftsjahr realisierten Erträge aus Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements wurde deutlich zurückgeführt. Die Ergebnisentwicklung der einzelnen Kundensegmente ist der gesonderten Segmentberichterstattung in diesem Geschäftsbericht zu entnehmen.

Der **Provisionsüberschuss** blieb mit  $180$  Mio. € um  $-22$  Mio. € oder  $-10,9\%$  unter dem Vorjahreswert. Wichtigster Einzelfaktor in diesem Zusammenhang ist das weiterhin schwache Ergebnis aus Wertpapiergeschäften aufgrund des anhaltend ungünstigen Börsenklimas. Die unverändert wichtigste Ertragssäule im Provisionsgeschäft, Kontoführung/Zahlungsverkehr, steuerte aufgrund attraktiver Produkte mit  $100$  Mio. € wieder ein Ergebnis auf Vorjahresniveau bei.

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** beträgt  $-9$  Mio. €. Die hierzu gegenläufigen Ertragskomponenten sind im Zinsergebnis enthalten.

Der **Verwaltungsaufwand** konnte um  $-61$  Mio. € oder  $-8,6\%$  auf  $652$  Mio. € gesenkt werden und spiegelt damit Erfolge bereits umgesetzter Sanierungsmaßnahmen wider. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Senkung durch die Integration der DirektBankService GmbH zum 1. Januar 2002 verringert wurde. Auf bereinigter Basis wurden in der LBB Einsparungen in Höhe von  $86$  Mio. € realisiert, was einem Rückgang um  $-12,1\%$  entspricht.

Die Reduzierung des Personalaufwands um  $-21$  Mio. € bzw.  $-6,6\%$  auf  $297$  Mio. € ist sowohl durch die Gehaltsreduzierungen in Höhe von rund  $8\%$  von Mai 2002 an als auch auf die Verringerung der Mitarbeiterkapazitäten zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2002 haben  $169$  Mitarbeiter/innen Vorruhestands- bzw. Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen.

Der Rückgang der Anderen Verwaltungsaufwendungen um  $-25$  Mio. € bzw.  $-7,0\%$  auf  $332$  Mio. € resultiert u.a. aus folgenden Effekten:

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Vertriebs konnten die Raumkosten um  $-8$  Mio. € auf  $63$  Mio. € und die personalabhängigen Sachkosten um  $-5$  Mio. € auf  $4$  Mio. € gesenkt werden.

Durch die Integration der DirektBankService GmbH und die Begründung der umsatzsteuerlichen Organshaft ab dem Erwerb der BankenService GmbH von der Bankgesellschaft wirkte sich der Wegfall der Umsatzsteuerbelastung auf diese konzerninternen Dienstleistungen aufwandsmindernd aus.

Die Einsparungen wurden realisiert und dabei Projekte wie ARMADA (Kontrolle und Management der Marktpreisrisiken) abgeschlossen und weitere Projekte wie beispielsweise KOLIBRI (Konzeption für ein Obligo- und Limitmanagementsystem), Basel II weitgehend fertig gestellt sowie die Vorbereitungen für die Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IAS fortgesetzt.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen** in Höhe von 23 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) resultierten überwiegend aus planmäßigen Abschreibungen auf EDV-Hardware sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Vorjahreswert ist eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 14 Mio. € auf ein Objekt enthalten gewesen.

Der positive **Saldo der übrigen betrieblichen Erträge** und Aufwendungen von 36 Mio. € (Vorjahr: –67 Mio. €) enthält erstmalig die Erträge der zum Jahresanfang übernommenen DirektBankService GmbH in Höhe von 28 Mio. €. Gleichfalls ist in dieser Position der Wegfall der Aufwendungen der Investitionsbank Berlin (IBB) im Rahmen des öffentlichen Förderauftrags für 2002 zu berücksichtigen. Im Vorjahr wurde in dieser Position der Aufwand von 51 Mio. € abgebildet. Weiterhin wird die für die Enthftung an das Land Berlin zu zahlende Avalprovision in Höhe von 6 Mio. € hier ausgewiesen. Aus der Auflösung der Rückstellung für Jubiläumzahlungen wurde ein einmaliger Ertrag in Höhe von 12 Mio. € realisiert.

Der Saldo der **Risikovorsorge** beläuft sich auf 78 Mio. € (Vorjahr: 234 Mio. €). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belastet das Ergebnis mit 117 Mio. € und damit deutlich geringer als im Jahr 2001 (224 Mio. €). Aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve konnte im Geschäftsjahr ein Ertrag in Höhe von 39 Mio. € (Vorjahr: –10 Mio. €) realisiert werden.

Darüber hinaus wurde in der rechtlich unselbständigen Abteilung Investitionsbank Berlin eine Auflösung von Reserven nach § 340 f HGB in Höhe von 26 Mio. € vorgenommen.

G E S C H Ä F T S V E R L A U F

Die Risikovorsorge setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. €	2002	2001	Veränderung
Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
zu Lasten der GuV gebildete Wertberichtigungen	311	361	-50
Direktabschreibungen	4	6	-2
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	197	142	55
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1	1	0
<b>Vorsorgeaufwand – netto</b>	<b>117</b>	<b>224</b>	<b>-107</b>
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve			
Ertragskomponenten	58	19	39
Aufwandskomponenten	19	29	-10
<b>Wertpapierergebnis – netto (= Ertrag)</b>	<b>-39</b>	<b>10</b>	<b>-49</b>
Summe vor Veränderung der § 340 f HGB-Reserve	78	234	-156
Veränderung § 340 f HGB-Reserve	-26	0	-26
<b>Risikovorsorge insgesamt</b>	<b>52</b>	<b>234</b>	<b>-182</b>

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von -42 Mio. € wurde belastet durch erforderliche Vorsorgen für unsere Gesellschaften Berlin Capital Fund GmbH und latente Risiken in der IBG Immobilien- und Beteiligungsmanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH. Kompensierend steht diesen Aufwendungen ein Gewinn aus der Veräußerung der Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale gegenüber. Aus der rechtlich unselbstständigen Abteilung Investitionsbank Berlin war ein Vorsorgebedarf zu übernehmen, der die über Tochtergesellschaften gehaltenen Anteile an zwei Gesellschaften betraf.

Im **Saldo der übrigen Positionen** von -63 Mio. € sind außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 37 Mio. € für weitere Maßnahmen im Rahmen der Restrukturierung sowie Verlustübernahmen in Höhe von 26 Mio. € enthalten.

Der ausgewiesene **Ertragsteueraufwand** betrifft fast ausnahmslos frühere Geschäftsjahre. Aus dem inländischen Ergebnis des Jahres 2002 resultiert kein Steueraufwand. Auf die ausländischen Niederlassungen entfällt ein Steueraufwand von 2 Mio. €.



**Verteilung der Bilanzsumme**

in %	31.12.2002	31.12.2001
LBB / Sparkasse Berlin	67,1	64,4
Investitionsbank Berlin	21,1	21,0
Niederlassung London	8,5	11,0
Niederlassung Luxemburg	3,3	3,6
	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

**Kreditvolumen**

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	1	0	1	–
Kredite an Kreditinstitute (über 1 Jahr)	10.228	12.972	–2.744	–21,2
Forderungen an Kunden	39.993	41.826	–1.833	–4,4
darunter:				
Kommunalkredite	11.159	11.187	–28	–0,3
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	14.638	14.543	95	0,7
übrige Kundenforderungen	14.196	16.096	–1.900	–11,8
<b>Kreditvolumen</b>	<b>50.222</b>	<b>54.798</b>	<b>–4.576</b>	<b>–8,4</b>

**Volumenentwicklung der LBB**

Die **Bilanzsumme** der Landesbank bewegte sich per 31. Dezember 2002 mit 84,5 Mrd. € strategiekonform leicht unter dem Niveau des Vorjahres (87,2 Mrd. €).

Das **Nominalvolumen des Derivate-Geschäftes** belief sich zum Bilanzstichtag auf 41,2 Mrd. € (Vorjahr: 34,1 Mrd. €). Der Anstieg resultierte fast ausnahmslos aus konzerninternen Geschäften mit der Bankgesellschaft Berlin AG. Das Nominalvolumen entsprach einer Anrechnung im Sinne des Grundsatzes I (Adressenausfallrisiken) in Höhe von 138 Mio. € (Vorjahr: 167 Mio. €).

Die Bilanzsumme verteilt sich wie oben angegeben auf unsere Einheiten.

Das **Kreditvolumen** blieb mit 50,2 Mrd. € –8,4 % oder –4,6 Mrd. € erwartungs- und plangemäß unter dem Vorjahreswert von 54,8 Mrd. € und gliedert sich im Einzelnen wie in der oben stehenden Tabelle.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft beträgt 1.740 Mio. € (Vorjahr: 1.681 Mio. €). Bezogen auf das Kreditvolumen ergibt sich daraus eine Quote von 3,3 % (Vorjahr: 3,0 %).

GESCHÄFTSVERLAUF

**Aktiva**

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	34.410	34.395	15	0,0
Forderungen an Kunden	39.993	41.826	-1.833	-4,4
Schuldverschreibungen	6.820	7.484	-664	-8,9
Aktien	515	395	120	30,4
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	706	801	-95	-11,9
Ausgleichsforderungen	266	353	-87	-24,6
Sachanlagen	208	218	-10	-4,6
Übrige Aktiva	1.596	1.698	-102	-6,0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>84.514</b>	<b>87.170</b>	<b>-2.656</b>	<b>-3,0</b>

**Aktiva**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 34,4 Mrd. € auf Vorjahresniveau und enthielten mit 21,9 Mrd. € (Vorjahr: 20,1 Mrd. €) Geschäfte mit konzernangehörigen Instituten.

Der Rückgang der **Forderungen an Kunden** um -1,8 Mrd. € oder -4,4% auf 40,0 Mrd. € (Vorjahr: 41,8 Mrd. €) hat seine Ursache im Wesentlichen in der Reduzierung der Übrigen Kundenforderungen im langfristigen Bereich. Der Anteil der durch Grundpfandrechte gesicherten Kredite konnte auf 36,6% nach 34,8% im Vorjahr leicht ausgeweitet werden.

In der Position **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** ergab sich ein geringfügiger Rückgang um -0,7 Mrd. € auf 6,8 Mrd. € (Vorjahr: 7,5 Mrd. €). Der Anteil, der auf konzerneigene Emissionen entfällt, belief sich auf 12,5% nach 11,1% im Vorjahr.

Der Anstieg der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** um 0,1 Mrd. € auf 0,5 Mrd. € betraf Index-Zertifikate in der Niederlassung London.

Die Veränderung in der Position **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** beinhaltet im Wesentlichen die Zugänge an der BankenService GmbH. Dem gegenüber standen die Abgänge DekaBank Deutsche Girozentrale und das Tochterunternehmen in Curaçao sowie die Abschreibungen auf Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen.

Der Bestand an **Ausgleichsforderungen** reduzierte sich um -87 Mio. € auf 266 Mio. € aufgrund der planmäßigen Auslosung eines Teils der Emission.

**Passiva**

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.258	27.464	-2.206	-8,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.601	34.758	-2.157	-6,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.026	20.269	1.757	8,7
Rückstellungen	655	684	-29	-4,2
Nachrangkapital	332	337	-5	-1,5
Eigenkapital	2.313	2.282	31	1,4
davon:				
stille Einlage	844	844	0	0,0
Rücklagen *	1.470	1.438	32	2,2
übrige Passiva	1.329	1.376	-47	-3,4
<b>Summe Passiva</b>	<b>84.514</b>	<b>87.170</b>	<b>-2.656</b>	<b>-3,0</b>

\* Einschließlich Bilanzgewinn i.H.v. 43,5 Mio. € (Vorjahr: 12,7 Mio. €)

**Passiva**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** (25,5 Mrd. €, Vorjahr: 27,5 Mrd. €) spiegeln die Vorgänge der Aktivseite wider und enthalten mit 4,3 Mrd. € (Vorjahr: 2,9 Mrd. €) Geldhandelsgeschäfte mit konzernangehörigen Instituten.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** ergab sich stichtagsbedingt ein leichter Rückgang um -2,2 Mrd. € auf 32,6 Mrd. €, der mit 0,8 Mrd. € auf täglich fällige Gelder und mit 1,1 Mrd. € auf befristete Einlagen entfällt.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichneten einen erfreulichen Anstieg um 1,8 Mrd. € oder 8,7% auf 22,0 Mrd. € (Vorjahr.: 20,5 Mrd. €). Die wieder verbesserte Akzeptanz der LBB an den Kapitalmärkten zeigt sich darin, dass im Oktober 2002 eine erfolgreiche Platzierung eines variabel verzinslichen Öffentlichen Pfandbriefs im Volumen von 1,0 Mrd. € durchgeführt werden konnte.

**Rückstellungen** werden in einer Gesamthöhe von 655 Mio. € (Vorjahr: 684 Mio. €) ausgewiesen. Die darin enthaltenen Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen haben sich netto – nach Zuführungen im Geschäftsjahr um 26 Mio. € – um insgesamt 31,5 Mio. € reduziert.

**Kapitalquoten**

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß KWG zum 31. Dezember 2002 betragen insgesamt 2,7 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 25,2 Mrd. € errechnen sich danach eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 10,7% und eine Kernkapitalquote von 9,0%. Die Gesamtkennziffer für die LBB (nach Feststellung des Jahresabschlusses) beträgt 10,6% und die Kernkapitalquote 9,0%.

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2002 wurden die in den Vorjahren begonnenen Projekte zur Verbesserung der Instrumente des konzernweiten Risikomanagements und – controllings konsequent weiterentwickelt und in großen Teilen abgeschlossen. Darüber hinaus standen die im Rahmen des Restrukturierungsprojekts vorgesehene Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder und die damit einhergehende Portfoliokonsolidierung im Vordergrund.

Durch die Weiterentwicklung des Konzernrisiko-Reportings und die Verabschiedung einer neuen Konzernrisikostategie konnten weitere strukturelle und organisatorische Verbesserungen auch für die Landesbank Berlin erzielt werden. Einen wichtigen Schwerpunkt der zukünftigen Aktivitäten bildet die konsequente Verbesserung der Datenqualität in der Bank.

### **Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken**

#### **Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling**

Das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie ist elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts. Die Risikostrategie wird durch zwei wesentliche Komponenten definiert, die der Vorstand vorgegeben hat:

- durch festgelegte Strategien wird spezifiziert, in welchen Kerngeschäftsfeldern Risiken neu eingegangen werden sollen,
- durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sicher gestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können.

#### **Organisation des Risikomanagements und -controllings**

Seit mehreren Jahren ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin und damit auch in der Landesbank Berlin die Funktionstrennung zwischen den risikoüberwachenden Einheiten und den risikonehmenden Geschäftsbereichen realisiert. Die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der Risiken ist den verschiedenen zentralen Bereichen der Bank übertragen worden, die innerhalb eines Vorstandsressorts angesiedelt sind. Das Ressort setzt sich unter anderem aus den Stabseinheiten Kreditsekretariat, Risikocontrolling, Controlling und Compliance zusammen.

Die ganzheitliche Risikosteuerung erfolgt durch das Risk Review Komitee. Das Gremium tagt monatlich, erörtert sowohl die methodischen Risikomanagementverfahren als auch die aktuelle Risikosituation und erarbeitet Steuerungsvorschläge für die Vorstandsgremien. Unter anderem wurde im Geschäftsjahr das ganzheitliche Konzernrisiko-Reporting weiterentwickelt und eine überarbeitete Konzernrisiko-Strategie verabschiedet. Zum Ende des Geschäftsjahres wurde dieses Gremium reorganisiert. Seitdem wird die Risikolage im Risk Review Komitee unter Teilnahme des Gesamtvorstands erörtert. Die Behandlung methodischer Sachverhalte obliegt in Zukunft dem Risk Policy Komitee.

Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
  - Kreditrisiken
  - Kontrahentenrisiken
  - Länderrisiken
  - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
  - Systemrisiken
  - Personalrisiken
  - Rechtsrisiken
- Sonstige Risiken
  - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
  - Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Detailvereinbarung
  - Risiken aus dem Fördergeschäft

### Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Es werden die oben genannten Risikokategorien unterschieden. Das Settlementrisiko, d.h. das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Kreditrisikos betrachtet.

### Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale der Landesbank zu messen, zu überwachen und gezielt zu reduzieren. Dazu ist es notwendig,

- die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen,
- die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen und
- die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale zu reduzieren.

### Risikomanagement-Projekte

Die Risikomanagementprojekte aus den Jahren 2000 und 2001 wurden planmäßig fortgeführt und wesentliche Teile erfolgreich beendet.

Insbesondere das KOLIBRI-Projekt konnte fristgerecht die EDV-technischen Grundlagen für ein ganzheitliches Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern schaffen. Die Aufgaben sind auf mehrere Projektmodule aufgeteilt:

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

- **Aufbau einer Kreditevidenzdatenbank:** Diese Datenbank erfasst und konsolidiert die risikorelevanten Daten aller Produkte (klassische Kredite bis Derivate des Kapitalmarktgeschäfts) von allen Teilbanken und allen Kunden.
- **Implementierung eines Limitmanagementsystems:** Durch die Einführung eines Limitmanagementsystems werden die Voraussetzungen geschaffen, Portfolios zu definieren und in ihrem Risikogehalt zu messen, zu limitieren und zu steuern.
- **Etablierung statistischer Risikomessverfahren (Credit Value-at-Risk):** Auf Basis der Kreditevidenz-Datenbank sowie nach der Implementierung moderner Ratingverfahren wird zukünftig der konzernweite Einsatz derartiger Risikomessverfahren möglich sein.
- **Neuentwicklung der Ratingmethoden:** In zwei Projekten werden die Methoden für Kreditnehmer des Retail- und Wholesale-Geschäfts grundlegend neu entwickelt. Die Projekte werden gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) bzw. den deutschen Landesbanken und mit Begleitung der Beratungsfirma Oliver, Wyman & Company durchgeführt. Der Konzern Bankgesellschaft Berlin hat in einigen Modulen eine führende Rolle übernommen.

Im Gegensatz zu den bisher eingesetzten Methoden – es handelt sich um regelbasierte qualifizierte Expertenbeurteilungen – basiert das neue Rating auf statistischen Prognoseverfahren. Dadurch soll sichergestellt werden, dass

- der Risikogehalt der Kreditengagements besser identifiziert werden kann,
- die Prognosegüte der erwarteten Kreditrisiken deutlich zunimmt und somit
- die Risikopotenziale früher ermittelt werden können.

Die Projekte haben zum Ziel, dass die neuen Ratingmethoden die Anforderungen des 2. Baseler Akkords (Basel II) erfüllen und von den Aufsichtsbehörden als so genanntes „Internes Ratingmodell“ anerkannt werden.

#### Aktueller Projektstand und weiterer Projektverlauf

Im Jahr 2002 wurden mehrere Komponenten der neuen Architektur zur Messung und Bewertung der Kreditrisiken (Projekt KOLIBRI) wie geplant erfolgreich in einen produktiven Zustand überführt. Damit werden erstmals die dezentralen Daten konzernweit konsolidiert und für das Risikocontrolling und die Steuerung der Portfolios aufbereitet.

Im Sommer 2002 wurde die zentrale Konzern-Kreditnehmer-Verwaltung (KKNV) etabliert, in der alle Verflechtungen von Kreditnehmern untereinander sowie ihre Zuordnung zu Portfolios erfasst werden. Diese Anwendung bildet das Rückgrat sowohl der Kreditrisikosteuerung als auch des Kreditmeldewesens.

Die zweite, verbesserte Version der Evidenzdatenbank (KONDA 2.0) konnte im Dezember 2002 fertig gestellt werden und wird im ersten Quartal 2003 im Produktionsbetrieb stabilisiert werden. Sie ermöglicht es u.a., die Daten aller Kreditnehmer im Konzern von der Kreditnehmereinheit bis zur Kontoebene zu selektieren und nach verschiedensten Kriterien auszuwerten. Alle Daten werden ab Dezember 2002 historisiert, so dass die zeitliche Entwicklung der Engagements und der Risikopotenziale zukünftig dargestellt werden kann. Weiterhin werden die Zahlungsströme der Kreditgeschäfte konzern-einheitlich abgebildet. Damit sind wesentliche Voraussetzungen für die Anwendung der statistischen Risikoberechnungen (Credit Value-at-Risk) auf Portfolioebene geschaffen worden. Weiterhin sind mit KONDA wesentliche Grundlagen geschaffen, um die zukünftigen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) zu erfüllen.

Auf Basis der Evidenzdatenbank KONDA wurde der Risikoreport erweitert und neu aufbereitet, um auch die zukünftigen MaK zu erfüllen. Insbesondere werden zukünftig die zeitlichen Entwicklungen der Portfolios und der Risikokennzahlen dargestellt. Hiervon lassen sich wichtige Informationen (Frühwarnindikatoren) für die Steuerung der Kreditportfolios ableiten.

Die Evidenzdatenbank KONDA hat gezeigt, dass die Datenqualität im Kreditgeschäft deutlich zu verbessern ist. Deshalb wird die Bank eine konzernübergreifende Arbeitsgruppe etablieren, die die Datenqualität systematisch und zielgerichtet verbessern soll.

Für das **Limitmanagement** und die Portfoliosteuerung wurde Ende 2002 das Softwareprodukt RICOS implementiert.

Die Kontrahentenrisiken im Handelsgeschäft werden seit Anfang 2003 mit Hilfe dieser neuen Systemarchitektur überwacht. Das System befindet sich derzeit in einer Stabilisierungs- und Ausbauphase. Die davon betroffenen Prozesse und Verfahren werden im ersten Halbjahr 2003 optimiert und an das neue System angepasst. Im Vergleich zur bisherigen Anwendung sind vor allem die Risikomessverfahren verfeinert und vereinheitlicht worden.

Das kommerzielle Kreditgeschäft wird gegenwärtig auf Einzeladressen- und Länderebene limitiert. Seit Februar 2003 befindet sich die erweiterte Portfoliosteuerung in der Entwicklungsphase. Damit werden die Portfolios zukünftig konzernweit nach Ländern, Branchen sowie Größenklassen und Laufzeiten limitiert und gesteuert.

Das **DSGV-Firmenkundenrating** ist seit dem 1. Oktober 2002 in der Bankgesellschaft Berlin/Berliner Bank und der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse im Einsatz. Der Einsatz des DSGV-Immobilienratings ist für

Mitte 2003 geplant. Die im Landesbanken-Ratingprojekt entwickelten Module für das Wholesale-Geschäft werden im Jahr 2003 sukzessive zur Verfügung gestellt und in der Landesbank eingesetzt.

Die wichtigsten Vorteile der neuen Ratingverfahren sind:

#### **Trennschärfe**

Im Vergleich zu den bisherigen erlauben die neuen Verfahren eine deutlich verbesserte Prognosefähigkeit von Ausfällen und eine frühzeitige Selektion von risikobehafteten und weniger risikobehafteten Kreditnehmern. Die verbesserte Trennschärfe ermöglicht zudem eine Prozessoptimierung. Je nach Ratingklasse (= Risikogehalt) können die Prozesse bei der Kreditbearbeitung unterschiedlich umfangreich ausfallen.

#### **Objektivierbarkeit**

Durch eine hohe Gewichtung von Finanzkennzahlen und durch die Verwendung harter qualitativer Faktoren werden die Ratings objektiver. Die erhöhte Objektivität sichert eine hohe Konsistenz der Ergebnisse und vereinfacht Überprüfungsprozesse.

#### **Einheitliche Masterskala**

Im Gegensatz zum alten verfügt das neue Ratingverfahren nicht mehr über 6, sondern über 18 Stufen. Jeder Ratingklasse ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dadurch sind die Ratingnoten der verschiedenen Segmente miteinander vergleichbar (Firmenkunden, Banken, Immobilien, Länder etc.) und kompatibel zu den Skalen der externen Ratingagenturen. Sobald die neuen Ratingverfahren in der Praxis eingesetzt werden, können Standardrisikokosten auf Basis der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jedes Kreditengagement individuell berechnet werden.

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

**Qualitätssicherung**

Alle Sparkassen und Landesbanken, die das DSGVO- bzw. das Landesbanken-Rating einsetzen, liefern ihre Daten in anonymisierter Form an einen gemeinsamen Datenpool ab. Dadurch ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Pflege auf hohem Qualitätsniveau gesichert.

Die aufsichtsrechtliche Anerkennung unserer Ratingsysteme mit Blick auf Basel II wird auf diese Weise erheblich erleichtert.

**Risikoorientierte Portfoliosteuerung**

Das neu installierte Limitmanagementsystem RICOS wird die Bank umfangreich dabei unterstützen, die konzernweiten Kreditportfolios nach ihrem Risikogehalt zu limitieren und zu steuern. Der Kerngedanke dieser Steuerung ist, den Risikogehalt der Kreditportfolios durch eine gezielte Limitierung schrittweise zu reduzieren. Hierfür erhält der Vertrieb künftig u.a. folgende Vorgaben:

- Maximallinien je Kreditnehmer, abgestuft nach Rating,
- maximale Konzentrationen bestimmter Portfolios (z.B. hinsichtlich Größenklassen, Kreditnehmerrating, Branchenrating),
- Länderlimite,
- Maximallaufzeiten in Abhängigkeit von der Geschäftsart und vom Rating,
- Negativbranchen, d.h. Ausschluss der Kreditvergabe an bestimmte Branchen.

Für die operative Steuerung und Limitierung der Portfolios wurde Anfang 2003 ein Kreditrisikokomitee eingerichtet. Aufgabe des Kreditrisikokomitees ist u.a. die Abgabe von Empfehlungen zur Höhe und Allokation der Limite an den Vorstand auf der Basis von Risikotragfähig-

keitsgesichtspunkten sowie die Empfehlung von Zielpartfolios. Dabei werden insbesondere volkswirtschaftliche Einflüsse, die Konzern-Risikostrategie und die tatsächliche Entwicklung der Kreditportfolios berücksichtigt.

Das Land Berlin hat beschlossen, die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau in den nächsten Jahren sukzessive wegfällen zu lassen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden in den betroffenen Einzelfällen derzeit geprüft und bewertet. Erste Ergebnisse zeigen, dass keine gravierenden Auswirkungen zu erwarten sind.

**Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft**

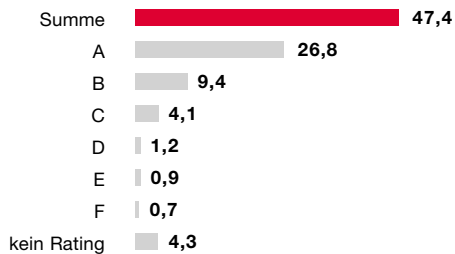
Eines der zentralen Kriterien der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) ist die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich.

Die Betreuung und Bearbeitung von Kreditengagements ist in der Landesbank Berlin organisatorisch bis einschließlich der Ebene Bereichsleitung (2. Führungsebene) getrennt. Damit ist bis zu dieser Ebene bereits jetzt eine zentrale Anforderung der MaK erfüllt. Mit dem Eintritt eines Vorstandsmitglieds im März 2003 mit der alleinigen Zuständigkeit für die Kreditbearbeitung und die Risikobetreuungsbereiche ist diese Funktionstrennung auch auf Vorstandsebene realisiert worden.

Problembehaftete Kreditengagements werden nahezu vollständig von Risikobetreuungsbereichen betreut und bearbeitet. Auch hiermit sind die MaK bereits erfüllt. Gleiches gilt für die Ausübung von Kreditkompetenzen, bei denen die MaK das Vorliegen von zwei positiven, voneinander unabhängigen Voten fordern. Die Votierungsfunktion wird im Rahmen der Gemeinschaftskompetenz zwischen Markt- und Kreditbereich ausgeübt (für Engagements ab 50.000 €).

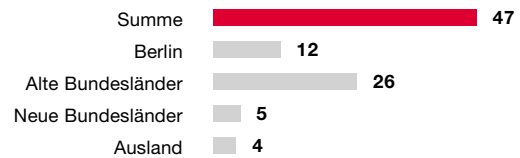


**STRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS  
DER LANDESBANK BERLIN**  
in Mrd. €  
Inanspruchnahme nach Risikoklassen<sup>1)</sup>



Das nicht geratete Volumen entfällt größtenteils auf Kredite, die nicht ratingpflichtig sind, z. B., weil sie unterhalb der Ratingpflicht-Grenze liegen

**KREDITVOLUMINA NACH REGIONEN<sup>2)</sup>**  
in Mrd. €



<sup>1)</sup> Risikoklasse wird ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung von erstklassigen Sicherheiten; Limite berücksichtigt auch so genannte „interne Limite“, d.h. Genehmigungen vom Kompetenzträger, die aber nicht dem Kunden zugesagt wurden

<sup>2)</sup> Die Zuordnung erfolgt nach der Adresse des Kreditnehmers

Um bei der Wertschätzung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und Wertschätzung zu gewährleisten, ist der Aufbau der zentralen Gutachterstelle für Wertschätzungen im Berichtsjahr weiter vorangetrieben worden. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG angesiedelt und übt ihre Tätigkeiten auch für die Landesbank Berlin sowie die Bankgesellschaft Berlin AG aus.

#### Bildung der Risikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen – bis auf Ausnahmen in den Segmenten Banken, Versicherungen, Staaten und strukturierte Finanzierungen – prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche. Die Überleitung an die Risikobetreuungsbereiche erfolgt durch eine so genannte Gefährdungsmeldung.

Die Kompetenz für die Bildung, Veränderung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen liegt grundsätzlich in den Risikobetreuungsbereichen. Diese Fälle werden auch unterjährig erfasst und regelmäßig an den Vorstand berichtet. Die endgültige Beschlussfassung über die bilanzwirksame Bildung, Veränderung bzw. Auflösung von Einzelwertberichtigungen erfolgt abschließend durch den Gesamtvorstand im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen beruht auf der Experteneinschätzung der Risikobetreuungsbereiche. Sie wird maximal auf den Blankoanteil der Kreditengagements gebildet und ist unabhängig von der Ratingeinstufung.

#### Kontrahentenrisiken

Die Landesbank Berlin handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Darüber hinaus wird das Risiko weiter reduziert, indem mit den bedeutendsten Handelspartnern so genannte Netting-Vereinbarungen getroffen wurden. Diese ermöglichen es den Kontrahenten, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen, so dass lediglich das Netto-Volumen im Risiko liegt. Darüber hinaus werden zunehmend mit den wichtigsten Kontrahenten Sicherheitenvereinbarungen abgeschlossen.

#### Länderrisiken

Länderrisiken in nennenswertem Umfang ist die Landesbank Berlin nicht eingegangen, da der weitaus überwiegende Teil des Geschäfts der Landesbank im Inland erfolgt. Das Auslandsgeschäft spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle und wird darüber hinaus als Dienstleistung durch die Bankgesellschaft Berlin AG abgewickelt.

#### Anteilseignerrisiken

Die gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im Rahmen der Verwaltung und des Vertragsmanagements. Im Jahr 2002 wurde im Rahmen eines Projektes das Controlling des Anteilseignerrisikos neu konzipiert. Die Aufgaben des Beteiligungscontrollings sowie des Beteiligungs-Risikocontrollings werden nun durch den Bereich Risikocontrolling durchgeführt und weiterentwickelt. Zum Zweck der Risikofrüherkennung

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

und -überwachung sind insbesondere die weiter gehende Durchführung des Ratings der Beteiligungen sowie die Implementierung von Risikoindikatoren geplant.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet worden. Das für das jeweilige Segment verantwortliche Management ist auch zuständig dafür, die operativen und strategischen Zielsetzungen für ihre Beteiligungen als Voraussetzung für eine abzuleitende operative Planung und Steuerung festzulegen und nachzuhalten.

Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des jeweils zugeordneten Geschäftsfelds. Bestimmte Beteiligungen werden aus steuerungstechnischen Gründen nicht von den strategischen Geschäftsfeldern, sondern zentral verantwortet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die zentrale Dienstleistungen für den Konzern erbringen.

Das bestehende Beteiligungsportfolio wird in Komplexität und Umfang verringert. Dazu ist ein Projekt zur konzerneinheitlichen Steuerung in der Umsetzungsphase initiiert worden. In der Landesbank verbleiben geschäftspolitisch unverzichtbare Gesellschaften der Retail-Geschäftsfelder, des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäfts sowie Servicegesellschaften.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Bei den Anteilseignerrisiken werden zusätzlich auch Gesellschaften, die bilanziell als sonstige Vermögensgegenstände behandelt werden, zugeordnet.

Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungs-Geschäfts werden als sonstige Risiken betrachtet und in dem entsprechenden Abschnitt dargestellt.

### Liquiditätsrisiken

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die BAFin beurteilt nach dem Grundsatz II für den Regelfall, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Die Einhaltung des Grundsatzes II für die Landesbank Berlin und die Bankgesellschaft Berlin AG steuert das Geschäftsfeld Treasury. Diese Steuerung basiert auf einer taggenauen Cashflowprognose sowie täglichen alternativen Szenarioberechnungen und beinhaltet ggf. Grundsatz II-entlastende Maßnahmen im Vorfeld einer möglichen Unterschreitung der Kennziffer.

Die Liquiditätskennzahl für den 31. Dezember 2002 betrug 1,58.

Zur Erfassung und Steuerung von Risikoaspekten, die der Grundsatz II nicht oder zu allgemein beinhaltet, wird eine konsolidierte, konzernweite Liquiditätsanalyse erstellt. Diese umfasst im Wesentlichen:

- Ermittlung des Konzentrationsrisikos für die Quellen der Refinanzierung;
- Szenarioabhängiger Stresstest mit Annahmen über Abflüsse kurzfristiger Einlagen und Ziehungen zugesagter Kreditlinien;
- Klassifizierung des Wertpapierportfolios nach Liquidierbarkeit.

Auch im Jahr 2002 war der Zugang zu den langfristigen Kapitalmärkten durch die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Eigentümerstruktur der Bankgesellschaft Berlin erschwert. Erfolgreiche Emissionen größeren Umfangs konnten im Segment der Pfandbriefe realisiert werden.

### Capital-at-Risk-Limite und -Inanspruchnahmen im Jahr 2002 in der LBB getrennt nach Handels- und Bankbuchaktivitäten

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme			CAR-Limite
	Durchschnitt	Min.	Max	
Handelsbuchaktivitäten	1,3	0,6	3,1	35,1
Geldhandel	0,6	0,1	2,7	25,0
Rentenhandel	1,1	0,6	2,7	10,0
Devisenhandel	<0,1	<0,1	<0,1	0,1
Bankbuchaktivitäten	46,5	12,4	87,4	146,1
<b>Landesbank<sup>1)</sup></b>	<b>47,0</b>	<b>12,3</b>	<b>87,3</b>	<b>181,2</b>

#### nach Risikokategorien

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme		
	Durchschnitt	Min.	Max
Zinsrisiko	46,2	12,2	85,2
Währungsrisiko	1,1	0,2	2,8
Aktienrisiko	4,3	2,7	8,2
<b>Landesbank<sup>1)</sup></b>	<b>47,0</b>	<b>12,3</b>	<b>87,3</b>

<sup>1)</sup> Die Angaben für LBB gesamt ergeben sich nicht als Summe der Einzelpositionen wegen der Berücksichtigung der Korrelationen

### Marktpreisrisiken

In der Landesbank Berlin werden Marktpreisrisiken nahezu ausschließlich in Form von Zinsänderungsrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie in Form von Zinsänderungs- und Aktienrisiken im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) eingegangen (Tabelle s.o.).

#### Marktpreisrisiken bei Handelsbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind Teil des strategischen Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft. Sie sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In den Strategien ist der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten verträglichen Risikoniveaus formuliert. Über die Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Ertragsziele, Stop-Loss-Limite, Capital-at-Risk-Limite, kurz: CAR-Limite) transformiert und durch den Vorstand auf Basis eines Tragfähigkeitskonzepts verabschiedet. Die Ermittlung und das Reporting der

barwertigen Ertragsentwicklung und der Risikolimitauslastung erfolgt taggleich. Zusätzlich findet eine untertägige Kontrolle im 15-Minuten-Rhythmus statt.

#### Marktpreisrisiken bei Bankbuchaktivitäten

Ausgehend von den Zielsetzungen für das strategische Bilanzstrukturmanagement legt der Vorstand jährlich ein unter Risikoaspekten tragfähiges CAR-Limit für die Marktpreisrisiken des gesamten Bankbuchs fest. Der Bereich Risikocontrolling errechnet auf Basis von Cash-flow-Profilen für das Retailgeschäft sowie auf Einzelgeschäftsbasis für die Dispositionspositionen täglich die Marktpreisrisiken. Parallel werden die ökonomischen Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden im Aktiv-Passiv-Report auch Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung fundiert wird. Dabei werden u.a. Monte-Carlo-Simulationen eingesetzt.

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

**Risikosteuerung der Marktpreisrisiken**

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch bzw. Händler. Sie wird ergänzt durch daily- und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Verfahren.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt täglich. Mindestens 14-tägig wird über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos im Dispositionsausschuss des Vorstands beraten und entschieden.

**Kontrolle der Marktpreisrisiken**

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling. Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Marktpreisrisiken werden nach den im Kreditwesengesetz vorgeschriebenen Standardverfahren ermittelt und den Aufsichtsbehörden gemeldet. Für die interne Überwachung der Marktpreisrisiken wird das Capital-at-Risk-Konzept zu Grunde gelegt.

**Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken**

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfi-

denzniveau von 99%. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand- und Swapkurven explizit gemessen. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 1.100 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt.

Die Ergebnisse der CAR- und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen werden dem für das Risikocontrolling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gegeben. Eingebettet in diese Analyse ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Grundlage dafür sind neben den CAR-Limiten pro Geschäftsfeld dynamische, u.a. von dem einmal erreichten P&L-Niveau abhängige Stop-Loss-Limite. Beide werden täglich im 15-minütigen Rhythmus überwacht. Durch die Einführung von Vorwarnstufen bei 80%iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei dem Vorstand durch das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld erweiterte Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposure-bezogene Szenarien) monatlich untersucht. Darüber hinaus wird die Prognosegüte der Modelle mittels Backtesting ermittelt. Die Idee des Backtestings besteht darin, den Vergleich des prognostizierten Risikos (Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer) für den kommenden Handelstag mit dem dann eingetretenen barwertigen Ergebnis (bei konstant gehaltenem Portfolio => Clean Backtest) durchzuführen. Im Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen, bisher nicht im Produktkatalog aufgeführten Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Mit dem Projekt ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) wurde die Methodik der Risikomessung systematisch weiter verbessert (integrative Behandlung der Gamma- und Vega-Risiken anstelle von Add-ons, Historische Simulation als ein weiteres Kontrollverfahren, Clean Backtesting, Intraday-Darstellung der Risiken, Grundsatz I-Anlieferung etc.) und in eine neue IT-Architektur überführt. Die neuen Verfahren erfassen sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte und sind plangemäß seit 31. März 2002 im produktiven Einsatz. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die Mindestanforderungen hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten – insbesondere hinsichtlich des täglichen Handelsergebnisses und der Marktpreisrisikoauslastung. Insgesamt bestätigen externe Gutachter nachdrücklich die Qualität der mit ARMADA eingesetzten Verfahren und Prozesse zur Überwachung der Marktpreisrisiken.

### Reporting der Marktpreisrisiken

Die Landesbank ist als Unternehmen des Konzerns in ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken integriert:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche;
- Täglicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder;
- 14-tägiger Aktiv/Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss;
- Monatlicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an den Vorstand mit Backtest, Stresstest und Tragfähigkeitsüberprüfungen.

Die in der Landesbank eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des abgelaufenen Jahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gemanagt. Die CAR-orientierten Kalkulationen wie auch die darauf aufbauenden Entscheidungsprozesse werden mittels der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und entsprechender Projekte permanent weiterentwickelt. Ziel ist es weiterhin, die gesamten internen Berechnungsverfahren so einzurichten, dass sie zukünftig als alleiniges Verfahren (internes Modell) auch für die Meldung der Marktpreisrisiken nach Grundsatz I des Kreditwesengesetzes (KWG) eingesetzt werden können.

## R I S I K O B E R I C H T   D E R   L A N D E S B A N K   B E R L I N

**Operationelle Risiken**

Entsprechend der Veröffentlichungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

Gemäß Risikostrategie obliegt den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung das Risikomanagement. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Minimierung operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen in Form von geeigneten internen Verfahren sowie durch Abschluss geeigneter Versicherungen. Die zentrale Steuerungsverantwortung obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist.

Zur Jahresmitte 2002 wurde ein Komitee für operationelle Risiken (OpRisk-Komitee) eingerichtet, das die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagementsystems und Risikofrüherkennungssystems der operationellen Risiken unterstützt. Durch die Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche, z.B. Personal, Organisation und Recht, einerseits sowie der Geschäftsfelder andererseits, wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems sowie die risikoorientierte Kommunikation optimiert. Das OpRisk-Komitee nimmt diese Aufgaben für den Konzern, gleichzeitig aber auch für die Einzelinstitute Landesbank Berlin, Bankgesellschaft Berlin AG und Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG wahr.

Ein wesentlicher Baustein zur Risikoidentifikation ist die nunmehr im dritten Jahr durchgeführte Risikoinventur, in deren Rahmen alle Geschäftsfelder ihre Risikosituation selbst einschätzen. Bei der methodischen Vorgehensweise hat die Bank den Betrachtungsschwerpunkt hin zu den quantitativen Aspekten verlagert, indem neben ursachenbezogenen, qualitativen Fragestellungen auch monetär bewertete Verlustpotenziale in der Struktur der Basler Ereigniskategorien in die Erhebung einbezogen werden.

Mit Blick auf die Risikoursachen wurden im Rahmen eines qualitativen Scorings die potenziellen Personalrisiken, hier insbesondere Personalfluktuations- und -verfügbarkeit, sowie die potenziellen Risiken aus externen Einflüssen kritischer bewertet als die Risiken aus Technologie, Projekten und Prozessen.

Bei den monetär bewerteten Verlustpotenzialen sind die höchsten Werte in der Basel-Kategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement zu verzeichnen, gefolgt von Geschäftsunterbrechungen und Systemausfällen, während die Kategorien Beschäftigungspraxis/Arbeitsplatzsicherheit sowie Sachschäden nur geringe Werte aufweisen.

Zur Bewertung der operationellen Risiken wurde im Berichtsjahr die systematische Sammlung von Schadensereignissen insbesondere unter Berücksichtigung der vom Basler Ausschuss definierten Kategorisierung erweitert. Zur Optimierung der Datenerhebung und -verwaltung wird seit Dezember 2002 eine in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband öffentlicher Banken entwickelte intranetbasierte Schadensfalldatenbank in ausgewählten Einheiten der Bank als Pilotprojekt eingesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten bildete die sukzessive Weiterentwicklung eines Reportingsystems für die Geschäftsleitung zu qualitativen und quantitativen Aspekten des operationellen Risikos. Der quantitative Teil beinhaltet Daten zu Schadensereignissen, zu Rechtsrisiken, zur rechnerischen Eigenmittelbelastung entsprechend der aktuellen Veröffentlichungen des Basler Ausschusses und zum Versicherungsschutz sowie die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Verlustpotenziale.

Im qualitativen Teil werden Kennzahlen im Sinne von Frühwarnindikatoren abgebildet. Datengrundlage bilden hier beispielsweise die Monita der internen und externen Prüfer, ausgewählte Daten zur Personalverfügbarkeit und -qualifikation sowie Verfügbarkeitsquoten der IT-Systeme.

Im Fokus des laufenden Jahres wird insbesondere die datentechnische Optimierung der Berichterstattung über operationelle Risiken stehen. Darüber hinaus wird im Rahmen des Risikocontrollings die risikoorientierte Analyse und Bewertung der Prozessabläufe einen höheren Stellenwert einnehmen.

### **Systemrisiken**

Das Erreichen der gesetzten Sanierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen hat für die Landesbank Berlin höchste Priorität. Im Rahmen des Sanierungskonzepts wurde die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie (IT)-Strategie im Jahr 2002 fortgeführt. Damit wurde der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung getragen.

Die Standardisierung und damit Reduzierung der System- und Anwendungsumgebung wird dies – in Hinblick auf Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung – implizit gewährleisten. Als Beispiele seien die im Jahr 2001 begonnene und Ende 2002 abgeschlossene Konsoli-

dierung auf ein Großrechner-Betriebssystem und eine standardisierte Arbeitsplatzumgebung mit einem Nachrichten- und Kalender-System genannt. Die Einführung eines konzernweiten Konfigurationsmanagements wurde ebenfalls in 2002 weitgehend abgeschlossen. Hierdurch wird den vielfältigen Änderungsanforderungen an komplexe Systemumgebungen sowie der Aufrechterhaltung der hohen Betriebs- und Sicherheitsstandards Rechnung getragen. Die 2002 begonnenen umfangreichen Projektaktivitäten zur konzernweiten IT-Systemkonsolidierung (Server- und Anwendungssysteme) werden fortgeführt.

Die aufgrund der Fokussierung auf Kernkompetenzen intensiv betriebene Auslagerung (Outsourcing) von Dienstleistungen und Konzerneinheiten zu unseren Partnern FinanzIT (ehem. dvg) und Siemens Business Services hat die Verminderung der Systemkomplexität, die Verbesserung der Datenqualität und damit auch eine weitergehende Risikominimierung zum Ziel. Das Outsourcing des Rechenzentrumsbetriebes und der IT-Serviceleistungen (z.B. Call-Center, PC-Instandsetzung und -Wartung) wurde bereits im Jahr 2002 vollständig umgesetzt. Im Rahmen der Start-Up-Phase wurden die Outsourcing-Prozesse und -Strukturen an die veränderten Bedingungen angepasst (System- und Serverkonsolidierung, Schnittstellenbeschreibungen, Leistungsscheine auf Basis definierter Serviceleistungen).

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

Die Einführung und Weiterentwicklung neuer Technologien und notwendiger Systemanpassungen bzw. -erweiterungen werden durch bzw. in Abstimmung mit den Partnern des Kooperationsverbundes vorgenommen; die resultierenden Systeme durchlaufen dabei definierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Integration & Test durch die FinanzIT, Pilotierung in ausgewählten Instituten), bevor ein produktiver Einsatz erfolgt. Darüber hinaus werden Produktzertifizierungen und Integrationstests im IT-Testlabor durch Siemens Business Services durchgeführt.

Zum Jahresende begann ein Projekt mit dem Ziel, ein umfassendes Informationssicherheitsmanagement und -konzept im Konzern zu etablieren, um Sicherheitsrisiken frühzeitig transparent aufzuzeigen und risikoreduzierende Maßnahmen einleiten zu können. Durch standardkonformes Vorgehen und Orientierung an Best Practice soll sichergestellt werden, dass die gesetzlichen Anforderungen der Informationssicherheit im Hinblick auf die international anerkannten Schutzziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Verbindlichkeit erfüllt werden. Die Konsolidierung und Standardisierung der bestehenden Sicherheitslösungen und -organisationsstrukturen wirken komplexitätsreduzierend und werden das Sicherheitsniveau weiter erhöhen.

Aufgrund dieser Ausrichtung sind keine wesentlichen systemischen Risiken erkennbar. Mit der Neustrukturierung des Konzerns ist auch die IT-Struktur den strategischen Sanierungszielen anzupassen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Anpassung an den verminderten Ressourcenbedarf und Leistungsreduktionen auf Basis reduzierter Geschäftsfeldanforderungen.

### Personalrisiken

Der Personalbereich der Landesbank Berlin ist im Jahr 2002 mit dem Bereich Personal Konzern der Bankgesellschaft Berlin zusammengeführt worden. Die wesentlichen Konzernteile werden damit aus einer Hand per Geschäftsbesorgungsvertrag betreut.

Mit der „Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG“ vom 17. Dezember 2001 und dem Abschluss der Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002 zur „Sanierungsvereinbarung“ ist die Grundlage für den weiterhin planmäßig verlaufenden Prozess des Personalabbaus und der Reduzierung der Personalkosten geschaffen worden.

Die Planungen zum Personalabbau sind in 2002 vollständig umgesetzt worden; damit ist in 2002 ein wesentliches Teilziel der Senkung des Verwaltungsaufwands erreicht.

Um der Gefahr des mit der Reduzierung der Mitarbeiterzahl einhergehenden Qualitäts- und Wissensverlusts zu begegnen, ergreift die Bank verschiedene Maßnahmen. Unter anderem ist in der oben erwähnten Rahmenvereinbarung die Möglichkeit eingeräumt, in geringem Umfang externe Einstellungen vorzunehmen. Diese Möglichkeit wurde in sehr moderatem Rahmen genutzt.

### Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich über die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet.



#### Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG alt) für Komplementäre einzelner Kommanditgesellschaften

Anfang des Jahres 2001 teilte der Vorstand der LBB, wie bereits im Geschäftsbericht 2001 berichtet, dem Aufsichtsrat mit, dass zwei seiner damaligen Mitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands in den Jahren 1994 bis 1997 natürlichen Personen, die als Vollhafter in diversen Immobilienfonds Komplementärfunktionen übernommen hatten, Freistellungserklärungen erteilt hatten. Gemäß diesen Erklärungen werden die Komplementäre von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung gegenüber Dritten durch die Landesbank freigestellt.

Im Zusammenhang mit den Freistellungserklärungen der LBB waren auch diverse, von der damaligen Geschäftsleitung der IBG in Umlauf gebrachte Freistellungserklärungen bekannt geworden, die ebenfalls natürlichen Personen in Komplementärfunktionen von Immobilienfonds zur Verfügung gestellt worden sind. Der Inhalt der von der IBG erteilten Freistellungserklärungen entspricht vom Ergebnis her im Wesentlichen denen der LBB.

Die Freistellung von natürlichen Personen in Komplementärfunktionen bei Immobilienfonds wurde Gegenstand einer bankaufsichtsrechtlichen Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin – vormals BAKred). Die Prüfung wurde im Laufe des Jahres 2002 abgeschlossen. Mit Schreiben vom 12. Februar 2002 und 20. August 2002 teilte die BAFin mit, dass sie die ihr bekannt gewordenen Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Die Bank vertritt ebenfalls diese Auffassung. Damit haben diese Freistellungserklärungen auch handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

#### Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Darüber hinaus hatte die Landesbank Berlin, wie bereits im Geschäftsbericht 2001 berichtet, im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die Landesbank Berlin die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank Privatbankiers KGaA freigestellt. Der Vorstand der LBB hat die BAFin unverzüglich, nachdem ihm diese Erklärungen im Januar 2002 bekannt wurden, hiervon in Kenntnis gesetzt. Mit Schreiben vom 25. Juni 2002 teilte die BAFin mit, dass sie die Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die Bank vertritt ebenfalls die von der BAFin vertretene Auffassung. Daher brauchten diese Freistellungserklärungen wie in dem Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt zu werden.

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

#### EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale –

Die Kapitalzufuhr durch das Land Berlin entsprechend der in der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung beruht auf der befristeten Genehmigung als Rettungsbeihilfe durch die EU-Kommission vom 25. Juli 2001. Damit diese Beihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG langfristig zur Verfügung stehen kann, ist eine zusätzliche Genehmigung als Umstrukturierungsbeihilfe erforderlich.

Auch für die Vereinbarung zur Risikoabschirmung (Detailvereinbarung, siehe S. 36) ist eine solche Genehmigung erforderlich.

Am 28. Januar 2002 hat die Bundesregierung bei der EU den Antrag eingereicht, die beiden vorgenannten Maßnahmen – die Kapitalzufuhr und die Risikoabschirmung – als Umstrukturierungsbeihilfe zu genehmigen. Teil dieses Antrags ist ein umfassender Restrukturierungsplan für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Bisher noch nicht umgesetzt werden konnte die zum 1. Januar 2003 geplante Zusammenführung des regionalen Kerngeschäfts des Konzerns im Sinne „Einer Bank“ durch die Übertragung des Retailgeschäfts der Berliner Bank von der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin – Girozentrale –. Die Zusammenführung des Retailgeschäfts im Konzern wird vom Vorstand nach wie vor als ein wesentlicher Baustein der Sanierung betrachtet.

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 hat die EU-Kommission ihren Beschluss mitgeteilt, ein separates förmliches Prüfverfahren wegen der Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr Investitionsbank oder IBB) auf die Landesbank - Girozentrale - zum Jahresende 1992 einzuleiten. Hinsichtlich der Einschätzung der Erfolgsaussichten siehe S. 37 ff.

Es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass die Kommission eine nicht genehmigungsfähige Beihilfe annimmt. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die Kommission eine Rückforderungsentscheidung erlässt, wonach der Beihilfebetrug zuzüglich Verzinsung für die Zeit ab Zurverfügungstellung der Beihilfe bis zu ihrer Rückzahlung an das Land Berlin zurückzuzahlen ist.

Angesichts dieser eventuell aus dem LBB/IBB-Verfahren resultierenden Beihilfe-Rückforderung müsste im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie im Konzernabschluss der BGB an sich eine Rückstellung gebildet werden, die gegenwärtig weder von der LBB noch vom Konzern ohne Verletzung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen zu verkraften wäre. Zur Vermeidung dieser Rückstellungsbildung haben das Land Berlin und die LBB am 23./27. Dezember 2002 die Neutralisierungsvereinbarung geschlossen. Die Neutralisierungsvereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie unter der aufschiebenden Bedingung, dass die EU-Kommission in ihrer Entscheidung die mit der Vereinbarung umgesetzte Neutralisierung der Rückforderung der WBK-Beihilfe billigt. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses wurde am 20. Februar 2003 erteilt.

Des Weiteren ist die LBB nach dem bisherigen Verlauf des EU-beihilferechtlichen Verfahrens sehr zuversichtlich, dass die EU-Kommission den durch die Bundesregierung am 28. Januar 2002 eingereichten Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe positiv bescheiden und dabei auch die Neutralisierungsvereinbarung genehmigen wird.

Der Vorstand erwartet jedoch, dass die EU-Kommission mit hoher Wahrscheinlichkeit die Herauslösung des Bereichs Immobiliendienstleistungen bis zum Ende des Restrukturierungszeitraums im Jahre 2006 zur Voraussetzung der Genehmigungsfähigkeit der Umstrukturierungsbeihilfe machen wird. Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die Kommission darüber hinaus keine weiteren einschneidenden strukturellen Maßnahmen der Bankgesellschaft, die über den der Kommission vorgelegten Umstrukturierungsplan hinausgehen, zur Voraussetzung der Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe machen wird. Es kann allerdings nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die Kommission die Genehmigung an den Abbau weiterer Geschäftsfelder einschließlich der Veräußerung weiterer Konzerngesellschaften und/oder Maßnahmen zur Ergebnissteigerung knüpfen wird.

Des Weiteren zeichnet sich ab, dass die EU-Kommission die vollumfängliche Genehmigung der Risikoabschirmung an den Vorbehalt knüpfen wird, im Falle einer Inanspruchnahme der Risikoabschirmung über einen bestimmten Schwellenwert hinaus die Notwendigkeit weiterer einschneidender Maßnahmen zu prüfen, mit denen die Geschäftstätigkeit der BGB oder einzelner ihrer Konzernunternehmen reduziert würde. Der Vorstand erwartet, dass dieser Schwellenwert für eine tatsächliche Inanspruchnahme der Risikoabschirmung von der Kommission so bemessen wird, dass aus jetziger Sicht ein Überschreiten mit an Sicherheit grenzender Wahr-

lichkeit ausgeschlossen werden kann. Der Vorstand erwartet für den Fall, dass es gleichwohl zu einem Überschreiten des maßgeblichen Schwellenwertes kommen sollte, dass die dann mögliche Prüfung der Kommission keine Maßnahmen zur Folge hätte, die die erfolgreiche Restrukturierung der BGB und nach Abschluss der Restrukturierungsphase ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden würden.

Schließlich geht der Vorstand davon aus, dass die EU-Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit der Verpflichtung zu einer zeitnahen Privatisierung der Bankgesellschaft verknüpfen wird.

Die Landesbank Berlin ist bereit, etwaige weitergehende Forderungen nach bisher nicht vorgesehenen strukturellen Maßnahmen, die die EU-Kommission gegebenenfalls noch zur Voraussetzung einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe macht, zu erfüllen, und geht davon aus, dass auch das Land Berlin und die Bundesregierung bereit sind, diese Maßnahmen mitzutragen und die zu erwartende Verpflichtung zur Privatisierung der Bankgesellschaft einzugehen. Für diesen Fall geht die Landesbank Berlin davon aus, dass die EU-Kommission mit hoher Wahrscheinlichkeit die Umstrukturierungsbeihilfe genehmigen wird.

Für den unwahrscheinlichen, aber nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden Fall einer teilweisen oder vollständigen Nichtgenehmigung der Kapitalzufuhr müsste für die Rückzahlung der Mittel aus der Kapitalerhöhung ein Betrag inklusive Zinsen eingebucht werden. Des Weiteren müsste für den nicht auszuschließenden Fall, dass die Kommission das LBB/IBB-Verfahren mit einer Rückforderungsentscheidung beendet

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

und die Kommission die Neutralisierungsvereinbarung nicht genehmigt, ein Betrag in Höhe der Rückforderungsentscheidung zuzüglich Zinsen eingebucht werden. Für den ebenfalls nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden, allerdings unwahrscheinlichen Fall, dass die EU-Kommission die Neutralisierungsvereinbarung nicht genehmigt, das Verfahren LBB/IBB zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht abgeschlossen hat, müsste eine Rückstellung gebildet werden, die gegenwärtig weder von der LBB noch vom Konzern bankaufsichtsrechtlich zu verkräften wäre. Für den ebenfalls unwahrscheinlichen, aber nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden Fall, dass die EU-Kommission die Abschirmung der Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin nicht oder nur teilweise genehmigen sollte, wäre die Risikoabschirmung ganz oder möglicherweise nur hinsichtlich eines von der Europäischen Kommission nicht genehmigten Teils unwirksam. In diesem Fall müssten für die Risiken aus Immobiliendienstleistungs-Altgeschäften Wertberichtigungen und Rückstellungen eingebucht werden. Ein unverzügliches Ergreifen von Maßnahmen nach den Bestimmungen der §§ 45 ff KWG durch die BaFin und die Einstellung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft und der Mehrzahl ihrer Konzerngesellschaften könnte die Folge sein. In einem neu aufzustellenden Jahresabschluss würden die Bilanz- und Wertansätze nach den Grundsätzen einer Liquidationsbilanz anzusetzen sein. Etwas anderes würde dann gelten, wenn ein neuer Eigenkapitalgeber neues Eigenkapital im erforderlichen Umfang zur Verfügung stellt.

Auch bei weniger gravierenden Folgen einer teilweise abschlägigen beihilferechtlichen Beurteilung durch die EU-Kommission, die aufsichtsrechtlich nicht zur Einstellung des Geschäftsbetriebs führen würden, könnte sich die Verminderung des Eigenkapitals und/oder zusätzlicher Rückstellungsbedarf und/oder die Beschränkung der Abschirmung von Risiken aus dem Immobilien-Dienstleistungsgeschäft sehr nachteilig auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin auswirken und den Erfolg der Sanierung der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gefährden.

#### EU-Beihilfeverfahren betreffend Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Berlin zugunsten der Landesbank Berlin bestehen trotz der stillen Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin – Girozentrale – fort. Im Mai des Jahres 2001 hat die EU-Kommission der Bundesrepublik Deutschland einen Vorschlag zweckdienlicher Maßnahmen unterbreitet, in dem sie die Haftungsinstitute der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast als bestehende Beihilfen wertet und die Bundesregierung auffordert, diese nach einer Übergangszeit abzuschaffen.

Im Juli 2001 hat sich die Bundesregierung mit der Europäischen Kommission im Wesentlichen darauf verständigt, die Anstaltslast spätestens mit Wirkung zum Juli 2005 abzuschaffen und die Bestimmungen über Gewährträgerhaftung so zu ändern, dass die Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen, und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Ende Februar 2002 haben sich die Bundesregierung und die EU-Kommission auf die Maßnahmen verständigt, die im Wesentlichen ergriffen werden müssen, um die Verständigung vom Juli 2001 praktisch umzusetzen. Die Vorgaben aus der Brüsseler Verständigung hat der Berliner Gesetzgeber mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes vom 19. September 2002 umgesetzt. Vorsorglich wurde ebenfalls noch im Jahre 2002 die Satzung der Landesbank Berlin entsprechend angepasst. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen als Aufsichtsbehörde hat diese Änderung am 22. Januar 2003 genehmigt.

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin geht davon aus, dass er sich für die zukünftige Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin – Girozentrale – ausreichend auf den Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast eingestellt hat. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass die Veränderungen der Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Wegfall der besagten Haftungsinstitute keine negativen Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der einzelnen Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin haben werden.

#### Ausgliederung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin

Zur Umsetzung der Brüsseler Verständigung über die Geltung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Förderbanken und aufgrund der angestrebten Neuordnung der Eigentümerstruktur an der Bankgesellschaft Berlin und damit an der Landesbank Berlin ist eine Ausgliederung der Investitionsbank aus der LBB erforderlich.

Um die bankseitig zu leistenden Voraussetzungen für die Einhaltung dieses Termins zu schaffen, wird gegenwärtig das Gesamtprojekt „Ausgliederung der Investitionsbank aus der Landesbank Berlin“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts werden alle für die Ausgliederung relevanten Themenstellungen verarbeitet. Die erforderlichen Abstimmungsprozesse mit dem Land Berlin wurden eingeleitet. Die Ausgliederung bedarf noch einer gesetzlichen Grundlage durch den Berliner Landesgesetzgeber.

Darüber hinaus wurden bereits Funktionen, welche bisher durch den Konzern Bankgesellschaft wahrgenommen wurden, auf die IBB übertragen, so u.a. die Revision, die Personalbetreuung und die Betriebsorganisation. Dadurch konnten zum Jahresende 2002 insgesamt 19 Mitarbeiterkapazitäten in die IBB reintegriert werden.

## RISIKOBERICHT DER LANDESBANK BERLIN

**Sonstige Risiken****Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen**

Die am 25. Juli 2002 von der Kommission in Brüssel genehmigte Rettungsbeihilfe wurde begleitet von der Verpflichtung, dass die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland der Kommission innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung der Entscheidung der Genehmigung der Rettungsbeihilfe einen vollständigen Umstrukturierungsplan vorlegen. Der vorgelegte Umstrukturierungsplan sieht als wichtigste Strategie für die Zukunft eine Verschlankung der Tätigkeiten, Kapazitäten und Infrastrukturen für die künftige Geschäftstätigkeit sowie die Neuausrichtung auf eine Regionalbank vor. Dabei stellen das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie das Immobilienfinanzierungs- und das Kapitalmarktgeschäft die Kerngeschäftsfelder des Konzerns dar. Dabei sollen die Geschäftsaktivitäten im Immobiliendienstleistungsgeschäft, im Kapitalmarkt-, Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie von Teilen des Immobilienfinanzierungsgeschäftes deutlich zurückgefahren werden.

Nach dem vorgelegten Restrukturierungskonzept wird sich der Bankkonzern auf die Geschäftstätigkeit einer großen Regionalbank im Raum Berlin mit Kapitalmarktgeschäft konzentrieren. Hiermit verbunden ist die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten sowie die Umstrukturierung des Kapitalmarktgeschäfts. Beteiligungen, die diesem Geschäftsmodell nicht entsprechen, werden aufgegeben. Des Weiteren wird das Immobiliendienstleistungsgeschäft der IBAG restrukturiert und redimensioniert.

Das Geschäft mit regionalen Privat- und Firmenkunden, das bislang in verschiedenen Rechtseinheiten betrieben wurde (Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin – Berliner Bank/Bankgesellschaft Berlin AG), soll unter Beibehaltung des jeweiligen Markenauftritts zusammengeführt werden.

Gewerbliche Immobilienfinanzierungen werden auf regional- und objektbezogen ausgewählte Engagements beschränkt, wobei aus Gründen der Risikostreuung dieses Geschäft auch überregional betrieben wird.

Das in der IBAG konzentrierte Immobiliendienstleistungsgeschäft, insbesondere das Immobilienfondsgeschäft, wurde erheblich zurückgeführt. Die Risiken aus dem Altgeschäft wurden vom Land Berlin durch die Grundsatz- bzw. Detailvereinbarung abgeschirmt. Risiken aus nach dem 31. Dezember 2000 aufgelegten Immobilienfonds sowie aus nach dem 31. Dezember 2001 vorgenommenen Neugeschäft werden nicht durch die Risikoabschirmung abgedeckt. Die Verwaltung und Abrechnung des Altgeschäfts erfolgt unter der Kontrolle des Landes Berlin und auf Basis hierzu geschlossener Verträge durch die IBAG bzw. ihrer Tochtergesellschaften.

Mit einer Restrukturierung in diesem Ausmaß gehen verschiedene Risiken einher. Aus dem Abbau von Portfolios im Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie der Redimensionierung des Kapitalmarktgeschäfts könnten je nach Marktgegebenheit Wertverluste entstehen. Auch die Aufgabe von Beteiligungen könnte zu Veräußerungsverlusten führen. Außerdem sind damit Transaktionskosten verbunden. Für die Realisierung der Maßnahmen ist deshalb ein längerer Zeitraum bis zum Jahr 2005 vorgesehen. Dadurch wird die Gefahr unangemessener Verlustrealisierungen vermindert.

Die geplante deutliche Reduzierung der Personal- und Sachkosten soll zu einem Teil durch Leistungs- und Ausstattungsverzicht sowie durch Optimierung von Prozessabläufen erreicht werden. Ein anderer Teil muss im Gleichklang mit der Geschwindigkeit des Geschäftsabbaus erfolgen. Die Risiken des Personal- und Sachkostenabbaus liegen u.a. darin, dass die Kontroll- und Abwicklungserfordernisse des Geschäfts- und Abbauprozesses nicht mit der Leistungsreduzierung einhergehen. Um den aus den Sanierungsmaßnahmen entstehenden Risiken (mögliche Verfehlung von Sach- und Personalkostenreduktionen durch nicht oder verspätet umgesetzte Maßnahmen) zu begegnen, wurde neben der finanziellen Kontrolle der Restrukturierungsziele ein qualitatives und strategisches Controlling des Umsetzungsprozesses mit einer monatlichen Berichterstattung an den Gesamtvorstand etabliert.

#### **Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung**

Für den Konzern besteht bei der Umsetzung der Detailvereinbarung grundsätzlich das Risiko, dass das Land eventuelle Forderungen nicht akzeptiert, da diese nicht vertragskonform abgewickelt wurden (z.B. Nichteinhaltung von Fristen, Versäumnis des Einreichens vertragskonformer Unterlagen etc.).

So wie bereits in der Detailvereinbarung vorgesehen, soll zwischen den beteiligten Parteien eine Zustimmungs- und Verfahrensordnung abgeschlossen werden. Für das Land wird die Ende des Jahres 2002 gegründete Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH (BCIA GmbH) diese Aufgabe wahrnehmen.

Mit dem Abschluss dieser Zuständigkeits- und Verfahrensordnung sollen die sonst möglicherweise entstehenden Risiko-, d.h. Kostenpotenziale aus der Durchführung der Detailvereinbarung vermieden werden. Insbesondere werden hier die Zustimmungs- und Kontrollrechte des Landes zu regeln sein.

Erste Erfahrungen im Umgang mit den beteiligten Parteien nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung lassen erkennen, dass noch erheblicher Klärungs- und Abstimmungsbedarf besteht, der teilweise zu einer verzögerten Bearbeitung und Entscheidung der dem Land Berlin vorgelegten Anträge führt.

Bisher hat sich ein potenzielles Risiko aus dem Umgang mit der Detailvereinbarung in diesem Sinn nur in Einzelfällen realisiert. Verluste aus fehlenden oder fehlerhaften Abrechnungen oder nicht vorhandenen Nachweisen sind nicht eingetreten.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG, IBG und LPFV) und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Der Konzern verwaltet die vom Land übernommenen Risiken und stellt ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem sicher.

## R I S I K O B E R I C H T   D E R   L A N D E S B A N K   B E R L I N

Die verschiedenen Stufen des Risikomanagements werden zunächst auf Ebene der jeweiligen Gesellschaften umgesetzt. Wegen der besonderen Bedeutung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist dieses dezentrale Risikomanagement eng in den Gesamtbankrisikosteuerungprozess auf Konzernebene eingebunden:

Die Aktivitäten zur Verbesserung des Risikomanagement- und -controllingsystems mit Bezug auf das Immobiliendienstleistungsgeschäfts konzentrierten sich in 2002 auf zwei Schwerpunkte:

- Schaffung der Strukturen zur Sicherstellung der vertragskonformen Abwicklung der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin bzw. mit der vom Land hierzu eingerichteten Controllinggesellschaft BCIA,
- Verbesserung des Risikomanagementsystems der vom Land Berlin übernommenen Risiken.

Die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) hat für alle Risiken, die nicht durch die Detailvereinbarung abgeschirmt sind (z.B. Lausitzringgesellschaften), ausreichend Vorsorge getroffen. Da die IBG kein Neugeschäft betreibt, erzielt sie keine nennenswerten Einnahmen, die sie ihren operativen Kosten aus dem Altgeschäft gegenüberstellen könnte. Die Höhe der hieraus resultierenden, planmäßigen operativen Verluste in den nächsten Jahren ist wegen des z.T. noch bestehenden Klärungsbedarfs hinsichtlich der Höhe der von der IBG zu übernehmenden Aufwendungen unsicher.

Die IBG hat in 2002 den systematischen Ausbau der Management- und Controllingstrukturen fortgesetzt. Unter Einbeziehung des Konzerns Bankgesellschaft lagen die Schwerpunkte im Ausbau des Beteiligungsmanagements und in Sonderprojekten zur Sicherstellung der vertragskonformen Erstellung der Positiv- und Risikoinventarlisten im Rahmen der Detailvereinbarung.

#### **Risiken aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank Berlin**

Das Fördergeschäft im Immobilienbereich ist gekennzeichnet durch den fortgesetzten Preisverfall am Berliner Immobilienmarkt sowie durch die damit einhergehende Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer. Im Bereich der Wirtschaftsförderung wirkt sich die schwache konjunkturelle Entwicklung nachteilig auf die Unternehmen aus. Insgesamt hat die Investitionsbank Berlin dieser Situation durch den Aufbau eines Risikomanagements sowie durch eine adäquate Risikovorsorge Rechnung getragen.



Die Investitionsbank Berlin hat im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus in Berlin vom 3. April 1992 (2. Förderweg Berlin) Wohnimmobilien finanziert. Die in diesem Finanzierungsvolumen enthaltenen latenten Ausfallrisiken wurden gesondert untersucht und eine entsprechende standardisierte Vorsorge getroffen. Weitere latente Risiken bestehen im Kreditbestand der Wohneigentumsförderung, für die ebenfalls durch standardisierte Einzelwertberichtigungen eine adäquate Risikovorsorgeposition gebildet wurde.

Durch den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau für die Wohnungsbauprogrammjahre 1987 bis 1997 besteht für die Investitionsbank Berlin das Risiko eines Verlusts von Ertragspotenzialen sowie indirekten Kreditrisiken.

Bei der Beurteilung der Risiken im Kreditgeschäft der Investitionsbank Berlin ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Investitionsbank Berlin hinsichtlich möglicher Zins- und Kapitalausfälle aufgrund des Grundvertrages sowie einer zugesagten Rahmenbürgschaft mit dem Land Berlin nach wie vor für den größten Teil des Darlehensbestands kein Risiko trägt.

## A U S B L I C K

Die erfolgreiche Ergebnisstabilisierung und Neupositionierung der Landesbank Berlin und des Konzerns Bankgesellschaft Berlin hängt weiterhin wesentlich von der Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe durch die EU-Kommission ab. Sollte die Beihilfe nicht genehmigt werden, hätte dies für die Bank – auch in der geplanten redimensionierten Struktur – erhebliche negative Konsequenzen. Der Vorstand ist sehr zuversichtlich, dass es zu positiven Entscheidungen – eventuell mit Auflagen – kommen wird.

Außerdem ist der Sanierungserfolg eng verbunden mit weiteren Fortschritten bei der strategischen Neuausrichtung auf eine starke Regionalbank mit Kapitalmarktgeschäft sowie von der allgemeinen Wirtschaftslage und der Entwicklung am Immobilienmarkt abhängig.

Die Konzentration der Retailaktivitäten im Privat- und Firmenkundengeschäft auf den Großraum Berlin wird zum Abschluss gebracht. Durch die engere organisatorische Verzahnung der Berliner Sparkasse, Berliner Bank und Landesbank Berlin sollen Synergiepotenziale genutzt und gleichzeitig die Vertriebskraft gestärkt werden.

Im Immobilienfinanzierungsgeschäft wird neben der intensiven Bearbeitung der mit Risiken behafteten Kredite qualifiziertes Neugeschäft angestrebt. Dabei soll die Portfolioqualität dadurch verbessert werden, dass sich die Bank geografisch diversifiziert und auf ausgesuchte Teilssegmente konzentriert. Die Landesbank Berlin wird sich auf selektives Neugeschäft mit Bestandskunden konzentrieren.

Im Kapitalmarktgeschäft wird sich die LBB auf wenige Teilssegmente konzentrieren. Der konzernweit betriebene Abbau von Projektfinanzierungen sowie der Verkauf weiterer Beteiligungen innerhalb des Konzerns Bankgesellschaft Berlin betrifft auch die Landesbank Berlin. Negative Ergebnisauswirkungen hieraus können nicht ausgeschlossen werden.

In Hinblick auf die Privatisierung des Konzerns wurden Projekte gestartet, die eine rechtliche Selbständigkeit der Investitionsbank Berlin (IBB) vorbereiten.

Wegen der Eingliederung der über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DirektBank-Service GmbH zum Jahresbeginn 2002 wirkte sich der im abgelaufenen Geschäftsjahr konzernweit erreichte Personalabbau nur zu einem geringen Teil bei der Landesbank Berlin aus. Die Effekte des Abbaus werden aber 2003 bei der LBB verstärkt spürbar sein. Die Schaffung der Voraussetzungen im Standortnetz und in der IT-Landschaft belasten jedoch den Verwaltungsaufwand. Trotzdem sind wir durch die bereits eingeleiteten Sanierungsschritte zuversichtlich, unsere Personalabbau- und Kostenziele auch im Jahr 2003 zu erreichen.

Die Reaktion unserer Kundschaft im Großraum Berlin auf die bereits erfolgten Sanierungsmaßnahmen stützt die Erwartung, dass die Marktstellung im Retailgeschäft ausgebaut werden kann. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Landesbank Berlin erneut einen positiven Beitrag zum Konzernergebnis erbringen wird.

## I N H A L T

<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b>	74
<b>BILANZ</b>	76
<b>ANHANG</b>	
	78 Befreiender Konzernabschluss
	78 Verzeichnis des Anteilsbesitzes
	78 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
	81 Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
	97 Sonstige Angaben
	102 Anlagen
	108 Organe der Landesbank

**GEWINN - UND VERLUSTRECHNUNG  
DER LANDESBANK BERLIN - GIROZENTRALE -**

Aufwendungen	Anhang Textziffer					Vorjahr
		T€	T€	T€	T€	T€
Zinsaufwendungen	21				2.898.197	3.335.310
Provisionsaufwendungen	22				16.234	11.765
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	23				9.186	5.365
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	26					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			237.601			246.910
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			59.193			70.749
darunter: für Altersversorgung		13.852				(27.948)
				296.794		317.659
b) andere Verwaltungsaufwendungen				332.026		356.800
					628.820	674.459
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6				23.262	38.408
Sonstige betriebliche Aufwendungen	27				42.262	108.294
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	24				51.893	233.556
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				41.744	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme					26.485	17.588
Außerordentliche Aufwendungen	28				37.526	151.240
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29				19.911	20.812
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					1.146	1.111
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne					146.249	35.473
Jahresüberschuss					44.277	25.095
Summe der Aufwendungen:					3.987.192	4.658.476
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag					44.277	25.095
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
d) in die Zweckerücklage der Investitionsbank Berlin	20				823	12.422
Bilanzgewinn					43.454	12.673

für die Zeit vom 1. Januar  
bis zum 31. Dezember 2002

Erträge	Anhang Textziffer	T€			Vorjahr T€	
		T€	T€	T€	T€	T€
<b>Zinserträge aus</b>	21					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			3.434.993			3.876.683
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			222.298			323.527
				<b>3.657.291</b>		<b>4.200.210</b>
<b>Laufende Erträge aus</b>						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	21		14.331			13.195
b) Beteiligungen			9.152			11.371
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			29.260			16.017
				<b>52.743</b>		<b>40.583</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				<b>161</b>		<b>240</b>
<b>Provisionserträge</b>	22			<b>195.952</b>		<b>213.535</b>
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>						<b>26.825</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	27			<b>79.814</b>		<b>42.852</b>
<b>Außerordentliche Erträge</b>	28			<b>1.231</b>		<b>134.231</b>
<b>Summe der Erträge:</b>				<b>3.987.192</b>		<b>4.658.476</b>

**BILANZ DER LANDESBANK BERLIN – GIROZENTRALE –  
zum 31. Dezember 2002**

Aktivseite	Anhang Textziffer	T€				Vorjahr
		T€	T€	T€	T€	T€
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				425.151		151.072
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				190.930		470.291
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		168.700				(429.145)
					<b>616.081</b>	<b>621.363</b>
<b>Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>	10					
b) Wechsel				993		98
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		993				(98)
					<b>993</b>	<b>98</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 3, 4, 5					
a) täglich fällig				3.582.747		4.045.208
b) andere Forderungen				30.826.795		30.349.771
					<b>34.409.542</b>	<b>34.394.979</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	1, 3, 4, 5, 10				<b>39.993.229</b>	<b>41.826.193</b>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		14.637.969				(14.542.624)
Kommunalkredite		11.159.009				(11.186.892)
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	2, 3, 4, 5, 6, 8, 10					
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			543.298			739.142
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		232.777				(404.669)
bb) von anderen Emittenten			6.149.265			6.272.883
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		3.884.789				(4.768.582)
				6.692.563		7.012.025
c) eigene Schuldverschreibungen				127.190		471.803
Nennbetrag		120.345				(448.783)
					<b>6.819.753</b>	<b>7.483.828</b>
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	3, 4, 5, 6, 8				<b>515.368</b>	<b>394.542</b>
<b>Beteiligungen</b>	6, 8				<b>197.619</b>	<b>205.064</b>
darunter: an Kreditinstituten		109.028				(127.536)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	6, 8				<b>508.836</b>	<b>595.785</b>
darunter: an Kreditinstituten		304.377				(304.377)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>	7				<b>109.736</b>	<b>133.622</b>
darunter: Treuhandkredite		94.818				(111.468)
<b>Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>	10, 11				<b>266.095</b>	<b>353.020</b>
<b>Sachanlagen</b>	6, 12				<b>208.009</b>	<b>217.899</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	13				<b>573.389</b>	<b>618.377</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	14				<b>295.682</b>	<b>325.203</b>
<b>Summe der Aktiva</b>					<b>84.514.332</b>	<b>87.169.973</b>

Passivseite	Anhang Textziffer				Vorjahr	
		T€	T€	T€	T€	T€
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	1, 3, 4					
a) täglich fällig			1.655.775			1.231.927
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			23.602.065			26.232.418
				<b>25.257.840</b>		<b>27.464.345</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	1, 3, 4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten		6.893.402				7.128.109
ab) von mehr als drei Monaten		185.501				213.649
			7.078.903			7.341.758
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig		5.092.597				5.842.956
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		20.429.760				21.573.397
			25.522.357			27.416.353
				<b>32.601.260</b>		<b>34.758.111</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	1, 2, 3, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen			21.899.682			20.168.774
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			126.209			100.196
darunter: Geldmarktpapiere		126.209				(100.196)
				<b>22.025.891</b>		<b>20.268.970</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	7			<b>109.736</b>		<b>133.622</b>
darunter: Treuhandkredite		94.818				(111.468)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	15			<b>603.274</b>		<b>588.495</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	16			<b>615.700</b>		<b>653.835</b>
<b>Rückstellungen</b>						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17		230.026			221.988
b) Steuerrückstellungen			27.885			59.650
c) andere Rückstellungen	18		396.915			402.020
				<b>654.826</b>		<b>683.658</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	3, 19			<b>332.381</b>		<b>337.117</b>
<b>Eigenkapital</b>	20					
a) stille Einlage			843.887			843.887
c) Gewinnrücklagen						
cc) satzungsmäßige Rücklagen						
Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin		1.342.326				1.341.503
cd) andere Gewinnrücklagen						
Gewinnrücklage der Bank		83.757				83.757
			1.426.083			1.425.260
d) Bilanzgewinn			43.454			12.673
				<b>2.313.424</b>		<b>2.281.820</b>
<b>Summe der Passiva</b>				<b>84.514.332</b>		<b>87.169.973</b>
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)				759.966		955.750
Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			14.777			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			4.085.833			5.041.188
				<b>4.100.610</b>		<b>5.041.188</b>

## ANHANG DER LANDESBANK BERLIN 2002

### Befreiender Konzernabschluss

Die Landesbank Berlin ist Tochtergesellschaft der Bankgesellschaft Berlin AG. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist als Konzernmuttergesellschaft in Form einer atypisch stillen Beteiligung mit 75,01% am Vermögen und am Ergebnis der Landesbank Berlin – mit Ausnahme der Investitionsbank Berlin – beteiligt. Die nicht durch den Beteiligungsvertrag erfassten Ergebnis- und Vermögensanteile stehen dem Land Berlin als Träger der Landesbank zu. Das Land Berlin hat seine Ansprüche auf den Bilanzgewinn der Landesbank an die Bankgesellschaft Berlin AG abgetreten; die Bankgesellschaft Berlin AG ist danach zu 100% am wirtschaftlichen Erfolg sowie einem evtl. Liquidationserlös der Landesbank Berlin beteiligt. Die Bankgesellschaft Berlin AG stellt im Verhältnis zur Landesbank Berlin – Girozentrale – einen befreienden Konzernabschluss auf, in den der Jahresabschluss der Landesbank Berlin einbezogen ist.

Der Konzernabschluss wird beim Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg hinterlegt.

### Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und § 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist.

### Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie den Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. In den Jahresabschluss sind die rechtlich unselbständigen Abteilungen der Bank, die Berliner Sparkasse und die Investitionsbank Berlin, einbezogen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2002 wurde der gesamte operative Geschäftsbetrieb der DirektBankService GmbH (DBS) inklusive aller dazugehörigen Vertragsverhältnisse und der betriebsnotwendigen Wirtschaftsgüter auf die Landesbank Berlin übertragen. Eine rückwirkende Vergleichbarkeit für den Jahresabschluss 2001 der LBB führt lediglich zu einer Ausweitung der Bilanzsumme um 15 Mio. € sowie einem Anstieg der nunmehr direkt erfassten Personal- und Sachaufwendungen der DBS bei gleichzeitigem Anstieg der Erträge aus der Leistungserstellung für die übrigen Konzerngesellschaften. Bei den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung wird gesondert darauf hingewiesen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten. Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Dabei wurde unterstellt, dass ein Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Gewährung einer Umstrukturierungsbeihilfe von der Europäischen Kommission positiv beschieden wird und in diesem Rahmen auch die Neutralisierungsvereinbarung vom 23./27. Dezember 2002 genehmigt wird. Die mittels einer Notifizierung beantragte Umstrukturierungsbeihilfe umfasst zum einen die vom Land Berlin übernommene Kapitalerhöhung von 1.754.949.340,16 € und die durch die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 vom Land Berlin übernommene Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von wesentlichen Risiken aus dem Immobilien-



dienstleistungsgeschäft. Die Umstrukturierungsbeihilfe umfasst zum anderen die Vereinbarung vom 23./27. Dezember 2002, die das Land Berlin und die LBB zur Neutralisierung etwaiger aus dem LBB/IBB-Verfahren folgender Belastungen vorbehaltlich der Billigung der Kommission geschlossen haben. Wenn die Europäische Kommission wider Erwarten die Kapitalzufuhr des Landes Berlin nicht genehmigen sollte, müsste die Bankgesellschaft Berlin AG geeignete Maßnahmen ergreifen, die eine Rückzahlung des betreffenden Betrages an das Land Berlin ermöglichen. Für den Fall, dass der auf die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – entfallende Teil der Kapitalerhöhung als Beihilfe betrachtet werden und nicht genehmigt werden sollte, wären Maßnahmen für eine entsprechende Rückzahlung zu treffen. Außerdem müsste der Betrag der Kapitalerhöhung, den die BGB als nicht genehmigte Beihilfe zurückzahlen müsste, als Rückzahlungsverpflichtung passiviert werden. Für den Fall, dass die Kommission im LBB/IBB-Verfahren eine Rückforderungsentscheidung erlässt und die Kommission die Neutralisierungsvereinbarung nicht genehmigt, müsste die LBB geeignete Maßnahmen ergreifen, die eine Rückzahlung des betreffenden Betrages einschließlich Zinsen an das Land Berlin ermöglichen. Schließlich müssten bei Nichtgenehmigung der Risikoabschirmung sämtliche Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft in der Bilanz durch Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt werden. Die Nichtgenehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe oder die Nichtgenehmigung in voller Höhe eines der vorstehend beschriebenen Teile der Umstrukturierungsbeihilfe könnte dazu führen, dass das Eigenkapital der Bank für eine Fortführung des Geschäfts im gegebenen Umfang nicht mehr die erforderliche Höhe hätte. Die Bank hätte entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, z.B. durch sofortige Anpassung ihres Geschäftsumfanges bzw. die Einstellung von bestimmten Geschäften oder die Bereitstellung von neuem haftenden Kapital durch einen neuen Eigenkapitalgeber. Soweit diese Maßnahmen nicht möglich sind bzw. nicht ausreichen und soweit die erforderliche Höhe des Eigenkapitals nicht dargestellt werden kann, dürfte die Bilanzierung nicht mehr auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit erfolgen.

### Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeiträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340 e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Die Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

## A N H A N G

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt. Für allgemeine Bankrisiken sind bei der Investitionsbank Berlin (IBB) Reserven nach § 340f HGB vorhanden.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der vollen erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck von 1998) verwendet.

Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG (und damit auch der Landesbank Berlin) von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2002 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Bei diesen Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichten Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG/IBAG-Gruppe abgesichert. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.

### Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung; § 340h Abs. 2 HGB findet entsprechend Anwendung.

## Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

## 1 Fristengliederung

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
<b>Andere Forderungen</b>		
bis drei Monate	18.138,9	13.583,2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.460,0	3.794,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.112,9	5.984,1
mehr als fünf Jahre	5.115,0	6.987,6
<b>Gesamt</b>	<b>30.826,8</b>	<b>30.349,8</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
bis drei Monate	5.604,2	6.367,0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.814,7	1.852,5
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.834,4	9.147,1
mehr als fünf Jahre	22.739,9	24.459,6
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.597,3)	(1.591,8)
<b>Gesamt</b>	<b>39.993,2</b>	<b>41.826,2</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>		
bis drei Monate	11.418,5	11.694,8
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.234,4	3.444,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.423,5	4.802,0
mehr als fünf Jahre	5.525,7	6.291,6
<b>Gesamt</b>	<b>23.602,1</b>	<b>26.232,4</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist</b>		
bis drei Monate	26,2	28,2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	18,7	19,1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	129,3	154,7
mehr als fünf Jahre	11,3	11,6
<b>Gesamt</b>	<b>185,5</b>	<b>213,6</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Andere verbindliche Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>		
bis drei Monate	3.156,0	3.634,2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	921,8	593,1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.891,7	4.828,7
mehr als fünf Jahre	11.460,3	12.517,4
<b>Gesamt</b>	<b>20.429,8</b>	<b>21.573,4</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>Andere verbiefte Verbindlichkeiten</b>		
bis drei Monate		
mehr als drei Monate bis ein Jahr	126,2	100,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		
mehr als fünf Jahre		
<b>Gesamt</b>	<b>126,2</b>	<b>100,2</b>

## A N H A N G

**2** Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
<b>Enthalten in Position:</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.650,2	338,0
Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	4.094,5	3.854,3

**3** Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	21.910,9	20.064,7
Forderungen an Kunden	631,6	1.038,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	851,1	827,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	249,5	130,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.274,4	2.932,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	177,2	273,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.281,3	4.897,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	241,9	246,6

**4** Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	557,5	1.201,0
Forderungen an Kunden	228,6	232,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1,6	13,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,7	673,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18,3	22,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	46,0

## 5 Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	217,9	223,1
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	106,3	106,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	174,2	174,2

## 6 Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. €	Finanzanlagen			Sachanlagen	
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	
<b>Buchwert zum 31.12.2001</b>	<b>206,1</b>	<b>0,0</b>	<b>205,1</b>	<b>595,8</b>	<b>217,9</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2001	206,1	9,8	234,5*)	675,2	564,8
Zugänge 2002			15,7	11,4	14,0
Abgänge 2002	83,4		18,0	0,6	12,6
Umbuchungen 2002					
Effekte aus Wechselkursänderungen					
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2002	122,7	9,8	232,2	686,0	566,2
Kumulierte Zuschreibungen	0,0	0,0	2,5*)	0,0	0,0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2001		9,8	32,0*)	79,4	346,9
Zugänge 2002			5,1	97,8	23,3
Abgänge 2002					12,0
Umbuchungen 2002					
Effekte aus Wechselkursänderungen					
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2002	0,0	9,8	37,1	177,2	358,2
<b>Buchwert zum 31.12.2002</b>	<b>122,7</b>	<b>0,0</b>	<b>197,6</b>	<b>508,8</b>	<b>208,0</b>

\*) Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund Bruttodarstellung der Zuschreibung: Abschreibung – 0,2 Mio. €, historische Anschaffungskosten – 2,8 Mio. € und kumulierte Zuschreibungen + 2,5 Mio. €

In der GuV sind Aufwendungen für die prognostizierten Verluste der IBG für die Jahre bis 2006 i.H.v. 25 Mio. € enthalten. Davon wurden im Geschäftsjahr 19,9 Mio. € als Rückstellungen gebildet und 5,1 Mio. € als Einzahlung in die Kapitalrücklagen der IBG überwiesen. Für weitere 3,9 Mio. € Kapitalzuführung wurde die Rückstellung aus dem Vorjahr in Anspruch genommen.

## A N H A N G

Im Finanzanlagevermögen befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete börsenfähige Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von 21,2 (i.V.: 43,8) Mio. €.

### 7 Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	94,8	111,4
Sonstige Vermögensgegenstände	14,9	22,2
	<b>109,7</b>	<b>133,6</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12,2	14,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82,6	97,1
Sonstige Verbindlichkeiten	14,9	22,2
	<b>109,7</b>	<b>133,6</b>

### 8 Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.819,8	7.483,8	6.209,3	6.943,4	610,5	540,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	423,7	304,7	0,0	0,0	423,7	304,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

### 9 Bestände in Fremdwährung

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Vermögensgegenstände	6.723,7	8.130,5
Verbindlichkeiten	6.729,3	8.025,1

## 10 Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Wertpapiere	2.545,7	2.085,8
davon: Ausgleichsforderungen	26,1	34,8
Wirtschaftskredite	374,7	390,7
davon: Wechsel	1,0	0,1
davon: Kreditforderungen	373,7	390,6
<b>Gesamt</b>	<b>2.920,4</b>	<b>2.476,6</b>

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme 300,0 (i.V.: 1.400,0) Mio. €.

### Angaben zu einzelnen Bilanzpositionen

## 11 Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch

In dieser Position werden überwiegend angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen.

Von den Ausgleichsforderungen sind 26,1 (i.V.: 34,8) Mio. € im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. 10).

## 12 Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Von den Grundstücken und Gebäuden werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien mit Buchwert von 143,4 (i.V.: 149,6) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 42,4 (i.V.: 45,9) Mio. € enthalten. Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Bei beweglichen Anlagegütern wird auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

## A N H A N G

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	33 Jahre
Mietereinbauten	33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8–13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3–8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

### 13 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
GbR-Anteile an geschlossenen Fonds und Anteile an sonstigen Gesellschaften	29,0	29,2
Forderungen an Finanzbehörden	8,2	69,6
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps (einschl. Zinsabgrenzungen)	436,6	440,5
Einzugspapiere	4,4	22,6
Übrige	95,2	56,5
<b>Gesamt</b>	<b>573,4</b>	<b>618,4</b>

Die Forderungen aus Optionsgeschäften betreffen mit 315,7 (i.V.: 354,2) Mio. € Zinsabgrenzungen aus Swap-Geschäften sowie gezahlte Optionsprämien in Höhe von 2,5 (i.V.: 3,6) Mio. €.

Die Forderungen an Finanzbehörden resultieren im Wesentlichen aus Erstattungsansprüchen in Höhe der geleisteten Körperschaftsteuervorauszahlungen aufgrund des steuerlichen Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr 2000.

### 14 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In der Landesbank Berlin werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 199,7 (i.V.: 237,6) Mio. € ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 79,2 (i.V.: 80,9) Mio. €.



## 15 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Verbindlichkeiten aus Variation Margins	0,0	4,3
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	15,2	23,6
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	1,7	1,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	52,0	2,2
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	405,3	413,7
Übrige	129,1	142,9
<b>Gesamt</b>	<b>603,3</b>	<b>588,5</b>

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen betreffen in 2002 überwiegend die Konzernleistungsverrechnung mit der Bankgesellschaft Berlin AG.

## 16 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag wurden in Höhe von 391,7 (i.V.: 444,0) Mio. € ausgewiesen.

## 17 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen um 8,0 (i.V.: 15,9) Mio. € auf 230,0 (i.V.: 222,0) Mio. €.

Vom Anstieg der Rückstellungen entfallen 6,6 Mio. € auf die Integration der DirektBankService GmbH zum 1. Januar 2002.

## 18 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	48,9	54,2
Rückstellungen für Verlustübernahmen	43,5	47,1
Rückstellungen aus der DM-Eröffnungsbilanz	29,6	30,0
Rückstellungen im Personalbereich	49,9	29,7
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	146,6	178,1
Übrige	78,4	62,9
<b>Gesamt</b>	<b>396,9</b>	<b>402,0</b>

## A N H A N G

Die Rückstellungen für **Restrukturierungsmaßnahmen** entwickelten sich 2002 wie folgt:

in Mio. €	Stand 01.01.2002	Verbrauch	Umbuchung	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2002
Personal	111,4	11,6	-41,2	1,2	8,1	65,5
Flächenmanagement	53,6	1,9			5,0	56,7
Sachaufwand	13,1	1,6			12,9	24,4
<b>Gesamt</b>	<b>178,1</b>	<b>15,1</b>	<b>-41,2</b>	<b>1,2</b>	<b>26,0</b>	<b>146,6</b>

Entsprechend dem vom Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin AG beschlossenen Restrukturierungskonzept zur Sicherung des Fortbestands des Konzerns sind im Zeitraum 2002 bis 2005 personalwirtschaftliche und Maßnahmen zur Sachkostensenkung durchzuführen. Die hiermit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen wurden getrennt nach Personal-, Gebäude- und Raumkosten (Flächenmanagement) und sonstigen Sachaufwendungen in der Restrukturierungsrückstellung erfasst. Im Jahre 2002 wurden die Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen und Altersteilzeit, die im Vorjahr in der Restrukturierungsrückstellung enthalten waren, als Umbuchung herausgenommen und als Rückstellung für Personalaufwand ausgewiesen. Durch die IBB wurde erstmalig per 31. Dezember 2002 eine Restrukturierungsrückstellung für Sachaufwendungen in Höhe von 5,5 Mio. € und für Flächen in Höhe von 2,7 Mio. € gebildet.

## 19 Nachrangige Verbindlichkeiten

	Währung	Nominalwerte			Zinssatz	fällig
		in Mio.	in Mio. €		in %	im Jahr
(1)*	FRF	1.000	152,4	Tec 10 – 0,40%	4,09664	2009
(2)	DEM	60	30,7	6-M.-Euribor + 0,50%	3,38900	2008
(3)	DEM	10	5,1		4,86000	2008
(4)	DEM	20	10,2		4,86000	2008
(5)	DEM	1	0,5		4,86000	2008
(6)	DEM	5	2,6		4,85000	2008
(7)	DEM	5	2,6		4,85000	2008
(8)	DEM	10	5,1		4,85000	2008
(9)	DEM	5	2,6		4,82000	2008
(10)	DEM	8	4,1		4,82000	2008
(11)	DEM	2	1,0		4,86000	2008
(12)	DEM	10	5,1		4,80000	2008
(13)	DEM	10	5,1		4,80000	2008
(14)	DEM	10	5,1		4,74000	2008
(15)	DEM	10	5,1		4,85000	2008
(16)	DEM	10	5,1		4,85000	2008
(17)	DEM	1	0,5		4,86000	2008
(18)*	EUR	29	29,1		5,37500	2010
(19)*	JPY	3.500	28,1		FRN	2013
(20)*	JPY	3.000	24,1		FRN	2018
(21)*	JPY	1.000	8,0		FRN	2018

Die mit (\*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahme (1) übersteigt 10% des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2002 beträgt 10,7 (i.V.: 13,5) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 14,5 (i.V.: 14,9) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 3,8 (i.V.: 1,6) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 60,3 (i.V.: 65,0) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5 a KWG. Zum 31. Dezember 2002 sind 352,4 Mio. € als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

## A N H A N G

**20** Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt gemäß § 3 der Satzung der Landesbank Berlin – Girozentrale – 1.650,5 Mio. DM. Es wird in der Bilanz als atypisch stille Einlage der Bankgesellschaft Berlin AG mit einem in Euro umgerechneten Betrag von 843,9 Mio. € ausgewiesen.

Erläuterung der Gewinnrücklagen:

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Zweckrücklage der Investitionsbank	1.341,5	1.329,1
Andere Gewinnrücklagen der Bank	83,8	83,8
<b>Stand 01.01.</b>	<b>1.425,3</b>	<b>1.412,8</b>
Zuführung zur Gewinnrücklage – Zweckrücklage der IBB	0,8	12,4
<b>Stand 31.12.</b>	<b>1.426,1</b>	<b>1.425,3</b>
davon: Zweckrücklage der Investitionsbank	1.342,3	1.341,5
andere Gewinnrücklagen der Bank	83,8	83,8

## Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

**21** Zinsüberschuss

in Mio. €	2002	2001
Zinserträge	3.657	4.200
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.435	3.877
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	222	323
Laufende Erträge	53	41
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	15	13
aus Beteiligungen	9	11
aus verbundenen Unternehmen	29	16
Erträge aus Gewinngemeinschaften	0	0
Zinsaufwendungen	2.898	3.335
für Einlagen	2.065	2.314
für verbrieftete Verbindlichkeiten	822	1.008
für nachrangige Verbindlichkeiten	11	13
<b>Gesamt</b>	<b>812</b>	<b>906</b>

## 22 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2002	2001
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	32	46
Wertpapiere/Vermögensanlagen	31	43
Emissions- und Konsortialgeschäft	1	3
Zahlungsverkehr/Kontoführung	100	95
Kreditgeschäft	30	39
Kreditgeschäft	19	25
Avalprovisionen	11	12
Auslandsgeschäft	0	2
Kartengeschäft	7	12
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	10
Sorten-/Devisengeschäft	1	2
Sonstige Dienstleistungen	10	8
<b>Gesamt</b>	<b>180</b>	<b>202</b>

## 23 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. €	2002	2001
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	-11	-5
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	0	0
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	2	0
<b>Handelsergebnis</b>	<b>-9</b>	<b>-5</b>

## 24 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2002	2001
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	117	224
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-39	10
Reserven gemäß § 340 f HGB	-26	0
<b>Gesamt</b>	<b>52</b>	<b>234</b>

## A N H A N G

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Direkt- abschreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2002	2001	2002	2001	2002	2001
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001						
<b>Stand 01.01.</b>			1.512	1.356	107	110	55	43	7	10	1.681	1.519		
Zuführungen	–	–	293	332	1	1	17	28			311	361	311	361
Inanspruchnahmen	–	–	50	56			5	3			55	59		
Auflösungen	–	–	174	124	5	3	17	12	1	3	197	142	197	142
Direktabschreibungen	4	6											4	6
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1	1											1	1
Umbuchungen	–	–	46	4	–44	–1	–1	–1			1	2		
Wechselkurs- änderungen	–	–	–1								–1	0		
<b>Stand 31.12.</b>	–	–	1.626	1.512	59	107	49	55	6	7	1.740	1.681	117	224

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung entsprechend erhöht, die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt in Anlehnung an das Schreiben des BMF vom 10. Januar 1994.

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko wurde Vorsorge durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen gebildet. Bei den Länderwertberichtigungen berücksichtigt die Bank das Risikoexposure, das die Summe der Bruttoexposure abzüglich der Forderungen aus kommerziellem Geschäft (< 1 Jahr Restlaufzeit) und aller Bank-zu-Bank-Finanzierungen (< 1,5 Jahre Restlaufzeit) ist. Werthaltige Sicherheiten, die nicht vom Transferrisiko des entsprechenden Landes betroffen sind, vermindern dabei das Risikoexposure. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Der **Bestand** der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	2002	2001
Forderungen an Kreditinstitute	18	16
Forderungen an Kunden	1.672	1.610
Rückstellungen	49	54
Sonstige Positionen	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>1.740</b>	<b>1.681</b>

## 25 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinserträge	3.281	3.636	376	564	3.657	4.200
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	53	41	0	0	53	41
Provisionserträge	196	213	0	1	196	214
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	–	–	–	–	–	–
Sonstige betriebliche Erträge	80	43	0	0	80	43

## 26 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2002	2001
Gebäude- und Raumkosten	63	71
EDV	118	107
Werbung und Marketing	15	17
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	11	18
Geschäftsbetriebskosten	29	25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	4	9
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	90	108
<b>Gesamt</b>	<b>332</b>	<b>357</b>

## A N H A N G

Die Integration der DirektBankService GmbH zum Jahresanfang 2002 führte zu einem Anstieg der direkt erfassten Aufwendungen um 11 Mio. €. Im Gegenzug reduzierte sich zum einen der Umfang der zu leistenden Konzernleistungsverrechnung, zum anderen stiegen die Sonstigen betrieblichen Erträge aus der Leistungsverrechnung im Konzern.

**27 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge**

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird u.a. die Avalprovision an das Land Berlin für die Enthaltung in Höhe von 6 Mio. € ausgewiesen. Der Vorjahreswert beinhaltete insbesondere die Aufwendungen der IBB im Rahmen des öffentlichen Förderauftrags in Höhe von 51 Mio. €.

Der Anstieg der Sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den vereinnahmten Erträgen in Höhe von 28 Mio. € aufgrund der Integration der DirektBankService GmbH in die LBB.

**28 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge**

Im Rahmen der Restrukturierung wurden Rückstellungen in Höhe von 26 (i.V.: 151) Mio. € zu Lasten der Außerordentlichen Aufwendungen neu zugeführt sowie in Höhe von 1 (i.V.: 17) Mio. € zugunsten der Außerordentlichen Erträge aufgelöst. Darüber hinaus entstanden Außerordentliche Aufwendungen im Zuge weiterer Sanierungsmaßnahmen.

**29 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

In der Position ist neben dem laufenden Steueraufwand der ausländischen Niederlassungen inländischer aperiodischer Steueraufwand in Höhe von 18 (i.V.: 16) Mio. € enthalten.



### 30 Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder der Landesbank Berlin (Gesamtbank)

Ist per 31.12.2002 / Ist per 31.12.2001 in Mio. €		Private Kunden	Firmen- kunden	Kapitalmarkt- geschäft	Immobilien- finanzierung	Förder- geschäft-	Sonstiges / Konsoli- dierung	Gesamtbank
Zinsüberschuss	2002	379	123	212	59	160	-121	812
	2001	406	150	144	94	156	-44	906
Provisionsüberschuss	2002	124	24	-1	7	27	-1	180
	2001	136	27	-1	9	33	-2	202
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2002			-9				-9
	2001			-5				-5
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	2002	31	1		-6		10	36
	2001	3	1	3		-51	-23	-67
<b>Summe Erträge</b>	<b>2002</b>	<b>534</b>	<b>148</b>	<b>202</b>	<b>60</b>	<b>187</b>	<b>-112</b>	<b>1.019</b>
	2001	545	178	141	103	138	-69	1.036
Personalaufwand	2002	159	51	1	7	53	26	297
	2001	167	57	3	8	52	31	318
Andere Verwaltungsaufwendungen	2002	242	38	11	7	34		332
	2001	283	46	9	8	37	-26	357
Normalabschreibungen	2002	5				16	2	23
	2001	1	-1		-1	14	25	38
<b>Summe Verwaltungsaufwand</b>	<b>2002</b>	<b>406</b>	<b>89</b>	<b>12</b>	<b>14</b>	<b>103</b>	<b>28</b>	<b>652</b>
	2001	451	102	12	15	103	30	713
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>128</b>	<b>59</b>	<b>190</b>	<b>46</b>	<b>84</b>	<b>-140</b>	<b>367</b>
	2001	94	76	129	88	35	-99	323
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2002	22	45	-2	13	39		117
	2001	35	33	-3	119	28	12	224
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	2002			5		-4	-40	-39
	2001			10		-5	5	10
Veränderung der § 340 f-HGB-Reserve	2002					-26		-26
	2001							
<b>Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>22</b>	<b>45</b>	<b>3</b>	<b>13</b>	<b>9</b>	<b>-40</b>	<b>52</b>
	2001	35	33	7	119	23	17	234
<b>Betriebsergebnis nach Risikovorsorge</b>	<b>2002</b>	<b>106</b>	<b>14</b>	<b>187</b>	<b>33</b>	<b>75</b>	<b>-100</b>	<b>315</b>
	2001	59	43	122	-31	12	-116	89
Ergebnis aus Finanzanlagen	2002		-1			-66	25	-42
	2001				-1		28	27
Saldo der übrigen Positionen	2002		1		-2	-8	-54	-63
	2001				-5		-30	-35
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2002</b>	<b>106</b>	<b>14</b>	<b>187</b>	<b>31</b>	<b>1</b>	<b>-129</b>	<b>210</b>
	2001	59	43	122	-37	12	-118	81
Segmentvermögen	2002	3.078	15.777	37.308	6.385	19.513	2.453	84.514
	2001	3.222	16.337	41.655	6.615	20.056	-715	87.170
Segmentverbindlichkeiten	2002	10.227	2.358	54.667	513	19.513	-2.764	84.514
	2001	11.152	2.349	58.192	513	20.056	-5.092	87.170
Risikopositionen [Stichtag]	2002	2.718	5.042	8.130	2.121	4.392	2.748	25.151
	2001	2.765	5.920	8.857	5.992	4.508	2.029	30.071
Bilanzielles Eigenkapital [Durchschnitt]	2002	264	518	775	199	414	159	2.329
	2001	245	499	746	490	347	150	2.477
Mitarbeiterkapazitäten [Stichtag]	2002	2.926	753	12	101	751	394	4.937
	2001	2.842	831	25	107	780	549	5.134
Eigenkapitalrentabilität [%] (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	2002	40,2%	2,7%	24,1%	15,6%	0,2%		9,0%
	2001	24,1%	8,6%	16,4%	-7,6%	3,5%		3,3%
Cost-Income-Ratio [%]	2002	76,0%	60,1%	5,9%	23,3%	55,1%		64,0%
	2001	82,8%	57,3%	8,5%	14,6%	74,6%		68,8%

## A N H A N G

Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 3-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Gemäß der veränderten Strategie, dem damit verbundenen Rückzug aus bestimmten Märkten und den daraufhin neu ausgerichteten Managementstrukturen wurde die Segmentrechnung des Konzerns neu gegliedert; die Vergangenheitswerte wurden angepasst:

- Private Kunden (unverändert)  
Geschäft mit Privatkunden der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse.
- Firmenkunden jetzt inkl. dem früheren Segment Öffentliche Hand  
Geschäft mit kleinen und mittleren Firmenkunden sowie der Öffentlichen Hand der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse in Deutschland, überwiegend im Großraum Berlin.
- Immobilienfinanzierung (unverändert)  
Großes gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft der Landesbank Berlin sowie mit Privat- und Firmenkunden, sofern größeres Immobiliengeschäft die wesentliche Geschäftsverbindung darstellt.
- Kapitalmarktgeschäft jetzt inkl. dem früheren Segment Großkunden/Ausland  
Alle Handelsgeschäfte der Landesbank Berlin im In- und Ausland sowie in geringem Umfang Geschäft mit großen Firmenkunden.
- Fördergeschäft (unverändert)  
Hier wird ausschließlich das Geschäft der Investitionsbank Berlin dargestellt.
- Sonstiges/Konsolidierung (neu)  
Hier werden die nicht auf andere Segmente zurechenbaren Kosten und Personalkapazitäten der Steuerungs- und Servicefunktionen (Vorjahr Corporate Center) bzw. andere geringfügige Ergebnisteile sowie die Volumina und Erfolge des Bilanzstrukturmanagement (Vorjahr Zinsmanagement) und die Konsolidierungsposten zusammengefasst.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftsfeld erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Für die kundenorientierten Geschäftsfelder erfolgt die Zuordnung gemäß des Vertriebsauftrags der Organisationseinheiten. Die Verrechnung der zentralen Stabskosten erfolgt entsprechend der Dienstleistungen, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt. Bei allen Kostenverrechnungen mit anderen Konzerngesellschaften bzw. zwischen den Segmenten werden die Ist-Kosten für die jeweils erbrachte Leistung verwendet.

Um die Aussagekraft der Segment-Kennzahlen weiter zu verbessern, wurde in 2002 die Margenberechnung für zinslos gestellte Kundenforderungen und Wertberichtigungsbestände vereinheitlicht. Als Resultat hat die Höhe bzw. Veränderung dieser Bestände keinen Einfluss mehr auf die Zinsergebnisse der kundenorientierten Geschäftsfelder. Weiterhin werden diese Bestände im jeweiligen Segment gebucht, so dass die Ermittlung der Segmentvermögen, -verbindlichkeiten und -risikopositionen methodisch unverändert blieb.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (netto). Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten.

Die Risikopositionen sind die Risikoaktiva und Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG auf Ebene des jeweiligen Segments. Entsprechend dieser Risikopositionen werden die Segmente mit Kernkapital ausgestattet und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Dabei wird ein Zinssatz angewandt, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspräche. Entsprechend der Struktur der durchschnittlichen Kernkapitalbindung wird das bilanzielle Kapital auf die Segmente verteilt, dieses bildet anschließend die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern. Diese von zahlreichen Banken ähnlich durchgeführte Methode der Renditeberechnung wird erstmals zum Jahresabschluss 2002 angewandt, die Vergangenheitswerte wurden bei den Zeitvergleichen angepasst.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe Erträge ermittelt.

## Sonstige Angaben

### **31** Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe im Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale – entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der LBB vor. Darüber hinaus bieten die Bankgesellschaft Berlin AG bzw., soweit die IBG betroffen ist, Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin und Berlin Hyp gemeinsam dem Land Berlin für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Detailvereinbarung unwiderruflich an, die von ihnen jeweils gehaltenen Anteile an der IBAG und/oder IBG und/oder der LPFV an das Land zu dann festzulegenden Konditionen zu verkaufen und abzutreten.

## A N H A N G

Die Landesbank Berlin hat im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach dieser Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2002 sind der Bank Erklärungen zur Kenntnis gelangt, nach denen sich die LBB 1994 auf unbestimmte Zeit zum Rückerwerb von Aktien der Weberbank gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern verpflichtet hat. Es handelt sich hierbei um ein unechtes Pensionsgeschäft nach § 340b HGB; die sich ergebende Rücknahmeverpflichtung in Höhe von derzeit 14,8 Mio. € ist unter der Bilanz ausgewiesen.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Weberbank Privatbankiers KGaA (im Mehrheitsbesitz der Landesbank Berlin) anfallen.

Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 17 (i.V.: 33) Mio. €.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2025 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 205,9 (i.V.: 216,4) Mio. €, davon 123,3 (i.V.: 127,0) Mio. € gegenüber verbundenen Unternehmen sowie 0,9 (i.V.: 1,4) Mio. € gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Einzahlungsverpflichtungen bestanden zum Jahresende für die Beteiligungen der Bank in Höhe von 3,4 (i.V.: 3,3) Mio. €. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 7,2 (i.V.: 7,2) Mio. €.

Aus dem Vertrieb von Anteilen geschlossener Immobilienfonds sind Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Andienungsrechten der Anteilszeichner in Höhe von insgesamt 101,3 (i.V.: 101,3) Mio. € entstanden. Zur Abschirmung der daraus eventuell entstehenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 4,1 Mio. €, die übrigen Verpflichtungen sind nicht in der Bilanz enthalten. Die Fälligkeit dieser Beträge liegt im Jahr 2019.

Die Bank hat zum Jahresultimo Wertpapiere im Buchwert von 15,3 (i.V.: 20,5) Mio. € als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt.

### 32 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2002	2001
Vollzeitbeschäftigte	4.553	4.672
Teilzeitkräfte	1.123	918
Auszubildende	198	247
<b>Gesamt</b>	<b>5.874</b>	<b>5.837</b>

Zum 1. Januar 2002 sind 227 Vollzeitbeschäftigte und 171 Teilzeitkräfte von der DirektBankService GmbH auf die LBB übergeleitet worden.

### 33 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T€	2002	2001
Gesamtbezüge des Vorstands	762	1.691
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	363	343
An frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	1.673	1.177
Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	24.031	17.596

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in T€	2002	2001
An Mitglieder des Vorstands	677	781
An Mitglieder des Aufsichtsrats	20	1.610

### 34 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Landesbank Berlin in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 und 4 zum Anhang dargestellt.

## A N H A N G

**35** Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2002 in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wiederbe- schaffungs- kosten*)
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>	<b>2.369</b>	<b>1.310</b>	<b>32.771</b>	<b>36.450</b>	<b>279</b>
Börsengehandelte Produkte	257	0	0	257	0
Zinsfutures	257			257	
Zinsoptionen				0	
OTC-Produkte	2.112	1.310	32.771	36.193	279
Zinsswaps	2.093	908	27.608	30.609	278
FRAs				0	
Swaptions			4.958	4.958	
Zinsoptionen, Käufe				0	
Zinsoptionen, Verkäufe				0	
sonstige Zinskontrakte	19	402	205	626	1
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>	<b>3.013</b>	<b>366</b>	<b>1.401</b>	<b>4.780</b>	<b>164</b>
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0
Devisenfutures				0	
Devisenoptionen				0	
OTC-Produkte	3.013	366	1.401	4.780	164
Devisentermingeschäfte	3.012			3.012	31
Cross-Currency-Swaps		363	1.401	1.764	133
Devisenoptionen, Käufe	1	3		4	
Devisenoptionen, Verkäufe				0	
sonstige Devisenkontrakte				0	
<b>Aktien-/Indexbezogene Geschäfte</b>	<b>17</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>1</b>
Börsengehandelte Produkte	17	1	0	18	1
Aktien-/Indexfutures				0	
Aktien-/Indexoptionen	17	1		18	1
OTC-Produkte	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Swaps				0	
Aktien-/Indexoptionen, Käufe				0	
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe				0	
Sonstige preisrisikobehaftete Geschäfte				0	
<b>Kreditderivate</b>		<b>1</b>		<b>1</b>	
<b>Gesamt</b>	<b>5.399</b>	<b>1.678</b>	<b>34.172</b>	<b>41.249</b>	<b>444</b>

\*) Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

Das angegebene Kontrahentenausfallrisiko wird durch die Wiederbeschaffungskosten im Falle des Kontrahentenausfalls beziffert. Die Wiederbeschaffungskosten sind die Summe aller positiven Marktwerte der derivativen Geschäfte. Eine Aufrechnung mit negativen Marktwerten findet nicht statt.

<b>Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten</b>		
in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	84	138
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	54	29
<b>Gesamt</b>	<b>138</b>	<b>167</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt und das Kontrahentennetting berücksichtigt.

### 36 Deckungsrechnung

Für die im Umlauf befindlichen Emissionen der Landesbank Berlin werden jeweils getrennte Deckungsregister geführt.

Die Deckungsrechnung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

<b>Deckungsregister</b>		
in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Pfandbriefe im Umlauf	6.493,4	6.554,0
Deckungswerte		
Hypothekendarlehen und andere Darlehen	7.663,4	7.472,4
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>1.170,0</b>	<b>918,4</b>
Kommunalschuldverschreibungen		
Öffentliche Pfandbriefe im Umlauf	18.387,7	17.157,6
Gedekte Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	–	–
Deckungswerte		
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	2.574,0	1.333,4
Kommunaldarlehen und andere Darlehen	17.424,9	17.325,2
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>1.611,2</b>	<b>1.501,0</b>

Berlin, 30. März 2003

#### Der Vorstand

Vetter	Dr. Evers	Kruschinski
Kulartz	Pawlowski	Piel

A N H A N G

Anlagen

- Anlage 1: Verzeichnis des Anteilsbesitzes  
(§§ 285 Nr. 11 und 11 a, 313 Abs. 2, 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB)
- Anlage 2: Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen
- Anlage 3: Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB)
- Anlage 4: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 1

Anteilsbesitz der Landesbank Berlin – Girozentrale –

Name und Sitz des Unternehmens	Kapitalanteil per 31.12.2002 in %	davon mittelbar in %	Angaben gemäß letztem vorliegenden Jahresabschluss	
			Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€
<b>Verbundene Unternehmen</b>				
ABT No. 2 Ltd., London	100,0		97	23
ABT No. 3 Ltd., London	100,0		451	35
ACEMEWS SERVICES Ltd., London	100,0	100,0	0	0
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin	100,0		6.394	4.349
Berlin Capital Fund Management GmbH, Berlin	100,0	100,0	50	(1)
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin	60,0		51.137	-983
Berlin Revalue Fund GmbH, Berlin	100,0	100,0	500	(1)
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin	100,0	100,0	8.000	0(2)
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin	33,3		4.154	353
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking	100,0		-12.203	948
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin	62,5		15	1
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	100,0	100,0	-2.944	48
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	49,0		103	0(2)
Fördergesellschaft der Weberbank gemeinnützige GmbH, Berlin	100,0	100,0	2.711	50
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin	50,0	50,0	1.023	0
Gesellschaft mit beschränkter Haftung LBB Seed Capital/Karte Foundation, Wladimir,(4)	99,8	99,8	150	1
Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH, Berlin(3)	95,0	95,0	125.326	3.051
Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft Wegelystraße mbH, Berlin(3)	100,0	100,0	19	-4
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München	78,1	78,1	2.334	5
HaWe Immobilien GmbH, Berlin	100,0	100,0	43	11
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin	100,0	100,0	6.951	539
HaWe Immobilien GmbH & Co. Holzhauser Straße KG, Berlin	100,0	100,0	3.978	374
HaWe Immobilien GmbH & Co. Spreeschanze KG, Berlin	100,0	100,0	9.425	313



Name und Sitz des Unternehmens	Kapitalanteil per 31.12.2002 in %	davon mittelbar in %	Angaben gemäß letztem vorliegendem Jahresabschluss	
			Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€
HaWe Immobilien GmbH & Co. Zitadellenweg KG, Berlin	100,0	100,0	1.300	-395
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	6.136	0 <sup>(2)</sup>
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>(3)</sup>	100,0		15.523	-2.017
IBB-Holding für Immobilienbeteiligungen GmbH, Berlin <sup>(3)</sup>	100,0		216.193	-261
IBB-Holding für Industriebeteiligungen GmbH, Berlin <sup>(3)</sup>	100,0		6.669	-3
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	100,0		1.816	0 <sup>(2)</sup>
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin	30,0		15.591	-19.546
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin <sup>(3)</sup>	100,0	100,0	-37.532	-3.737
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München	100,0	100,0	-2.926	99
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin <sup>(3)</sup>	52,5		1	-49
KPM Grundstücks-GmbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	84	57
KPM Königliche Porzellan-Manufaktur GmbH, Berlin	100,0	100,0	5.818	-1.802
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	100,0		256	0 <sup>(2)</sup>
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin	62,5	50,0	-178	-272
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam	100,0		511	0 <sup>(2)</sup>
LBB Kommunal-Betriebsführungsgesellschaft mbH, Potsdam	100,0	100,0	-390	-14
LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V. i.L., Curaçao	100,0		3.442	2.892
Lenscare AG, Kiel	53,5	53,5	731	-352
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	52,4		2.312	1.050
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin	95,0		191.520	13.520
<b>Sonstige Unternehmen von mindestens 20%</b>				
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin	25,0		14.162	3.584
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	22,1	4,5	7.653	-185
Berlin Tourismus Marketing GmbH, Berlin <sup>(3)</sup>	25,0		236	-20
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i.L., Berlin	49,0		888	-4.147
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin	62,5		-36.317	-5.058
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München	100,0		-231	-32
FILMBOARD Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam <sup>(3)</sup>	50,0		60	0
Filmkreditreuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L., Berlin	20,0	20,0	106	-92
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin	50,0	50,0	-1.769	-245
Green Line Hotels GmbH, Berlin	40,0	40,0	13	-37
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6		26	0
ib-bank-systems GmbH, Potsdam <sup>(3)</sup>	50,0		500	<sup>(1)</sup>
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam	25,0		156.772	9.802
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin/Hannover	50,0		51	0

## A N H A N G

Name und Sitz des Unternehmens	Kapitalanteil per 31.12.2002 in %	davon mittelbar in %	Angaben gemäß letztem vorliegendem Jahresabschluss	
			Eigenkapital in T€	Ergebnis in T€
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin	50,0	50,0	-4.152	-827
LHI Leasing GmbH, München	25,0		54.883	18.491
LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG, München	22,5		964	31
Spree-Kliniken GmbH i.L., Berlin	25,0		30	-22
TCC Technologie-Coaching-Center GmbH, Berlin <sup>(1)</sup>	50,0		511	0
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin <sup>(2)</sup>	37,5		511	0
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0		-2.747	-255

**Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften**

(gem. § 34 Abs. 1 S. 1 RechKredV i. V. m. §§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz, 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB)

Atos Processing Services GmbH, Frankfurt/Main	10,0
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg	5,1
B + S Card Service GmbH, Frankfurt/Main	10,0
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main	5,1
dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover	10,0
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin	5,1

<sup>(1)</sup> Gesellschaft wurde 2002 gegründet.<sup>(2)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.<sup>(3)</sup> Zugleich Beteiligung der Investitionsbank Berlin – Anstalt der Landesbank Berlin – Girozentrale –.**EZB-Kurs vom 30.12.2002**<sup>(4)</sup> 1 EUR = 33,52993 RUB**Anlage 2****Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen**

- IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH
- LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin
- LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam

## Anlage 3

## Verzeichnis der Mandate des Vorstands zum Stichtag 31.12.2002 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)\* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsratsgremien großer Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 HGB sind mit Ø gekennzeichnet.

**Hans-Jörg Vetter**

Vorsitzender des Vorstands  
(seit 28. Februar 2002)

Vorsitzender des Vorstands der  
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Fay Management Holding AG, Mannheim

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Interseroh AG, Köln Ø

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover Ø
  - IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - LHI Leasing GmbH, München
  - LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltung GmbH, Berlin

**Dr. Johannes Evers**

Mitglied des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - dvG Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover Ø

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover Ø
 Mitglied des Aufsichtsrats der
  - IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
  - Cids! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt/Main

Mitglied des Aufsichtsrats der
 

- B + S Card Service GmbH, Frankfurt/Main
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
– Visa Deutschland e.V., Frankfurt/Main

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 

- INOVANT Visa Solutions Company, San Francisco
- Visa EU, London
- Visa International Service Association, San Francisco

**Hans Jürgen Kulartz**

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats
  - Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung, Berlin

- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats
  - IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH, Berlin Ø
  - IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin
  - LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin
  - LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i.L., Berlin
- BLEG Berliner Landesentwicklung und Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Berlin
- Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
- Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
 

- AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
- Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt/Main Ø
- Deutsche Sparkassenleasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H. Ø
- Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

## ANHANG

- LBS Norddeutsche Landesbauspar-  
kasse Berlin-Hannover, Berlin/  
Hannover
  - LHI Leasing GmbH, München
  - LWS Lotterie- und Wett-Service  
GmbH, Berlin
  - TSB Technologiestiftung Innovations-  
agentur Berlin GmbH, Berlin
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Certa Immobilienverwaltung und Han-  
delsgesellschaft mbH & Co. Liegen-  
schaften OHG, Berlin
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats  
der
- Investitionsbank des Landes Bran-  
denburg, Potsdam
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin  
Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

### **Bernd-Peter Morgenroth**

Mitglied des Vorstands  
(bis 20. März 2002)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
    - NOXXON Pharma AG, Berlin
  - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
    - Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH,  
Potsdam
    - IBB Beteiligungsgesellschaft mbH,  
Berlin
    - LBB Kommunalbaugesellschaft mbH,  
Potsdam
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Tourismus Marketing GmbH,  
Berlin
  - Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH  
(GSG), Berlin Ø
  - TCC Technologie-Coaching-Center  
GmbH, Berlin
  - Technologiestiftung Innovations-  
agentur Berlin GmbH (TSB), Berlin
  - Wirtschaftsförderung Berlin GmbH,  
Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- International Fund Management S.A.,  
Luxemburg
  - Investitionsbank des Landes Bran-  
denburg, Potsdam

### **Norbert Pawlowski**

Vorsitzender des Vorstands  
(bis 28. Februar 2002)  
Mitglied des Vorstands  
(seit 28. Februar 2002)

Mitglied des Vorstands der Bankgesell-  
schaft Berlin AG, Berlin

Mitglied des Board of Directors (executive  
member) der Bankgesellschaft Berlin (UK)  
plc., London

a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Deutscher Sparkassenverlag GmbH,  
Stuttgart Ø

a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– Weberbank Privatbankiers KGaA,  
Berlin Ø

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der  
– IBAG Immobilien und Beteiligungen  
AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Berlin-Hannoversche Hypotheken-  
bank AG, Berlin/Hannover Ø

b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT  
GmbH, Berlin  
– Berliner Stadtreinigungsbetriebe  
(BSR), Berlin  
– Berliner Wasserbetriebe (BWB), Berlin  
– Immobilien- und Baumanagement der  
Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin  
– LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwal-  
tungs GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-  
executive) der  
– Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc.,  
Dublin

Mitglied des Verwaltungsrats der  
– Bankgesellschaft Berlin International  
S.A., Luxemburg

### **Hubert Piel**

Mitglied des Vorstands  
(bis 31. März 2003)

Mitglied des Vorstands der Bankgesell-  
schaft Berlin AG, Berlin  
(bis 31. März 2003)

a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
– dvg Hannover Datenverarbeitungsge-  
sellschaft mit beschränkter Haftung,  
Hannover Ø

a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– BankenService GmbH – Unterneh-  
mensgruppe Landesbank Berlin,  
Berlin Ø

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der

- Allgemeine Privatkundenbank Aktien-  
gesellschaft, Hannover Ø
- Weberbank Privatbankiers KGaA, Ber-  
lin Ø

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– IBAG Immobilien und Beteiligungen  
AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– Zivnostenska Banka a.s., Prag

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der

- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.,  
Warschau

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Atos Origin Processing Services  
GmbH, Frankfurt/Main

**Anlage 4****Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften****Jörg Auermann**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG,  
Berlin/Hannover

**Claus-Günther Richardt**

Mitglied des Verwaltungsrats der  
– DekaBank, Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A.,  
Luxemburg  
– Bankgesellschaft Berlin International S.A.,  
Luxemburg

**Heinz-Günter Scheer**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover

## Organe der Landesbank Berlin - Girozentrale -

### Gewährträgerversammlung:

Nach § 10 des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank Berlin - Girozentrale - in der vom 27. September 2002 geltenden Fassung besteht die Gewährträgerversammlung aus vier Mitgliedern des Senats. Mit Senatsbeschluss vom 5. Februar 2002 wurden die Senatoren der Senatsverwaltungen für

- Wirtschaft, Arbeit und Frauen
- Finanzen
- Bildung, Jugend und Sport
- Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

zu Mitgliedern der Gewährträgerversammlung bestellt.

Der Senator der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen wurde mit Senatsbeschluss vom 3. September 2002 neu zum Mitglied der Gewährträgerversammlung bestellt.

### Aufsichtsrat

#### Von der Gewährträgerversammlung bestellte Mitglieder

##### Ernst-Otto Sandvoß

ehem. Vorsitzender des Vorstands der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main  
Vorsitzender  
seit 28.02.2002

##### Juliane Freifrau von Friesen

Senatorin für Wirtschaft und Technologie a. D., Berlin  
Stv. Vorsitzende bis 31.03.2002  
Mitglied bis 31.01.2003

##### Dr. Gregor Gysi

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen a. D., Berlin  
Stv. Vorsitzender bis 06.09.2002  
Mitglied seit 25.02.2002  
bis 19.12.2002

##### Christiane Krajewski

Senatorin für Finanzen a. D., Berlin  
Stv. Vorsitzende  
Mitglied bis 08.02.2002

##### Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin  
Stv. Vorsitzender seit 06.09.2002  
Mitglied seit 06.09.2002

##### Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen, Berlin  
Stv. Vorsitzender seit 28.02.2002  
Mitglied seit 25.02.2002

##### Peter Strieder

Senator für Stadtentwicklung, Berlin  
Stv. Vorsitzender

##### Bernd Babel

Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin

##### Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater  
Mitglied seit 30.04.2002

##### Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG  
Mitglied seit 30.04.2002

##### Dr. Annette Fugmann-Heesing

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Mitglied bis 17.02.2003

##### Dr. Ditmar Staffelt

Mitglied des Bundestages  
Mitglied bis 28.02.2002

##### Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG  
Mitglied seit 30.04.2002

##### Dr. Udo N. Wagner

Mitglied des Bereichsvorstands der Siemens AG Anlagenbau und Technische Dienstleistungen  
Mitglied bis 07.04.2003

##### Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG  
Mitglied seit 30.04.2002

### Von der Personalvertretung bestellte Mitglieder

##### Michael Dutschke

Sparkassenbetriebswirt  
Mitglied bis 26.12.2002

##### Astrid Maurer

Sparkassenfachwirtin

##### Helmut Tesch

Bankkaufmann; Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

##### Rainer Toobe

Bankkaufmann; Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin

##### Frank Walde

Sparkassenbetriebswirt

##### Karin Wickenhagen

Sparkassenbetriebswirtin  
Mitglied bis 26.12.2002

##### Bärbel Wulff

Sparkassenbetriebswirtin; stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und des Personalrats der Landesbank Berlin – Girozentrale –

### Vorstand der Landesbank Berlin - Girozentrale -:

##### Hans-Jörg Vetter,

Vorsitzender des Vorstands  
seit 28.02.2002

##### Bernd-Peter Morgenroth

bis 20.03.2002

##### Dr. Johannes Evers

##### Hans Jürgen Kulartz

##### Uwe Kruschinski

seit 10.03.2003

##### Norbert Pawlowski

Vorsitzender des Vorstands bis 28.02.2002

##### Hubert Piel

bis 31.03.2003

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, für das zum 31. Dezember 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin, und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass die in diesem Jahresabschluss berücksichtigten Sanierungsmaßnahmen des Landes Berlin (Kapitalerhöhung bei der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001, Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß Detailvereinbarung vom 16. April 2002, IBB/LBB-Verfahren, Neutralisierungsvereinbarung vom 25./27. Dezember 2002) nur Bestand haben, wenn sie von der Europäischen Kommission als Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt werden, und dass der Bestand der Gesellschaft gefährdet ist, wenn die Genehmigung nicht wie beantragt erteilt wird (siehe Abschnitt „Rechtsrisiken“ des Lageberichts).

Berlin, den 9. April 2003

PWC Deutsche Revision  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Eckes)  
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Berninger)  
Wirtschaftsprüfer

## WICHTIGE ADRESSEN

### Landesbank Berlin

Bundesallee 171  
10715 Berlin  
Postanschrift: 10889 Berlin  
Telefon: (030) 86 98 01  
Telefax: (030) 86 98 30 74  
www.lbb.de

### Geschäftsstellenübersicht

<b>Zentrale Direktion Firmenkunden</b>	Peter Straub
Prinzregentenstraße 25 10715 Berlin	Telefon: 86 98 01 Telefax: 86 98 46 11
<b>Direktion Firmenkunden Nord</b>	Frank Wicher
Berliner Straße 40/41 10715 Berlin	Telefon: 86 98 62 09 Telefax: 86 98 62 50
<b>Direktion Firmenkunden Süd</b>	Bernd-Jürgen Müller
Uhlandstraße 97 10715 Berlin	Telefon: 24 55 13 12 Telefax: 24 55 13 50
<b>Direktion Brandenburg</b>	Bernd-Jürgen Müller
Jägerallee 27 14469 Potsdam	Telefon: (0331) 28 09 30 Telefax: (0331) 28 09 35 0
<b>Direktion Firmenkunden Zentrum</b>	Dieter Barz / Wilfried Suchomel
Charlottenstraße 80 10117 Berlin	Telefon: 20 29 92 0 Telefax: 20 29 92 55
<b>Direktion Gewerbekunden Nord</b>	Hans-Joachim Diesing
Badensche Straße 41 10715 Berlin	Telefon: 86 98 30 23 Telefax: 86 98 30 20
<b>Direktion Gewerbekunden Süd</b>	Heino Henke
Badensche Straße 41 10715 Berlin	Telefon: 86 98 30 23 Telefax: 86 98 30 20
<b>Private Banking</b>	Bernd Stahr
Bundesallee 171 10715 Berlin	Telefon: 86 98 40 71 Telefax: 86 98 40 72



**Vertriebsbereich Süd**

Privatkunden	Bianca Richardt / Hans-Christian Seidel
Vermögensanlagen	Norman Castendyck / Silvia Kontny
Schloßstrasse 36	Telefon: 79 09 74
12165 Berlin	Telefax: 79 09 73 50

Bezirke: Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf

**Vertriebsbereich Ost**

Privatkunden	Jürgen Bruhn / Jens Süfke
Vermögensanlagen	Hartmut Goetzke
Frankfurter Allee 147	Telefon: 55 50 12 13
10365 Berlin	Telefax: 55 50 12 50

Bezirke: Hellersdorf, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Treptow

**Vertriebsbereich Zentrum**

Privatkunden	Harald Knetsch / Gudrun Mann / Gerhard Puhmann
Vermögensanlagen	Hartmut Goetzke
Charlottenstraße 80	Telefon: 20 29 92 0
10117 Berlin	Telefax: 20 29 92 56

Bezirke: Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg

**Vertriebsbereich Nord**

Privatkunden	Thorsten Feige / Jürgen Hergt
Vermögensanlagen	Frank Tönjes
Scharnweberstraße 14	Telefon: 49 89 10
13405 Berlin	Telefax: 49 89 11 50

Bezirke: Hohenschönhausen, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee

**Vertriebsbereich West**

Privatkunden	Dr. Christian Beyer / Michael Hermann
Vermögensanlagen	Hans-Werner Aschenbroich
Berliner Straße 40/41	Telefon: 86 98 62 32
10715 Berlin	Telefax: 86 98 62 50

Bezirke: Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf

**Vertriebsbereich ImmobilienCenter**

	Heinz-Helmut Müller
Badensche Straße 25	Telefon: 86 98 40 51
10715 Berlin	Telefax: 86 98 40 52

## W I C H T I G E   A D R E S S E N

### **Berliner Sparkasse**

Bundesalle 171 - 10715 Berlin

Postanschrift: 10889 Berlin

Tel.: (030) 869 801

Telefax: (030) 869 830 74

[www.berliner-sparkasse.de](http://www.berliner-sparkasse.de)

Eine aktuelle Aufstellung der PrivatkundenCenter finden Sie im Internet.

### **Bankgesellschaft Berlin**

Alexanderplatz 2 - 10178 Berlin

Postanschrift: 10838 Berlin

Telefon: (030) 245 500

Telefax: (030) 245 509

[www.bankgesellschaft.de](http://www.bankgesellschaft.de)

### **Investitionsbank Berlin**

Bundesallee 210 - 10719 Berlin

Postanschrift: 10702 Berlin

Telefon: (030) 21 25 – 0

Telefax: (030) 21 25 – 20 20

[www.investitionsbank.de](http://www.investitionsbank.de)

## **Ausländische Niederlassungen**

### **Niederlassung London**

LBB Landesbank Berlin London Branch

1 Crown Court, Cheapside

GB-London EC2V 6 LR

Telefon: +44 020 75728200

Telefax: +44 020 75728299

### **Niederlassung Luxemburg**

LBB Landesbank Berlin

30, Boulevard Royal

L-2449 Luxemburg

Telefon: +352 47780

Telefax: +352 47782409

## **I M P R E S S U M**

### **Herausgeber**

Bankgesellschaft Berlin  
Unternehmenskommunikation  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin

### **Konzeption und Gestaltung**

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG,  
Hamburg

### **Fotografie**

Sabine Wenzel, Berlin

### **Druck**

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

Landesbank Berlin  
-Girozentrale-  
Bundesallee 171  
10715 Berlin  
Postanschrift: 10889 Berlin  
Telefon: (030) 86 98 01  
Telefax: (030) 86 98 30 74  
[www.lbb.de](http://www.lbb.de)

Für Anfragen zum Geschäftsbericht stehen  
wir Ihnen gerne zur Verfügung

Unternehmenskommunikation  
Ilona Träder  
Telefon: (030) 245 655 08  
Telefax: (030) 245 663 93  
E-Mail: [IR@bankgesellschaft.de](mailto:IR@bankgesellschaft.de)

